Konzernjahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

der Stadtwerke Hannover
Aktiengesellschaft,
Hannover

enercity
positive energie

Konzernjahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt:

Bericht des Aufsichtsrats

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Konzernjahresabschluss

- >> **Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**
- >> **Konzern - Bilanz zum 31. Dezember 2010**
- >> **Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2010**
- >> **Veränderung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2010**
- >> **Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2010**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2010 in sechs ordentlichen Sitzungen, außerordentliche Sitzungen haben nicht stattgefunden. In den Sitzungen wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens erörtert und es wurde über Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Investitions- und Personalplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge des Geschäftsjahres betrafen hauptsächlich Investitions- und Beteiligungsvorhaben, Fragen der Unternehmensstrategie und -finanzierung sowie der Preisentwicklung.

Dem Aufsichtsrat stehen drei Ausschüsse beratend zur Seite: der Präsidialausschuss, der Finanzausschuss und der Beteiligungs- und Strategieausschuss. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Der Präsidialausschuss hat im Geschäftsjahr 2010 sechsmal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hielt im Geschäftsjahr fünf Sitzungen ab. Dem Finanzausschuss wurden als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und des Erwerbs oder der Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen sowie die Vorbereitung der Feststellung des Konzernabschlusses und des gemäß § 171 AktG zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrates übertragen. Darüber hinaus wurde dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten im Geschäftsjahr 2010 Investitionsvorhaben sowie Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009, der Nachtragsfinanzplan für 2010, der Wirtschaftsplan für 2011 und die langfristige strategische Planung.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte im Geschäftsjahr 2010 sechsmal. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrats zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten vorzubereiten und Berichte des Vorstands entgegenzunehmen. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Im Geschäftsjahr wurde daher insbesondere über den Abschluss von Unternehmenskaufverträgen sowie Ergebnisabführungsverträgen, Satzungsänderungen bei Beteiligungsunternehmen und Verschmelzungsverträge beraten.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Ewald Woste wurde ab dem 10. Februar 2010 als Nachfolger von Herrn Henning Deters in den Aufsichtsrat bestellt. Herr Deters war bereits zum 24. November 2009 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres keine Veränderungen.

Konzernabschluss

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 23. April 2010 erneut zum Konzernabschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Konzernabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 sowie des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2010.

Der vom Vorstand nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden von der PricewaterhouseCoopers AG unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Konzernabschluss, den Konzernlagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Prüfungsbericht über das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung und der Prüfung des Konzernlageberichts seinerseits abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Konzernabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 27. April 2011 als auch in der am gleichen Tag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Konzernabschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats, und er stimmte den Prüfungsergebnissen des Konzernabschlussprüfers zu und billigte den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 und des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2010. Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Hannover, den 27. April 2011

Der Aufsichtsrat

Walter Meinhold

Vorsitzender

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1 Konzernstruktur und Strategie 2
1.1 Struktur des Konzerns 2
1.1.1 Konzern Stadtwerke Hannover AG 2
1.1.2 Stadtwerke Hannover AG 3
1.1.3 Leitung und Kontrolle 3
1.1.4 Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur 4
1.2 Strategie 6
1.3 Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr des Konzerns 7
2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen 8
2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 8
2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation 8
2.1.2 Marktbezogene Entwicklung 8
2.2 Politische Rahmenbedingungen 10
2.2.1 Europäische Energiepolitik 10
2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland 11
3 Absatz und Beschaffung 13
4 Forschung und Entwicklung 14
5 Umweltschutz 15
6 Mitarbeitende 17
7 Bindung an Stadt und Region 19
8 Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage 20
8.1 Gesamtbeurteilung 20
8.2 Ertragslage 21
8.3 Finanzlage 23
8.3.1 Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements 23
8.3.2 Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr 23
8.3.3 Liquiditätsanalyse 24
8.4 Vermögenslage 25
8.4.1 Vermögensanalyse 25
8.4.2 Investitionen und Substanzerhaltung 26
9 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem 28
9.1 Zum Konzernrechnungslegungsprozess 28
9.2 Zu weiteren Prozessen 29
10 Bericht über wesentliche Chancen und Risiken 30
11 Nachtragsbericht 33
12 Prognosebericht 33
12.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 33
12.2 Entwicklung des Konzerns 34

1 Konzernstruktur und Strategie

1.1 Struktur des Konzerns

1.1.1 Konzern Stadtwerke Hannover AG

Der **Konzern Stadtwerke Hannover AG** (SWH-Konzern) gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Unter der Dachmarke „enercity – positive energie“ der **Stadtwerke Hannover AG, Hannover,** (SWH) werden Energie und Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden in Hannover und bundesweit angeboten. Der Umsatz des Konzerns wird im Wesentlichen im Inland in den Geschäftsbereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Dienstleistungen erwirtschaftet. Strom und Gas bilden dabei die wesentlichen Geschäftsbereiche.

Strom

Der Geschäftsbereich Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb und zur Abrechnung. Die Stromerzeugung innerhalb des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken. Es kommen Kohle- als auch Gaskraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen (beispielsweise Wind-, Biogas-, Biomasse- sowie Photovoltaikanlagen), zum Einsatz. Insgesamt wird ein großer Teil des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt. Die Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten ausschließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und Instandhaltung der Anlagen. Der Stromhandel und der Vertrieb erfolgen über die SWH sowie über die Vertriebsgesellschaften. Die Übertragungs- und Verteilnetze werden von eigenständigen Netzgesellschaften betrieben.

Gas

Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Gas umfassen ebenfalls alle Wertschöpfungsstufen von der Speicherung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb bis zur Abrechnung. Hierbei erfolgt zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung der Betrieb der Gasspeicher mit mehreren Partnern über eine separate Gasspeichergesellschaft. Dabei verfolgt der SWH-Konzern den Ausbau der Speicherung konsequent weiter. Handel und Vertrieb erfolgen wie beim Strom über die SWH. Die Verteilung erfolgt ebenfalls wie beim Strom zur Erfüllung der Anforderungen des EnWG über eine eigene Netzgesellschaft. Das gesamte Gasnetz umfasst die Verteilungsanlagen innerhalb der Konzessionsgebiete.

In den Geschäftsbereichen Strom und Gas sind die netzbetreibenden Gesellschaften gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt. Die Betreiber tragen die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an die Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Wärme

Zum Geschäftsbereich Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Hierzu zählen neben der Versorgung von Großindustriekunden mit Prozesswärme und der Lieferung von in den KWK-Kraftwerken erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden auch die Contractingdienstleistungen des SWH-Konzerns. Die Contractingaktivitäten im Bereich Wärme decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet.

Wasser

Die Tätigkeiten zur Versorgung der Bevölkerung innerhalb unseres Konzessionsgebiets mit Wasser werden in einem eigenen Geschäftsbereich gebündelt. Dabei deckt der SWH-Konzern sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Absatz ab. Die Gewinnung erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover und zusätzlich über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Übertragungs- und Verteilungsnetze werden von eigenen Netzgesellschaften betrieben. Die Vertriebsaktivitäten werden durch die SWH wahrgenommen.

Dienstleistungen

Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Dritte. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im SWH-Konzern und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst.

1.1.2 Stadtwerke Hannover AG

Die SWH ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des SWH-Konzerns. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen und wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der **Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover,** (VVG) einbezogen. Mit der VVG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Daneben gehören auch die Betätigung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und auf dem Gebiet der Einsparung beim Energie- und Wasserverbrauch, die wirtschaftliche Nutzung von Reststoffen sowie die Verwertung der durch die Geschäftstätigkeit gebildeten besonderen Kenntnisse einschließlich Nutzung von Anlagen und Geräten für und durch Dritte zum Unternehmensgegenstand.

Im Geschäftsjahr 2010 blieb die Aktionärsstruktur der SWH unverändert. Mit 75,09 % ist die VVG Hauptaktionärin, daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 % und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 % beteiligt.

1.1.3 Leitung und Kontrolle

Vorstand

Der Vorstand der SWH leitet den Konzern und besteht aus drei Mitgliedern. Im Geschäftsjahr 2010 haben sich keine Veränderungen in der Zusammensetzung ergeben. Die Aufgaben des Vorstands sind in die Bereiche „Kaufmännische Direktion“, „Personaldirektion“ und „Technische Direktion“ aufgeteilt.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere die Entwicklung und Umsetzung der strategischen Ausrichtung der SWH in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, Jahres- und Mehrjahresplanungen, Erstellung der Jahres- und Konzernabschlüsse, Einrichtung und Pflege eines angemessenen Risikomanagements und -controllings sowie die regelmäßige, zeitnahe und umfassende Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Bestimmte Handlungen des Vorstandes bedürfen der Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der SWH besteht grundsätzlich aus 20 Mitgliedern. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung ge-

setzten Rahmen und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung sowie der Satzung der SWH niedergelegt. Der Aufsichtsrat bildet aus seinen Mitgliedern einen Präsidial-, einen Finanz- sowie einen Beteiligungs- und Strategieausschuss.

Beirat

Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die Gesellschaft die Versorgung von Letztverbrauchern betreibt, sowie zur Beratung des Aufsichtsrats ist gemäß der Satzung der SWH ein ständiger Beirat eingerichtet.

1.1.4 Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur

In den Konzernabschluss des Geschäftsjahres werden neben der SWH 21 (Vorjahr: 18) Tochterunternehmen vollkonsolidiert. Darüber hinaus werden gemäß SIC-12 wie im Vorjahr drei Wertpapierspezialfonds, bei denen die SWH die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmt, konsolidiert. Nicht konsolidiert werden zwei (Vorjahr: vier) Tochterunternehmen. Diese Gesellschaften sind auch bei zusammengefasster Betrachtung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Nach der equity-Methode werden wie bereits im Vorjahr sieben assoziierte Unternehmen und ein Gemeinschaftsunternehmen bewertet.

Wesentliche Tochterunternehmen des Konzerns

Die Tätigkeiten des SWH-Konzerns im wachsenden Geschäftsfeld Contracting werden über die **Danpower GmbH, Potsdam,** (Danpower) und die **enercity Contracting GmbH, Hannover,** (eCG) gebündelt. Über die 100 %-ige Beteiligung an der eCG werden umfassende Dienstleistungen rund um den Bereich Contracting und Abrechnung erbracht. Bereits im Geschäftsjahr 2009 wurden die bisherigen Tätigkeiten der SWH im Bereich Contracting in die eCG ausgegliedert. Nachdem die SWH seit 2008 alleinige Gesellschafterin der **WärmeService GmbH, Hannover,** (WSG) war, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die WSG zur Intensivierung der Contractingaktivitäten mit der eCG verschmolzen. Die eCG ist Mutterunternehmen eines Teil-Konzerns mit einem Tochterunternehmen und einem assoziierten Unternehmen.

Zudem sind die SWH mit 74,9 % und die globos energy AG, Berlin, mit 25,1 % der Geschäftsanteile an der Danpower beteiligt. Die Gesellschaft ist Mutterunternehmen eines Teil-Konzerns (Danpower-Konzern) mit 13 Tochterunternehmen und einem assoziierten Unternehmen. Die Teilkonzerngesellschaften sind ebenfalls im Bereich Contracting tätig. Dabei decken sie die gesamte Wertschöpfungskette von Planung, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Wärme- oder Energieerzeugung ab und bieten ihr Know-how auch als Dienstleistung für Dritte an.

Der Betrieb von Versorgungsnetzen für Energie und Wasser erfolgt auch zur Erfüllung der Anforderungen des EnWG durch eigene Gesellschaften. Die **enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover,** (eNG), ein 100 %-iges Tochterunternehmen der SWH, betreibt Energieversorgungsnetze im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen. Zusätzlich liegen Betrieb und Instandsetzung von Messgeräten für die Verrechnung von Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme und alle mit dem Unternehmensgegenstand unmittelbar in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie die Verbrauchsdatenerfassung in ihrem Tätigkeitsbereich. Die eNG ist ein gemäß den Unbundling-Vorgaben des EnWG unabhängiger Netzbetreiber. Die Betreiber von Netzen tragen die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die

Netzentgelte, die von den Netznutzern an die Betreiber zu zahlen sind, sind durch die BNetzA behördlich festgesetzt.

Die **Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen,** (NGL) ist mit der Erstellung, dem Ausbau und der Unterhaltung von Energieversorgungsnetzen im Stadtgebiet Laatzen sowie mit der Unterhaltung und dem Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung in den Laatzener Ortsteilen Ingeln-Oesselse und Gleidingen betraut. An der Gesellschaft sind die Stadt Laatzen mit 51,0 % und die SWH mit 49,0 % beteiligt. Netzbetreiber des Stromnetzes der Gesellschaft im Sinne des EnWG ist die eNG.

Die **GKH-Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover,** (GKH), die **GKL-Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover,** (GKL) sowie die **Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover,** (KWM) dienen dem Bau und Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die Gesellschafter. Mit Kaufvertrag vom 23. Juni 2010 hat die SWH von der Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover, deren 10,2 %-igen Anteil an der GKH erworben. Die SWH hält damit an der GKH nun unmittelbar 84,7 %, die restlichen Anteile (15,3 %) werden von der VW Kraftwerk GmbH, Wolfsburg, (VWK) gehalten. Die Anteile an der GKL halten die SWH (90,0 %) und die E.ON Kraftwerke GmbH, Hannover, (10,0 %). Die GKL betreibt eine Gas- und Dampfanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden und die GKH ein Kohlekraftwerk in Hannover-Stöcken.

Bereits im Dezember 2009 sind die Voraussetzungen für den Vollzug des indirekten Erwerbs eines 50,0 %-Anteils an der KWM zum 1. Januar 2010 geschaffen worden. Der Erwerb der KWM-Anteile erfolgte dabei mittelbar durch Kauf der **Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Mehrum mbH, Hannover,** (GBKM) an der die SWH ab dem 1. Januar 2010 unmittelbar 100,0 % hielt. Zusammen mit dem bisherigen unmittelbaren KWM-Anteil von 33,33 % hält die SWH somit insgesamt 83,33 % der Anteile an der KWM.

Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde im August 2010 vom Aufsichtsrat der SWH die Verschmelzung der GBKM auf die SWH beschlossen. Im Zuge der Verschmelzung ist der bisher von der GBKM gehaltene KWM-Anteil auf die SWH übergegangen, sodass die SWH unmittelbar 83,33 % der Anteile an der KWM hält. Mit dem rechtlichen Übergang der Beteiligung zum 1. Januar 2010 hält die SWH nun die Mehrheit an der KWM, die somit als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Weitere wesentliche Beteiligungen

Die Beteiligung an der **Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München,** (Thüga) in Höhe von 20,53 % wurde bereits Ende 2009 von der SWH erworben und ist erstmalig im Jahresabschluss 2010 mit ihrem Ergebnisbeitrag enthalten. Schwerpunkte in der Ausrichtung der Beteiligung im Jahr 2010 waren der weitere Ausbau der Governance-Strukturen und die Einleitung von ersten Leuchtturmprojekten zur Erschließung zukünftiger Synergiepotenziale zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft.

Die **GHG-Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg,** (GHG) betreibt im Raum Hannover vier Kavernen, die von ihren Gesellschaftern SWH, Erdgas Münster GmbH, Münster, und E.ON Gas Storage GmbH, Essen, genutzt werden. Die SWH ist zum 31. Dezember 2010 mit 61,75 % an der GHG beteiligt.

Bereits im Geschäftsjahr 2008 hat die SWH zusammen mit der Nürnberger N-ERGIE AG, Nürnberg, die Vertriebsgesellschaft **Clevergy GmbH & Co. KG** (Clevergy) mit Sitz in Leipzig gegründet. Der bundesweite Vertrieb der Produkte erfolgt hauptsächlich über das Internet und den Direktvertrieb.

Die **htp GmbH, Hannover,** (htp) bietet Daten- und Netzdienstleistungen hauptsächlich im Telekommunikationsbereich im südlichen Niedersachsen an. An der Gesellschaft ist die SWH mit 50,0 % beteiligt.

Die Geschäftsbereiche mit den wesentlichen Gesellschaften des Konzerns im Überblick:

Strom	Gas	Wasser	Wärme	Dienstleistung
SWH				
Tochterunternehmen				
Erzeugung KWM, GKL, GKH Netze eNG, NGL	Netze eNG	Netze NGL	Contracting Danpower-Konzern eCG-Konzern	Netze eNG
wesentliche weitere Beteiligungen				
Vertrieb Clevergy	Speicherung GHG			Netze htp sonstige Thüga

Weitere Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Des Weiteren hat die SWH jeweils ihre restlichen Anteile an der **GKW Staudinger GmbH & Co. KG, Großkrotzenburg,** sowie der **GKW Staudinger Verwaltungs-GmbH, Großkrotzenburg,** im Dezember 2010 an die E.ON Kraftwerke GmbH verkauft. Die Verkaufsanteile entsprachen jeweils einer Beteiligung von 12,6 %. Die SWH hat sich damit vollständig aus diesem Projekt zurückgezogen.

Die Danpower ist seit deren Gründung alleinige Gesellschafterin der **BGA Biogas 1 GmbH, Potsdam,** und der **BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam**. Das Stammkapital der Gesellschaften beträgt jeweils TEUR 25. Die Danpower hat jeweils ihrem Anteil entsprechende Stammeinlagen übernommen. Die Erstkonsolidierung erfolgte zum 1. Januar 2010. Zu diesem Zeitpunkt hielt die Danpower jeweils einen Anteil von 100,0 % an dem jeweiligen Eigenkapital von TEUR 25. Die Anschaffungskosten entsprachen der Einlage im Eigenkapital. Da die Gesellschaften erst ab dem Jahr 2011 operativ tätig sein werden, sind bisher keine Umsatzerlöse angefallen und der Konzernjahresüberschuss wurde durch die Erstkonsolidierung nur unwesentlich beeinflusst.

Außerdem wurde im Geschäftsjahr 2010 die **vigoris Handels GmbH, Potsdam,** als 100,0 %-iges Tochterunternehmen der Danpower gegründet, um Energiehandelsgeschäfte für die Danpower Unternehmensgruppe sowie für Dritte zu erbringen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 25.

1.2 Strategie

Das unternehmerische Handeln im SWH-Konzern wird durch gesellschafts- und energiepolitische Entwicklungen, die sich insbesondere in der Liberalisierung der Energiemärkte und dem damit verbundenen zunehmenden Wettbewerb sowie den stetig steigenden Anforderungen an Klimaschutz und Energieeffizienz niederschlagen, beeinflusst. Das Energiekonzept der Bundesregierung stellt dabei wesentliche Rahmenbedingungen auf.

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung als eine Zielsetzung

Die Zielsetzung der Unternehmensführung orientiert sich an einer nachhaltigen Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer bundesdeutscher Wettbewerber mit entsprechenden Kostenstrukturen und unter der Nebenbedingung des dauerhaften Substanzerhalts von Anlagen und Netzen. Für die Kapitalgeber steht eine angemessene Gewinnabführung und marktgerechte Kapitalrentabilität im Vordergrund. Es wird sowohl die Stärkung der Nutzung energieeffizienter Technologien als auch die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien, auf der Angebots- und Nachfrageseite, insbesondere im Wege der kundennutzenorientierten Energiedienstleistung, verfolgt. Damit sollen die Ziel-

setzungen der „Klima-Allianz Hannover 2020“ erreicht werden. Sichere und attraktive Arbeitsplätze bilden dabei Ziele der personalwirtschaftlichen Strategie.

Unternehmenskonzept K2020

Auf Basis des Unternehmenskonzepts K2015 der SWH und der damit verbundenen nachhaltigen Unternehmensführung wurde das weiterentwickelte wachstumsorientierte Unternehmenskonzept K2020 von den Aufsichtsgremien der SWH beschlossen und befindet sich in der Umsetzung. Die Zielsetzungen des K2020 beinhalten im Kern eine Fortschreibung und Präzisierung der strategischen Ausrichtung des K2015, welche sich somit als stabil erweist.

Steigender Wettbewerb

Zukünftige Marktentwicklungen stellen den Vertrieb vor verstärkte Herausforderungen. Insbesondere Energieversorgungsunternehmen ohne eigene Erzeugung versuchen, den wirtschaftlichen Druck im Netz durch vertriebliche Anstrengungen außerhalb des angestammten Netzgebietes zu kompensieren. Auch die Umsetzung des Unbundlings der Netzbetriebe und die Anforderung an Prozessidentität für alle im Netz tätigen Vertriebe sowie die Vereinfachung des Zugangs zu Gasmarktgebieten werden in den nächsten Jahren zu einer weiteren Zunahme des Wettbewerbs unter Wettbewerbern insbesondere bei kleineren und mittleren Stromkunden sowie bei Gaskunden führen, welches sich voraussichtlich in weiter steigenden Wechselquoten und verringerten Margen niederschlagen wird. Der Wettbewerb um kleinere Kunden wird somit zu einem Wettbewerb um Servicequalität und Prozessexzellenz. Ein besonders ausgeprägtes Merkmal der zukünftigen Marktentwicklung ist die beschleunigte Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung.

Weitere Zielsetzungen

In den unregulierten Wertschöpfungsstufen wie Produktion und Vertrieb/Dienstleistungen wird das Entwicklungspotenzial in den Erlös- und Margenoptimierungen ausgenutzt. Kosteneinsparungen stehen dagegen in den regulierten Wertschöpfungsstufen im Vordergrund. Die Beteiligung an der Thüga, die Modernisierung der GuD-Anlage im Heizkraftwerk Linden (HKW Linden), die Aufstockung der Beteiligung an der KWM und Investitionen im Geschäftsfeld Contracting leisten hierbei unmittelbar ab dem Jahr 2010 beziehungsweise ab dem Jahr 2012 (GuD-Anlage) nachhaltig positive Beiträge, während sich die Ergebnisbeiträge der Investitionen in Wind und Gasspeicher erst ab Ende des Planungshorizonts positiv entwickeln werden.

1.3 Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr des Konzerns

Änderungen in der Beteiligungsstruktur

Der Unternehmensstrategie folgend wurden auch im Geschäftsjahr Beteiligungen an Unternehmen erworben oder veräußert. Zu Einzelheiten wird auf den Abschnitt „Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur“ verwiesen.

Gaspreissenkung

Der Aufsichtsrat der SWH hat im Februar 2010 eine **Gaspreissenkung** um 3,8 % zum 1. April 2010 beschlossen. Diese Entlastung gibt die SWH in Form von Bonuszahlungen an ihre Kunden weiter. Es handelt sich um die dritte Gaspreissenkung innerhalb von zwölf Monaten.

Stromtarifpreiserhöhung

Im August 2010 hat der Aufsichtsrat einer **Erhöhung des Stromtarifpreises** um 5,8 % zum 1. Oktober 2010 zugestimmt. Eine Erhöhung der Stromtarifpreise war aufgrund der wachsenden Belastungen aus der Förderung erneuerbarer Energien sowie durch Kostensteigerungen aufgrund der gestiegenen gesetzlichen Anforderungen notwendig.

Modernisierungsprojekt Heizkraftwerk Linden

Bereits Ende 2008 fiel die Entscheidung zur **Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden**. Ziel dabei ist eine Modernisierung und Leistungssteigerung der bestehenden Anlage um rund 130 MW_{el} auf 230 MW_{el} bei der Stromproduktion sowie eine Erhöhung von 90 MW_{th} auf 180 MW_{th} bei der Fernwärmeleistung. Die Inbetriebsetzung der kompletten GuD-Anlage ist für Herbst 2011 geplant. Seit Mitte 2010 wird das Modernisierungsprojekt federführend von der GKL vorangetrieben, dazu wurden Anlagen von der SWH auf die GKL übertragen. Zur Finanzierung der Übernahme und des weiteren Ausbaus werden GKL Gesellschafterdarlehen durch die SWH bereitgestellt.

Gasspeicherausbau in Empelde

Seit 1982 nutzt die SWH den Erdgas-Kavernenspeicher der GHG. Ende Mai 2009 wurde bei der GHG zusätzlich zur ersten Ausbaustufe der **Ausbau weiterer Speicherkapazitäten** im Rahmen einer zweiten Ausbaustufe beschlossen, der bis zum Jahr 2017 das Speichervolumen auf rund 578 Millionen Kubikmeter erhöhen wird, davon entfällt auf die SWH ein Anteil von rund 342 Millionen Kubikmeter. Im Sommer 2010 wurde die Bohrung einer fünften Kaverne abgeschlossen und im Herbst 2010 der Solbetrieb aufgenommen. Der Abschluss der gesamten Arbeiten ist für das Jahr 2017 vorgesehen.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltwirtschaft erholte sich im Jahr 2010 insbesondere aufgrund der aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächte kräftiger als zunächst erwartet. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich für das Gesamtjahr gegenüber dem Vorjahr nach Einschätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung auf 4,7 % belaufen. Auch in der Europäischen Union (EU) erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %.

In Deutschland stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 3,6 % gegenüber dem Jahr 2009, preis- und kalenderbereinigt stieg es um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Wachstumsimpulse sind dabei nicht nur auf den Außenhandel, sondern auch auf die starke Binnennachfrage zurückzuführen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2010 um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr, der stärkste Anstieg war dabei im Produzierenden Gewerbe mit 10,1 % zu verzeichnen.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat auch den Energieverbrauch in Deutschland erheblich beeinflusst. So stieg der Primärenergieverbrauch im Jahr 2010 infolge des guten Konjunkturverlaufs sowie der kühlen Witterung zu Beginn und am Ende des Jahres um 4,6 %, der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch stieg dabei von 8,9 % auf 9,4 % (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand: Februar 2011).

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

Strom- und Gasmarkt

Im Jahr 2010 lag die Bruttostromerzeugung um 4,7% über dem Vorjahr und stieg auf 621,0 Mrd. kWh. Der Anteil von Braun- und Steinkohle an der Bruttostromerzeugung betrug dabei insgesamt 42,4 % (Braunkohle 23,7 %, Steinkohle 18,7 %), der Anteil der Kernenergie betrug 22,6 %. Der Bruttostromverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % gestiegen, der Erdgasverbrauch erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand: Februar 2011). Wichtigster Grund für den gestiegenen Energieabsatz ist die deutliche

konjunkturelle Erholung, insbesondere in der Industrie. Dabei konnten die Verbrauchswerte aber noch nicht das Niveau vor der Wirtschaftskrise erreichen. Es ist jedoch eine zunehmende Volatilität der Energiepreise im Markt zu beobachten.

Während im ersten Halbjahr 2010 der durchschnittliche Baseload-Produkt-Preis am Spotmarkt der European Energy Exchange (EEX) noch bei 41,27 Euro/MWh lag, stieg er im zweiten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich 47,65 Euro/MWh beziehungsweise um 15,5 %. Damit betrug der Preis im gesamten Jahr 2010 durchschnittlich 44,48 Euro/MWh und lag damit um 14,5 % über dem Mittelwert des Jahres 2009 (38,86 Euro/MWh). Preissteigernd wirkten im Jahr 2010 neben einem im Vergleich zum US-Dollar schwächeren Euro auch gestiegene Spotmarktpreise auf den Handelsmärkten für Erdgas, Kohle und CO_2-Zertifikate. Auf dem Terminmarkt der EEX betrug der Preis für Baseload-Jahresprodukte mit Lieferung im Jahr 2011 durchschnittlich 49,88 Euro/MWh im Jahr 2010 gegenüber durchschnittlich 53,91 Euro/MWh im Jahr 2009, was einen Preisrückgang von 7,5 % bedeutet. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Preis im Jahr 2010 durchschnittlich 52,56 Euro/MWh gegenüber durchschnittlich 57,43 Euro/MWh im Jahr 2009, der Mittelwert lag damit im Jahr 2010 um 8,5 % unter dem Vorjahr.

Im ersten Halbjahr 2010 betrug der Erdgaspreis für sofortige Lieferungen (Spotmarkt) an der Title Transfer Facility (TTF – niederländischer Großhandelsmarkt) noch durchschnittlich 14,77 Euro/MWh, stieg aber im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2010 auf durchschnittlich 19,70 Euro/MWh an. Insgesamt lag der Jahresdurchschnittspreis im Jahr 2010 bei 17,24 Euro/MWh gegenüber 12,11 Euro/MWh im Jahr 2009. Ursächlich hierfür war insbesondere die mit dem positiven Konjunkturverlauf verbundene erhöhte Nachfrage. Der Preisverlauf für Lieferungen im Jahr 2011 bewegte sich im Jahr 2009 bei durchschnittlich 21,78 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Preis im Durchschnitt bei 19,38 Euro/MWh. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Durchschnittspreis im Jahr 2009 23,44 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Mittelwert bei 21,11 Euro/MWh.

Kohle- und Ölmarkt

Der bereits im ersten Halbjahr 2010 zu verzeichnende Anstieg für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg setzte sich auch im zweiten Halbjahr 2010 fort. Nachdem die Kohlenotierungen (API #2-Index) für den ARA-Raum (Amsterdam – Rotterdam – Antwerpen) bereits im ersten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich rund 83 US-Dollar je Tonne gegenüber durchschnittlich rund 68 US-Dollar je Tonne im ersten Halbjahr 2009 gestiegen waren, war für das gesamte Jahr 2010 ein Durchschnittspreis von rund 92 US-Dollar je Tonne zu verzeichnen. Im gesamten Jahr 2009 betrug der Durchschnittspreis noch rund 70 US-Dollar je Tonne. Der deutliche Preisanstieg ist insbesondere auf die konjunkturelle Erholung und in diesem Zuge gestiegene Strom- und Gaspreise zurückzuführen.

Im April 2010 lag der Ölpreis für einen Barrel der Sorte UK Brent im Monatsdurchschnitt mit rund 85 US-Dollar je Barrel erstmals seit Oktober 2008 wieder über 80 US-Dollar je Barrel. In der Folgezeit gingen die Preise jedoch bis Ende September auf rund 78 US-Dollar je Barrel zurück, lagen Ende Dezember allerdings bereits wieder bei über 90 US-Dollar je Barrel. Im Durchschnitt lag der Preis im gesamten Jahr 2010 bei rund 79 US-Dollar je Barrel, im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 62 US-Dollar je Barrel. Die gestiegenen Ölpreise sind auf die weltweite Konjunkturbelebung sowie die deutliche Zurückstufung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen. Die Rohöleinfuhren nach Deutschland sanken im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % von 97,9 Millionen Tonnen auf 93,3 Millionen Tonnen.

CO_2-Markt

Der CO_2-Markt war im Jahr 2010 von deutlichen Preisveränderungen gekennzeichnet. Der Preis für EUAs (EU-Allowances) bewegte sich im Jahr 2010 zwischen 12,40 Euro/t CO_2 und 16,42 Euro/t CO_2, im Durchschnitt lag der Settlement Price an der EEX bei 14,48 Euro/t CO_2. Im Jahr 2009 bewegten sich die Preise noch zwischen 8,10 Euro/t CO_2 und 15,83 Euro/t CO_2 und lagen im gesamten Jahr durchschnittlich bei 13,31 Euro/t CO_2. Die Preise für die sogenannten Kyoto-Units CER (Certified Emission Reductions) mit

Lieferung im Jahr 2010 bewegten sich zwischen 10,90 Euro/t CO_2 und 14,40 Euro/t CO_2 (2009: 7,55 Euro/t CO_2 und 13,84 Euro/t CO_2), im Durchschnitt lag er bei 12,46 Euro/t CO_2 (2009: 11,72 Euro/t CO_2).

2.2 Politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. Der SWH-Konzern wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

EU-Klimapaket

Mit dem im Dezember 2008 verabschiedeten Klima- und Energiepaket hat sich die EU unter anderem zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um 20,0 % zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20,0 % zu steigern und den Energieverbrauch durch bessere Energieeffizienz um 20,0 % zu verringern. Dazu wurden auf Ebene der EU verschiedene Maßnahmen erlassen, deren Umsetzung in nationales Recht noch aussteht.

Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt

Im Oktober 2010 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt erlassen, die im Dezember 2010 in Kraft getreten ist. Ziel der neuen Verordnung ist, Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung festzulegen, indem ein reibungsloses und ununterbrochenes Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes sichergestellt wird und sowohl hinsichtlich der Prävention als auch hinsichtlich der Reaktion auf spezielle Versorgungsstörungen eine klare Festlegung und Zuweisung der Zuständigkeiten sowie eine effiziente Koordinierung der Reaktion auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union vorgesehen werden. Die Verordnung gilt unmittelbar für alle Mitgliedstaaten.

Richtlinie über Industrieemissionen

Der von der EU-Kommission erarbeitete Vorschlag für eine Richtlinie über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) zielt darauf ab, die Verschmutzung durch Industrieanlagen innerhalb der EU zu verringern. Dafür sollen EU-weite Grenzwerte für Schadstoffemissionen eingeführt werden, die klare Anforderungen an die Zulassung von Anlagen definieren. Hieraus kann ein Nachrüstbedarf für Industrieanlagen entstehen. Die Richtlinie wurde im Dezember 2010 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist Anfang Januar 2011 in Kraft getreten. Eine Umsetzung in nationales Recht muss bis Januar 2013 erfolgen.

EU-Versteigerungsverordnung

Im November 2010 ist die EU-Versteigerungsverordnung in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013). Die Versteigerungsverordnung wird das bisher geltende Zuteilungsgesetz und die darauf basierende Emissionshandels-Versteigerungsverordnung 2012 für die Zuteilungsperiode ab 2013 ersetzen.

EU-Energiestrategie 2011–2020

Im Oktober 2010 wurde die neue EU-Energiestrategie 2011–2020 vorgestellt, die in den kommenden Jahren Arbeitsprogramm und energiepolitische Leitlinie für die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sein wird. Dabei setzt die EU-Energiestrategie auf die Schwerpunkte Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz, Verbraucherschutz, Forschung und Entwicklung sowie die Energieaußenbeziehungen der EU.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Energiekonzept der Bundesregierung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung

Im September 2010 hat die Bundesregierung ein nationales Energiekonzept mit Perspektive bis 2050 beschlossen, mit dem Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert werden. Das Energiekonzept sieht unter anderem vor, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80,0 % gegenüber 1990 zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2050 auf 60,0 % sowie den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 80,0 % zu erhöhen. Der Primärenergieverbrauch soll gleichzeitig bis 2050 gegenüber 2008 um 50,0 % sinken. Mit dem Energiekonzept hat die Bundesregierung als ersten Schritt der Umsetzung ein Sofortprogramm beschlossen, das bis zum 31. Dezember 2011 umgesetzt werden soll. Bestandteile des 10-Punkte-Sofortprogramms zum Energiekonzept sind beispielsweise ein 5-Milliarden-Kreditprogramm für den Ausbau von Offshore-Windanlagen, die Befreiung neuer Speicherkraftwerke von Netzentgelten sowie ein zwischen allen Netzbetreibern abgestimmter 10-Jahres-Plan für den Netzausbau in Deutschland. Da die Bundesregierung die Kernenergie als Brückentechnologie für den Übergang zu erneuerbaren Energien sieht, wurden im Rahmen des Energiekonzepts die Laufzeiten für deutsche Kernkraftwerke zunächst um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Im Gegenzug sollen die Kernkraftwerksbetreiber die Förderung der erneuerbaren Energien finanziell unterstützen. Nach den Ereignissen in Japan im März 2011, wo ein schweres Erdbeben zu einer Gefährdung durch Radioaktivität führte, wurde von der Bundesregierung die beschlossene Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke noch einmal zur Diskussion gestellt und ein dreimonatiges Moratorium für das Gesetz zur Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke erlassen, das zur Überprüfung der Kernkraft in Deutschland genutzt werden soll. Am 15. März 2011 einigte sich die Bundesregierung mit den Bundesländern zunächst darauf, dass die sieben vor Ende 1980 in Betrieb genommenen Kernkraftwerke für drei Monate bis zum 15. Juni 2011 vom Netz genommen werden.

Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung

Ende Februar 2010 ist die von der BNetzA erlassene Verordnung zur Ausführung der Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus (Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung, AusglMechAV) in Kraft getreten. Die Verordnung dient der Ausgestaltung und Ausführung des weiterentwickelten bundesweiten Ausgleichsmechanismus für nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergüteten Strom. Übertragungsnetzbetreiber sind danach nicht mehr zu einer physikalischen Wälzung des nach dem EEG vergüteten Stroms in Form von Monatsbändern an die Stromlieferanten, sondern zu einer börslichen Vermarktung verpflichtet.

Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen

Im November 2010 ist das Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnamen (EDL-G) in Kraft getreten, mit dem die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (EU-Energiedienstleistungsrichtlinie) in deutsches Recht überführt wird. Mit dem Gesetz soll der nationale Energieeinsparrichtwert entsprechend den Vorgaben der EU-Energiedienstleistungsrichtlinie von 9,0 % Endenergie (d.h. auf Verbraucherseite) bis 2017 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 eingespart werden.

Außerdem werden Energieversorger verpflichtet, Endkunden über Energiedienstleistungen, Energieaudits, Energieberatungen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu informieren. Institutionen des öffentlichen Sektors sollen künftig eine Vorbildfunktion bei der Verbesserung der Energieeffizienz einnehmen und erfolgreiche Maßnahmen bekannt machen.

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes

Ende Oktober 2010 hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zunächst ein Eckpunktepapier zur im Jahr 2011 geplanten Novelle des EnWG veröffentlicht, seit Anfang März 2011 liegt ein Referentenentwurf zur EnWG-Novelle vor. Mit der Novelle des EnWG sollen im Wesentlichen die EU-Regelungen aus dem Jahr 2009 zum Elektrizitäts- beziehungsweise Erdgasbinnenmarkt umgesetzt werden. Mit dem sogenannten Dritten Binnenmarktpaket Energie wurde unter anderem die Entflechtung von Erzeugung und Energietransport (Unbundling) geregelt sowie eine Agentur für die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden geschaffen. Die Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes Energie in nationales Recht musste bis Anfang März 2011 erfolgen.

Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes durch das Haushaltsbegleitgesetz 2011

Am 1. Januar 2011 ist das Haushaltsbegleitgesetz 2011 in Kraft getreten, das unter anderem auch Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes mit sich bringt. Die Änderungen beinhalten zum einen eine Reduzierung der bisherigen Steuerbegünstigungen sowohl bei der Energiesteuer als auch bei der Stromsteuer. So wurde auf Initiative des Haushaltsausschusses kurzfristig unter anderem auch der eigentlich für die Fernwärmeversorgung vorgesehene Erhalt der Begünstigung bei der Energiebesteuerung gestrichen. Darüber hinaus ergibt sich zum anderen bei der Stromsteuer eine gravierende Änderung des Verfahrens der Steuerbegünstigungen für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes / der Land- und Forstwirtschaft. Außerdem entfallen die Steuerbegünstigungen beim sogenannten Energie-Contracting, wenn die erzeugte Nutzenergie (Wärme, Kälte, Licht etc.) nicht von einem Unternehmen des Produzierenden Gewerbes verwendet wird.

Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Im Februar 2011 hat der Bundesrat dem bereits vom Bundestag im Jahr 2010 verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zugestimmt. Das Änderungsgesetz sieht unter anderem den verstärkten Einsatz von Erdgas für die steuerbegünstigte Herstellung von Energieerzeugnissen und eine Befreiung von der Energiesteuer für Deponie- und Klärgase vor. Der Bundesrat hat ferner eine Entschließung gefasst und die Bundesregierung erneut gebeten, in das Energiesteuergesetz zu Gunsten einer klima- und umweltfreundlichen Versorgung eine Regelung zur steuerlichen Entlastung von Fernwärme aufzunehmen.

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Am 1. Juli 2010 ist das Erste Gesetz zur Änderung des EEG vom 11. August 2010 rückwirkend in Kraft getreten. Mit den Änderungen werden die Vergütungen für Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom auf Gebäuden und Freiflächen deutlich abgesenkt.

Neufassung Gasnetzzugangsverordnung

Im September 2010 ist die Neufassung der Verordnung über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (Gasnetzzugangsverordnung - GasNZV) in Kraft getreten. Die Verordnung hat das Ziel, den Wettbewerb auf dem Gasmarkt zu beleben und verlangt, die Zahl der sogenannten Marktgebiete bis 2013 von heute sechs auf höchstens zwei für ganz Deutschland zu reduzieren. Außerdem wird nun ein Versteigerungsverfahren angewendet, um den Zugang zu knappen Transportkapazitäten zu erleichtern, der Anteil von langfristigen Kapazitätsverträgen an Ein- und Ausspeisepunkten begrenzt sowie der Zeitraum, für den Transportkapazitäten im Gasnetz reserviert werden können, auf maximal drei Jahre begrenzt.

Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid

Auch im Jahr 2010 konnte innerhalb der Bundesregierung keine Entscheidung über den sogenannten CCS-Gesetzesentwurf, mit dem auch eine EU-Richtlinie umgesetzt wird, herbeigeführt werden. Damit lässt ein Beschluss über die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid weiter auf sich warten. Die EU-Staaten müssen die EU-Richtlinie bis Mitte 2011 in nationales Recht umgesetzt haben.

Versteigerung von Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2008 bis 2012

Seit dem Jahr 2010 wird der bisherige Verkauf von einem Teil der Emissionsberechtigungen (etwa 9 %) von einem Versteigerungsverfahren abgelöst. Die Versteigerungen werden in den Jahren 2010 und 2011 wöchentlich an der Leipziger Strombörse EEX (European Energy Exchange) durchgeführt. Für die Zeit nach 2012 ist die Auktionierung als Grundzuteilungsregel vorgesehen, die dafür notwendige EU-Versteigerungsverordnung ist am 12. November 2010 in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013).

Drittes Binnenmarktpaket Energie

Im September 2009 war auf Ebene der EU das Dritte Binnenmarktpaket Energie in Kraft getreten. Wesentlichster Kernpunkt des Paketes ist die Eigentumsentflechtung (Ownership Unbundling) der Stromübertragungs- und Gasfernleitungsnetze (Transportnetze) beziehungsweise eine vergleichbar effiziente Trennung von Netzbetrieb und Erzeugung innerhalb vertikal integrierter Unternehmen. Anfang März 2011 sind die Vorschriften des Dritten Binnenmarktpaktes Energie in den EU-Mitgliedstaaten in Kraft getreten. Allerdings wurde das Paket bisher von keinem Mitgliedsstaat fristgerecht umgesetzt. Für Deutschland wird erwartet, dass das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes bis zum Sommer 2011 abgeschlossen sein wird.

3 Absatz und Beschaffung

Da die Geschäftstätigkeit des Konzerns zum überwiegenden Teil durch die SWH bestimmt wird, wird im Folgenden hauptsächlich auf die SWH Bezug genommen.

Strom

Die SWH versorgt sowohl im als auch außerhalb des Konzessionsgebietes Endkunden mit Strom und tätigt des Weiteren auch Stromhandelsgeschäfte. Im Geschäftsjahr 2010 entwickelten sich bei der SWH die Abgabemengen für Strom gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Der überwiegend durch den Energiehandel getriebene Stromabsatz hat um 11,4 % auf insgesamt 21.483 GWh abgenommen. Dabei waren sowohl der Absatz an Kunden als auch der Absatz im Stromhandel rückläufig. Die Handelsgeschäfte der SWH verzeichneten im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 11,6 %.

Entsprechend dem Stromabsatz entwickelten sich auch die Strombezugsmengen gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Den wesentlichen Anteil an den Bezugsmengen hat mit 76,5 % (Vorjahr: 79,4 %) weiterhin der Stromhandel. Darüber hinaus erzeugt die SWH 22,3 % (Vorjahr: 13,4 %) ihres Strombedarfs in Gemeinschaftskraftwerken. Inklusive der stadtwerkeeigenen Erzeugungskapazitäten konnte die Eigenerzeugung in Kraftwerken um 46,9 % gesteigert werden. Der deutliche Anstieg der Eigenerzeugung ist insbesondere auf die durch den KWM-Anteilserwerb zusätzlich vorhandenen Erzeugungskapazitäten zurückzuführen.

Gas

Neben dem Stadtgebiet Hannover führt die SWH auch in weiteren regionalen Gemeinden die Gasgrundversorgung durch. Ebenso wie im Stromsektor tätigt das Unternehmen auch Geschäfte am Gashandelsmarkt. Bei der SWH hat sich der ebenfalls stark durch den Energiehandel getriebene Gesamtgasabsatz um insgesamt 6,6 % auf 25.011 GWh erhöht. Dabei konnten sowohl die Handelsgeschäfte als auch die Gaslieferungen an Kunden deutlich gesteigert werden. Aufgrund von planmäßigen Kundenzugewinnen außerhalb des Konzessionsgebietes im Jahr 2010 stieg dieses Marktsegment um 283,0 GWh auf 368,7 GWh.

Analog zum Absatz erhöhte sich auch der Gasbezug gegenüber dem Vorjahr um 6,6 %. Wie beim Strom stellte auch im Gasbereich die Beschaffung über den Gashandel mit 69,0 % (Vorjahr: 70,4 %) die wesentliche Bezugsquelle dar. Zur Optimierung des Bezugs stehen Speicherkapazitäten über die Beteiligung an der GHG zur Verfügung.

Wärme

Zu den Wärmekunden zählen neben Industrieunternehmen öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Wärmeabsatz entwickelte sich im Geschäftsjahr insgesamt sehr positiv (plus 21,9 %). Insgesamt wurden 1.389 GWh Wärme abgesetzt. Die positive Entwicklung ist dabei hauptsächlich auf die Fernwärme zurückzuführen, in diesem Bereich konnten zahlreiche Neukunden gewonnen werden.

Die Wärmebeschaffung hat sich entsprechend dem Wärmeabsatz sowohl aufgrund von Temperatureffekten als auch durch die erfolgreiche Umsetzung unseres Fernwärmeverdichtungsprogramms gegenüber dem Vorjahr um 21,9 % erhöht. Der Fernwärmebezug wurde mit 91,3 % (Vorjahr: 93,9 %) beinahe vollständig durch die Erzeugung in den Gemeinschaftskraftwerken in Linden und Stöcken sowie durch weitere eigene Erzeugungskapazitäten abgedeckt.

Wasser

Die SWH betreibt die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover sowie weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz stieg im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % beziehungsweise 0,2 Millionen Kubikmeter leicht an. Insgesamt wurden 41,7 Millionen Kubikmeter an Kunden abgesetzt. Der Hauptabsatz ging mit 84,5 % an Tarifkunden.

Die Wasserbeschaffung erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte im Geschäftsjahr ähnlich dem Vorjahr einen Anteil von 93,5 % beziehungsweise 40,6 Millionen Kubikmeter am Gesamtbezug aus. Damit stellt der Fremdbezug momentan nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

4 Forschung und Entwicklung

Der Fokus in der Forschung und Entwicklung im SWH-Konzern liegt ausschließlich auf Effizienzverbesserungen der vorhandenen Technologien und Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Effizienzsteigerungen in Kraftwerken

Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Jahr 2010 in der Modernisierung und Leistungssteigerung der GuD-Anlage des HKW Linden.

Einsatz Brennstoff Biogas

Mit der Erzeugung von Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen und der anschließenden Einspeisung in das Erdgasverteilnetz sind auch im Jahr 2010 umfassende positive Erfahrungen gemacht worden. Zur Verbesserung der Gesamteffizienz ist zum Jahresende eine

Micro-Gasturbine installiert worden, die die Abluft der Gasaufbereitung als Verbrennungsluft nutzt und gleichzeitig die Kesselanlage zur Beheizung der Fermenter ersetzt. Die Erfahrungen werden in einem halbjährigen Probe- und Demonstrationsbetrieb ausgewertet, um dann Mitte 2011 zu entscheiden, ob das Verfahren praxisfest ist.

Einführung „Workforce Management System“ (WFM)

Um einen effizienten Einsatz der beschäftigten Monteure zu gewährleisten, führt die SWH seit 2008 in Stufen ein „Workforce Management System“ (WFM-System) ein. Die im Netzbetrieb tätigen Mitarbeitenden erhalten dann ihre Arbeitsaufträge von einer zentralen Arbeitssteuerung direkt auf ihre mobilen Datengeräte. Ende 2010 arbeiteten circa 70,0 % der Mitarbeitenden der SWH mit dem System. Mit der Inbetriebnahme der Prozesse „Schaltmanagement Strom“ und „Entstörung“ werden im April 2011 sämtliche Prozesse des Netzbetriebs auf WFM-basierte Arbeitsabläufe umgestellt sein.

Elektromobilität

Im Jahr 2010 konnte das erste Elektroauto (Eco Carrier) in Betrieb genommen werden. Der Schritt in die Elektromobilität wurde durch die Beschaffung von fünf Elektrofahrrädern (Pedelecs) ergänzt. Diese Pedelecs stehen an den Standorten der SWH sowie dem enercity expo café allen Mitarbeitenden als Bestandteil des Fahrradpools zur Verfügung. Für das Jahr 2011 wird eine deutliche Marktentwicklung bei den Elektrofahrzeugen erwartet. Weitere Investitionen in Fahrzeuge und Ladestationen sind geplant.

5 Umweltschutz

Umweltschutz ist ein integraler Bestandteil der Konzernstrategie. Dies dient sowohl dem Schutz der Umwelt als auch der langfristigen Sicherung der Produktions- und Geschäftsgrundlagen des Konzerns. Hierzu gehört ebenfalls ein breites Spektrum an kundenorientierten Umweltschutzmaßnahmen.

Innovativ in der Umsetzung von produktionsorientierten Umweltschutzmaßnahmen

Die SWH befindet sich auf dem Umsetzungspfad des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. In ihrem Beitrag verpflichtet sich die SWH zu einer bilanzwirksamen Reduzierung der CO_2-Emissionen um 700.000 Tonnen auf der Angebotsseite (Versorgung mit Strom und Wärme) im Zeitraum von 1990 bis 2020. Des Weiteren sollen die spezifischen CO_2-Emissionen der Stromversorgung weiter gesenkt und die Stromerzeugung soll durch regenerative Energien und in Kraft-Wärme-Kopplung ausgeweitet werden. Die SWH hat ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das in Summe die Ziele in vollem Umfang erfüllt.

Im Jahr 2010 wurde ein Monitoring der im Rahmen der Klima-Allianz vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt. Maßnahmen mit sehr hohem CO_2-Einsparpotenzial wie die GuD-Modernisierung des HKW Linden und der Fernwärmeausbau der Stufe 1 laufen planmäßig, der Ausbau des Contracting auf Basis erneuerbarer Energien läuft schneller als ursprünglich geplant. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt auf Basis der strategischen Unternehmensplanung K2020 der SWH eine höhere Gewichtung. Gemäß bestehender Vorschaurechnung wird die Erreichung der Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz gewährleistet.

enercity-Klimaschutzfonds proKlima

Neben eigenen Potenzialen unterstützt die SWH mit dem enercity-Klimaschutzfonds proKlima zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO_2-Reduktion auf der Nachfrageseite.

Im Jahr 2010 wurden rund Mio. EUR 3,5 in den proKlima-Fonds eingezahlt, der hierdurch zu rund 76,0 % von der SWH getragen wird. Die weiteren 24,0 % werden von den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze, welche auch

das proKlima-Fördergebiet bilden, beigesteuert. Die Fördergelder des Fonds fließen dabei vor allem in die energetische Modernisierung von Wohngebäuden – etwa in eine verbesserte Wärmedämmung oder eine effiziente Heizungsanlage. Aber auch kleine und mittlere Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen profitieren von proKlima. Die Förderpolitik von proKlima setzt dabei bewusst Impulse für Innovationen und qualitativ hochwertige Umsetzungen. Ziel aller proKlima-Aktivitäten ist, den Ausstoß des Treibhausgases CO_2 drastisch zu reduzieren. Der Fonds ist auch weiterhin fest in der Unternehmensstrategie der SWH verankert.

Ausbau der Windkraft

Für den Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraftanlagen sind bis 2020 Investitionen geplant, die noch durch konkrete Projekte zu hinterlegen sind. Dabei sind sowohl On- als auch Offshore-Projekte vorgesehen.

Umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung

Ein wesentlicher Teil der Stromerzeugung erfolgt auch künftig in umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung auf Gas- beziehungsweise Steinkohlebasis in den innerstädtischen Kraftwerken HKW Linden, Kraftwerk Herrenhausen (KWH) sowie GKH. Eine wesentliche Rolle zur Sicherung dieser Ertragskraft im Erzeugungssektor kann durch die Modernisierung und Leistungserweiterung der GuD-Anlage des Standortes Linden erreicht werden. Neben der Erhöhung der Erzeugungskapazitäten wird damit auch ein klares Bekenntnis zur Kraft-Wärme-Kopplung in Hannover gegeben. Nach der Modernisierung des Kraftwerks werden hocheffiziente und ressourcenschonende Erzeugungstechniken zur Verfügung stehen, die eine CO_2-Einsparung von über 200.000 Tonnen jährlich erreichen und damit die derzeit wirksamste Maßnahme im Rahmen der Klima-Allianz mit der Landeshauptstadt Hannover darstellen werden.

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung

Nachdem Hannover als eine der ersten Städte die letzte Quecksilberdampf-Hochdrucklampe ersetzte und in der Straßenbeleuchtung nunmehr ausschließlich energieeffiziente Lampen- und Leuchtentechnik in Betrieb ist, wurde dieses Ziel in einem groß angelegten Erneuerungsprojekt im Jahr 2010 auch in Langenhagen erreicht. Beide Städte kamen damit dem europaweiten Verbot dieses Leuchtmittels um fünf Jahre zuvor. Auf der Suche nach weiteren Energieeinsparmöglichkeiten setzt die SWH ihre LED-Aktivitäten mit der Realisierung des Projekts Eickenhof in Langenhagen fort. Hierbei gelang es erstmals, eine LED-Straßenbeleuchtungsanlage über eine Anwesenheitssensorik zu steuern und mit einem um fast 70,0 % reduzierten Energieeinsatz ohne Komfortverlust zu betreiben.

Biomassenutzung

Im enercity HolzenergieCenter auf dem Gelände des Gemeinschaftskraftwerks in Stöcken wird die Prozesswärme des Kraftwerks umweltschonend und wirtschaftlich genutzt, um das dort zum Verkauf angebotene Holz zu trocknen. Anfang Februar 2010 sorgte ein Brand für einen Produktionsausfall. Die modernisierte und vergrößerte Anlage nahm im November 2010 ihren Regelbetrieb wieder auf. Der Absatz von Holzscheiten, -schnitzel, -pellets und -briketts betrug im Jahr 2010 knapp 2.700 Tonnen und konnte damit leicht um 60 Tonnen gesteigert werden.

Die eCG sowie die Danpower werden im Geschäftsfeld Biomasse in den nächsten Jahren weiterhin substanziell investieren. Insgesamt ist der SWH-Konzern über die Gesellschaften eCG, Danpower sowie Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) zurzeit an 13 in Betrieb befindlichen Biogasprojekten beteiligt. Im März 2010 hat die eCG 51,0 % der Anteile an der Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln, übernommen. Diese plant bis Mitte 2011 die Errichtung einer Biogasanlage, die neben der Stromerzeugung aus Biogas im Blockheizkraftwerk auch die angrenzende Schule und andere Kunden mit Wärme beliefern wird. Danpower hat im Jahr 2010 drei weitere Biogasanlagen in Wolgast, Bernsdorf und Saalow in Betrieb genommen.

Zum Jahresende 2010 sind im SWH-Konzern insgesamt 29 Biomasseanlagen, davon 13 Biogasanlagen, neun Holzhackschnitzelanlagen, fünf Holzpelletfeuerungsanlagen sowie zwei Palmöl-Blockheizkraftwerke, in Betrieb. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoff-Anlage in Bitterfeld liegt die Stromproduktion dieser Anlagen bei rund 200 GWh, was rund 15 % des Haushaltskundenbedarfs im Netzgebiet Hannover pro Jahr entspricht.

Elektromobilität

Im Jahr 2010 machte die SWH die ersten Schritte in die elektro-mobile Zukunft: Im September wurde erstmals eine Flotte von zehn Elektrorollern an enercity-Privat- und Geschäftskunden für einen 10-wöchigen kostenlosen Test vergeben. Im Jahr 2011 sind drei weitere Testphasen geplant, sodass insgesamt 40 Kunden mit den innovativen, fast lautlosen Zweirädern Erfahrungen sammeln können. Darüber hinaus stehen den Mitarbeitenden an allen großen Verwaltungsstandorten und am enercity expo café Elektrofahrräder (Pedelecs) für Dienstfahrten zur Verfügung. Seit November können Nutzer von E-Fahrzeugen an der ersten enercity-Stromtankstelle kostenlos enercity-UmweltStrom tanken.

BioErdgas als Kraftstoff

Seit Juni 2010 bietet die eCG erstmals in Hannover BioErdgas an. Diesem Erdgas werden bilanziell 10,0 % BioErdgas beigemischt, das in der Biogasanlage der BiRo GmbH & Co. KG, Ronnenberg, hergestellt und in der Biogasaufbereitungsanlage der SWH aufbereitet wird. Das Ergebnis: ein bis zu 30,0 % geringerer Ausstoß des klimaschädlichen CO_2. Zudem werden die lokal wirksamen Schadstoffemissionen wie z.B. Stickoxide über 80,0 % gesenkt. Damit unterstützt die eCG den aktuellen Trend, dem fossilen Kraftstoff Biosprit beizumischen und möchte diese positive Entwicklung auch weiter ausbauen.

Einführung eines Integrierten Managementsystems (IMS)

Im Jahr 2010 wurde bei der SWH das Integrierte Managementsystem (IMS) nach dreijähriger Projektzeit flächendeckend eingeführt. Damit werden alle verbindlichen Regelungen, Anweisungen und Vorgaben für den Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz und für die Organisationssicherheit (besonders auch das Technische Sicherheitsmanagement – TSM) im Unternehmen zentral in einer einheitlichen Systematik zur Verfügung gestellt.

Projekt ÖKOPROFIT (**ÖKO**logisches **PRO**jekt **F**ür **I**ntegrierte Umwelt-**T**echnik)

Die Maßnahmenprogramme der Fachbereiche zur Erreichung von Umweltzielen hat die SWH in den Rahmen des Projekts ÖKOPROFIT gestellt. Dort nimmt die SWH am „ÖKOPROFIT-Klub“ teil, einem Kreis von Unternehmen aus der Stadt und der Region Hannover, die den betrieblichen Umweltschutz verbessern wollen. Die Erfüllung einer umfangreichen Liste von Prüfkriterien zu allen Feldern des betrieblichen Umweltschutzes und insbesondere zu den Aspekten Rechts- und Organisationssicherheit ist Voraussetzung für die Erteilung der ÖKOPROFIT-Auszeichnung, die die SWH nach 2007 im Jahr 2010 erneut erhalten hat. Auch für das Jahr 2011 wird die Auszeichnung wieder angestrebt.

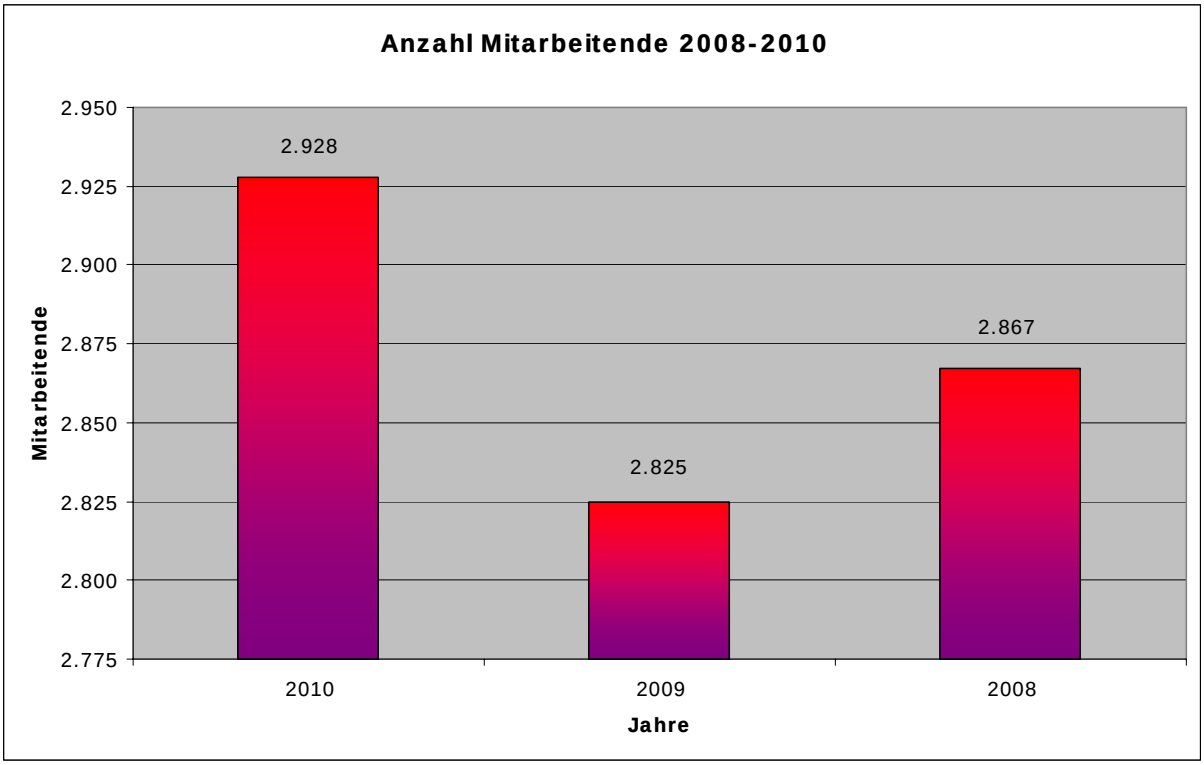
6 Mitarbeitende

Die Instrumente der Personalpolitik wurden kontinuierlich weiterentwickelt und neue Handlungsfelder, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung, beschrieben. Diese gilt es nun näher zu analysieren und Empfehlungen zur strategischen und operativen Umsetzung zu erarbeiten.

Entwicklung Personalbestand

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 betrug die Zahl der Mitarbeitenden im SWH-Konzern 2.928 (Vorjahr: 2.825). Die Zahl der Mitarbeitenden ist im Geschäftsjahr 2010 im Wesentlichen aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der KWM (Anzahl Mitarbeitende zum Stichtag 31. Dezember 2010: 147) in den SWH-Konzern deutlich gestiegen. Dabei wurde

der Anstieg der Gesamtzahl der Mitarbeitenden im SWH-Konzern jedoch durch die konsequente Umsetzung des Projekts Triathlon begrenzt. Die in dem Projekt formulierten Ziele konnten im Geschäftsjahr erreicht werden. Die Umsetzung erfolgte durch ein unterstützendes Personalcontrolling, die angepassten Regelungen zur Neubesetzung von Stellen sowie die darauf abgestimmte Personalplanung mit den Fachbereichen.



Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II in Kraft getreten

Die SWH hat als einen wichtigen Baustein für die erfolgreiche Bewältigung der unternehmerischen Herausforderungen der Zukunft engagierte, qualifizierte und leistungsbereite Mitarbeitende identifiziert. In diesem Sinne wurde zwischen Betriebsrat und Vorstand im Dezember 2009 die Erneuerung des seit 1999 bestehenden Vertrags zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II beschlossen, der unter anderem betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2018 ausschließt. Der Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

Veränderte Mitarbeiterumfrage eröffnet neue Chancen

Die Abteilung Personalentwicklung der SWH arbeitet konsequent an dem nachhaltigen Ziel, die Schlüsselpositionen der Führungskräfte im Unternehmen zu stärken. In diesem Sinne erfolgte die Neukonzeption der Mitarbeiterzufriedenheitsabfrage. Oberstes Ziel dieses Vorhabens war es, Ergebnisse zu erzeugen, die den Führungskräften wichtige Hinweise zur Verbesserung ihrer Arbeit liefern können. Damit dies möglich wird, mussten die Fragen umfangreicher als bisher sein. Mit der Möglichkeit, Freitextfelder zu nutzen, wurde darüber hinaus einer höheren Individualität Rechnung getragen.

Entwickelt wurde der neue Fragebogen in einer Arbeitsgruppe, in der Mitarbeitende aus allen Unternehmensbereichen ihre Ideen einbringen konnten. Verantwortet wurde das Ergebnis vom Betriebsarzt und der Abteilung Personalentwicklung. Unter Beibehaltung des hohen Datenschutzniveaus der bisherigen Umfrage erfolgte die Durchführung im November 2010.

Der Rücklauf der Mitarbeiterbefragung in Höhe von rund 73 % war etwas niedriger als in den Vorjahren, dies dürfte aber auf den deutlichen Mehraufwand für die Teilnehmenden zurückzuführen sein. Für die Analyse der Ergebnisse und eventuell daraus zu ziehende Konsequenzen steht den Führungskräften die Abteilung Personalentwicklung mit ihrer Beratung und ihren professionellen Instrumenten zur Verfügung.

7 Bindung an Stadt und Region

Der SWH-Konzern ist insbesondere mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden. Das Engagement erstreckt sich dabei nicht nur auf die Versorgungswirtschaft und damit einhergehende monetäre Aspekte, sondern auch auf einen aktiven Umweltschutz und ein soziales Engagement.

Wirtschaft

Aus dem Geschäftsjahr 2010 werden von der SWH an die VVG, deren Anteile von der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover gehalten werden, Mio. EUR 88,5 (Vorjahr: Mio. EUR 89,7) zugeführt. Zusätzlich zahlt der SWH-Konzern eine Konzessionsabgabe von Mio. EUR 46,9 (Vorjahr: Mio. EUR 45,9) an die Stadt Hannover und die Umlandgemeinden. Zudem stellt der SWH-Konzern attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und heimische Handwerksbetriebe repräsentiert der SWH-Konzern zudem einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Umwelt

Durch ihr Engagement im enercity-Fonds proKlima fördert insbesondere die SWH zusammen mit kommunalen Partnern den Klimaschutz in der Region und trägt damit zur Steigerung der Lebensqualität bei. Außerdem hat die SWH gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover in der Klima-Allianz 2020 ein wegweisendes Klimaschutzaktionsprogramm entwickelt.

Kultur und Soziales

Neben dem wirtschaftlichen und ökologischen Engagement steht ein aktives Kultur- und Sozialsponsoring. So wurde unter anderem bereits vor zehn Jahren das enercity network mit dem Ziel gegründet, nachhaltig Jugendliche zu fördern und sie dabei zu unterstützen, ihre Talente und Fähigkeiten zu entdecken.

8 Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage

8.1 Gesamtbeurteilung

Der SWH-Konzern entwickelte sich im Geschäftsjahr 2010 trotz rückläufiger Umsatzerlöse weiterhin insgesamt positiv.

Bei unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten verringerten sich die Umsatzerlöse insgesamt um 13,8 %. Der größte Anteil an den Umsätzen entfällt dabei unverändert auf den Strom- und Gasbereich. Unter Berücksichtigung der ebenfalls gesunkenen Materialaufwendungen führte dies zu einem um 2,9 % beziehungsweise Mio. EUR 14,0 verbesserten Rohertrag. Das Konzernergebnis liegt um 28,5 % über dem Vorjahr und konnte damit stärker als erwartet gesteigert werden. Zu der positiven Ergebnisentwicklung trug insbesondere der Sondereffekt aus der erstmaligen Einbeziehung der KWM bei.

EBIT (Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis)

Das EBIT (Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) als eine wesentliche interne Steuerungsgröße stieg im Konzern um Mio. EUR 55,4 auf Mio. EUR 246,0 (Vorjahr: Mio. EUR 190,6). Die erhebliche Verbesserung des EBIT um plus 29,1 % lag damit über den Erwartungen und ist insbesondere auf den Erstkonsolidierungseffekt und das verbesserte Beteiligungsergebnis zurückzuführen. Ohne den Sondereffekt aus der Erstkonsolidierung hätte das EBIT leicht unter dem Vorjahresniveau gelegen.

ROCE (Return on Capital Employed)

Neben dem EBIT als Ergebnisgröße stellt der ROCE (Return on Capital Employed) eine weitere wesentliche Steuerungsgröße des SWH-Konzerns dar. Mit ihr soll gemessen werden, wie effektiv und profitabel der Konzern mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Sie ergibt sich als Quotient von EBIT und dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Im SWH-Konzern zählen hierzu im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Rückstellungen und Steuerverbindlichkeiten sowie die erhaltenen Zuschüsse.

Die verbesserte Ertragslage spiegelt sich auch in einem um 1,0 % gestiegenen ROCE von nunmehr 11,1 % (Vorjahr: 10,1 %) wieder. Der deutliche Anstieg des EBIT geht dabei mit einem ebenfalls um 18,1 % deutlich gestiegenem durchschnittlichen Capital Employed (2010: Mio. EUR 2.223,0; Vorjahr: Mio. EUR 1.882,8) einher, weshalb der Anstieg des ROCE nicht höher ausfällt.

8.2 Ertragslage

Die Gesamtergebnisentwicklung stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)		2010		2009	Veränderung in	
		TEUR		TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse [1)]		2.516.489		2.918.417	-401.928	-13,8
Materialaufwand [1)]	./.	2.019.766	./.	2.435.717	-415.951	-17,1
Rohertrag		**496.723**		**482.700**	**14.023**	**2,9**
Personalaufwand	./.	200.337	./.	202.861	-2.524	-1,2
Übrige betriebliche Aufwendungen [1)]	./.	253.258	./.	175.515	77.743	44,3
Übrige betriebliche Erträge [1)]	+	270.922	+	163.358	107.564	65,8
Beteiligungsergebnis	+	60.176	+	-1.122	61.298	> 100,0
Erträge aus Kapitalanlagen	+	2.471	+	9.060	-6.589	-72,7
Abschreibungen	./.	130.704	./.	85.042	45.662	53,7
EBIT		**245.993**		**190.578**	**55.415**	**29,1**
Zinsergebnis	+	-43.477	+	-23.831	-19.646	82,4
Ergebnis vor Ertragsteuern		**202.516**		**166.747**	**35.769**	**21,5**
Ertragsteuern	+	6.275	./.	4.226	2.049	48,5
Konzernergebnis		**208.791**		**162.521**	**46.270**	**28,5**
Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	./.	-6.298	./.	-2.879	-3.419	> 100,0
Konzernergebnis vor Gewinnverwendung		**215.089**		**165.400**	**49.689**	**30,0**
Gewinnvortrag	+	0	+	0	0	
Gewinnabführung	./.	110.548	./.	112.104	-1.556	
Einstellung in (-) / Entnahme aus (+) sonstigen Gewinnrücklagen	+	-78.541	+	-3.796	-74.745	
Einstellung in Gewinnrücklage der SWH	./.	26.000	./.	49.500	23.500	
Bilanzgewinn		**0**		**0**	**0**	

[1)] Die Erträge (TEUR 93.999; Vorjahr: TEUR 155.370) und Aufwendungen (TEUR 134.512; Vorjahr: TEUR 141.742) aus Strom- und Gasfutures wurden im Gegensatz zum Vorjahr nicht den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen, sondern den Umsatzerlösen bzw. dem Materialaufwand zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der SWH-Konzern erwirtschaftete seinen Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Konzessionsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar.

Den wesentlichen Anteil am Umsatz trägt mit ca. 91 % die SWH als Mutterunternehmen bei. Für die weitere Analyse bilden daher die Aktivitäten der SWH den Schwerpunkt der Betrachtung.

Nach Segmenten verteilen sich die **Umsatzerlöse** wie folgt:

Umsätze des SWH-Konzerns nach Sparten	2010	Anteil in	2009	Anteil in	Veränderung in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Strom [1)]	1.564.329	62,2	1.989.615	68,2	-425.286	-21,4
Gas [1)]	583.264	23,2	627.147	21,5	-43.883	-7,0
Wärme	180.942	7,2	164.443	5,6	16.499	10,0
Wasser	74.237	3,0	74.350	2,6	-113	-0,2
Dienstleistungen	113.717	4,5	62.862	2,2	50.855	80,9
Gesamt	**2.516.489**	**100,0**	**2.918.417**	**100,0**	**-401.928**	**-13,8**

[1)] Die Erträge aus Strom- und Gasfutures (Strom 2010: TEUR 80.094; 2009: TEUR 152.990; Gas 2010: TEUR 13.905; 2009: TEUR 2.380) wurden im Gegensatz zum Vorjahr nicht den übrigen betrieblichen Erträgen, sondern den Umsatzerlösen zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Im Jahr 2010 erwirtschaftete der Konzern **Umsatzerlöse** in Höhe von Mio. EUR 2.516,5. Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von Mio. EUR 401,9. Erlösrückgänge waren dabei insbesondere im Stromgeschäft infolge rückläufiger Handelsumsätze zu verzeichnen. Bei der Wärme ergaben sich wie bereits im Vorjahr nochmals Umsatzsteigerungen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse bildet sich in den einzelnen Sparten wie folgt ab:

In der **Stromsparte**, welche weiterhin die größte Sparte im Konzern ist, wurden Erlöse in Höhe von Mio. EUR 1.564,3 erzielt. Neben den Umsätzen für die Belieferung von Kunden sind hier die vereinnahmten Netzentgelte sowie die Umsätze aus Stromhandelsgeschäften enthalten. Die Handelsgeschäfte tragen mit Mio. EUR 922,3 (Vorjahr: Mio. EUR 1.213,3) zu den Stromerlösen bei und haben damit einen Anteil von 59,0 % an den gesamten Stromumsätzen. Der Rückgang der Handelsgeschäfte resultiert aus geringeren Handelsmengen sowie der Realisierung geringerer Preise an der Strombörse. Neben dem deutlichen Rückgang der Erlöse aus Stromhandelsgeschäften in Höhe von Mio. EUR 291,0 nahmen die Erlöse mit SWH-Kunden außerhalb des Konzessionsgebietes mit Mio. EUR - 2,5 nur leicht ab. Der Rückgang geht unter anderem auf eine Reduzierung der Absatzmengen aufgrund von Kundenverlusten zurück. Darüber hinaus sanken die Erträge aus zur Absicherung der Commodityrisiken eingesetzten Stromfutures um Mio. EUR 72,9. Insgesamt sanken die Stromerlöse um 21,4 %.

Die Erlöse der **Gassparte** sind um 7,0 % zurückgegangen. Dabei verringerten sich die Gashandelsgeschäfte (Mio. EUR 300,0; Vorjahr: Mio. EUR 310,4) trotz einem leicht gestiegenen Mengenvolumen um 3,3 %. Beim Absatz an Kunden im Konzessionsgebiet und Weiterverteilern waren ebenfalls Umsatzrückgänge in Höhe von 6,7 % zu verzeichnen. Trotz witterungsbedingter Mengensteigerung und Kundengewinnen außerhalb des Konzessionsgebietes sanken die Gaserlöse insbesondere aufgrund der in den Jahren 2009 und 2010 vorgenommenen drei Gaspreissenkungen.

Im Bereich **Wärme** ist ein Anstieg der Umsatzerlöse um Mio. EUR 16,5 zu verzeichnen. Grund hierfür waren insbesondere gestiegene Umsätze aufgrund erhöhter Absatzmengen durch Neukundengewinnung im Fernwärmebereich und einer guten Auslastung der Contractinganlagen. Insgesamt konnte der Anteil der Wärme am Gesamtumsatz auf 7,2 % (Vorjahr: 5,6 %) gesteigert werden.

Die **Wassererlöse** lagen mit einem leichten Minus von 0,2 % fast auf Vorjahresniveau. Damit setzte sich der langjährige Trend der rückläufigen Umsätze im Wasserbereich, außer im Vorjahr, weiter fort.

Im Bereich **Dienstleistungen** werden Umsätze für kaufmännische Betriebsführungen und Dienstleistungen, Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst. Sie tragen mit 4,5 % zu den Konzernumsätzen bei.

Entwicklung wesentlicher Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung[1]

Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas und übrige Rohstoffe sowie bezogene Leistungen enthalten, sanken insgesamt um 17,1 % beziehungsweise Mio. EUR 415,9. Einhergehend mit der Erlösentwicklung im Energiehandel, sind beim Strombezug insbesondere die Aufwendungen aus dem Stromhandel mengen- und preisbedingt um Mio. EUR 384,9 gesunken. Die Gashandelsaufwendungen erhöhten sich aufgrund leicht gestiegener Mengenvolumen gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 0,6 auf Mio. EUR 299,3. Der Wasserbezug ist aufgrund der weitestgehenden Eigenerzeugung weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Zu den bezogenen Leistungen zählen auch die an die Netzbetreiber zu leistenden Netzentgeltzahlungen. Für außerhalb des Netzgebietes versorgte Kunden stiegen die Netzentgelte an fremde Netzbetreiber auf Mio. EUR 38,0 (Vorjahr: Mio. EUR 34,5).

[1] Zu weiteren Informationen siehe im Konzernabschluss die Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Die übrigen betrieblichen Erträge stiegen um Mio. EUR 107,6. Ursache für diesen Anstieg war vor allem der Ertrag aus der Neubewertung des Alt-Anteils an der KWM in Höhe von Mio. EUR 111,3 sowie der bei der Erstkonsolidierung entstandene passivische Unterschiedsbetrag in Höhe von Mio. EUR 5,9.

Der deutliche Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um Mio. EUR 77,7 resultiert im Wesentlichen aus den um Mio. EUR 64,1 gestiegenen Aufwendungen aus der fair value Bewertung von Derivaten. Der Personalaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 2,5 beziehungsweise 1,2 %.

Das Beteiligungsergebnis beträgt im Geschäftsjahr Mio. EUR 60,2 und liegt damit um Mio. EUR 61,3 über dem Vorjahr. In dem Beteiligungsergebnis ist ein gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessertes at equity-Ergebnis in Höhe von Mio. EUR 59,0 enthalten. Ursache für das verbesserte at equity-Ergebnis ist im Wesentlichen das erstmalig im Geschäftsjahr vollständig berücksichtigte Jahresergebnis der Thüga in Höhe von Mio. EUR 59,5. Das um Mio. EUR - 19,6 verschlechterte Zinsergebnis ist auf das zur Finanzierung der getätigten Investitionen in langfristige Vermögenswerte stark gestiegenen Darlehensvolumen sowie auf die Bewertungsanpassung der Genussscheine in Höhe von Mio. EUR 8,5 zurückzuführen.

Das Konzernergebnis bezogen auf den Anteil der Gesellschafter der SWH lag mit Mio. EUR 215,1 über dem Vorjahr (Mio. EUR 165,4). Der Anteil anderer Gesellschafter beträgt Mio. EUR - 6,3 (Vorjahr: Mio. EUR - 2,9).

8.3 Finanzlage

8.3.1 Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements

Das Finanzmanagement des SWH-Konzerns hat die langfristig stabile Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns unter Beachtung ausgewogener Bilanzstrukturen zum Ziel. Unter Wahrung einer hohen Verlässlichkeit und Sicherheit soll gleichzeitig eine weitgehende Flexibilität erreicht werden. Bereitstellung und Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen schaffen dabei auch unternehmerische Spielräume und halten Handlungsmöglichkeiten für strategische Optionen offen.

Grundsätzlich erfolgen alle Finanzierungsaktivitäten des Konzerns im Rahmen der unternehmensspezifischen Finanzrichtlinien der SWH. Diese bilden den Handlungsrahmen für das Finanzmanagement und entsprechen den Organisations- und Sorgfaltspflichten des Unternehmens.

Innerhalb des SWH-Konzerns werden durch die Konzernmuttergesellschaft die Finanzierungsaktivitäten der Tochterunternehmen unterstützt und weitgehend nach einheitlichen Grundsätzen abgewickelt. Ein laufendes Konzern-Cashmanagement rundet dieses Vorgehen ab.

8.3.2 Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die im Rahmen der Wachstumsstrategie geplanten, begonnenen oder bereits realisierten Investitionsprojekte wie der Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, die Erweiterung der Gasspeicherkavernenanlagen und insbesondere der im Jahr 2009 vollzogene Anteilserwerb an der Thüga werden über bilaterale Bankkredite und Schuldscheindarlehen finanziert. Im Jahr 2010 wurden Tilgungen in Höhe von rund Mio. EUR 168 und Kreditneuaufnahmen in Höhe von rund Mio. EUR 195 getätigt, sodass das Volumen der langfristigen Darlehen zum 31. Dezember 2010 Mio. EUR 830,3 beträgt. Das Volumen der davon auf 6-Monats-Euribor-Basis verzinsten Darlehen beläuft sich auf rund Mio. EUR 740. Die mit den Kreditgebern vereinbarten Financial Covenants sind eingehalten worden.

Die im Jahr 2010 neu aufgenommenen Mittel wurden überwiegend über ein mit der Landesbank Berlin und der Nord/LB aufgelegtes Schuldscheindarlehen bereitgestellt. Dieses stellt bereits das zweite Schuldscheindarlehen für die SWH dar. Nachdem schon im Jahr

2009 erstmalig ein Schuldscheindarlehen sehr erfolgreich platziert wurde, konnte der Erfolg dieser Finanzierungsform im Jahr 2010 wiederholt werden. Aufgrund des großen Interesses wurde das geplante Emissionsvolumen von anfänglich rund Mio. EUR 55 auf rund Mio. EUR 120 aufgestockt. Rund 40 Kreditgeber zeichneten das Papier mit Laufzeiten zwischen fünf und zehn Jahren. Für den Großteil des Emissionsvolumens wurde ein variabler Zinssatz auf 6-Monats-Euribor-Basis vereinbart.

Zinsentwicklung

Die langfristige Zinssicherung für die variabel verzinsten Darlehen erfolgt durch den Einsatz von Zinsswaps. Die zur Zinssicherung abgeschlossenen Swapverträge haben zum 31. Dezember 2010 ein Vertragsvolumen von rund Mio. EUR 660. Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt rund 13 Jahre, der durchschnittliche Festsatz rund 3,2 %. Neben den Zinsswaps beinhaltet das Derivate-Portfolio auch Zinsswapoptionen in Höhe von rund Mio. EUR 50.

Liquiditätssteuerung

Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind dem Unternehmen von fünf Banken schriftlich vereinbarte Kreditlinien in Höhe von insgesamt Mio. EUR 205,3 eingeräumt worden. Daneben stehen dem Unternehmen bei Banken intern vorgemerkte Linien über weitere Mio. EUR 80,0 zur Verfügung. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Für die Abwicklung dieser Geschäfte kann das Unternehmen zum Stichtag auf bis zu neun Bankpartner zurückgreifen.

Devisenhandel

Der Devisenhandel basierte im Jahr 2010 hauptsächlich auf der Beschaffung von Kraftwerkskohle auf den internationalen Märkten. Pro Jahr beschafft der Konzern rund 1.390.000 Tonnen Importkohle in US-Dollar. Das damit verbundene Währungsrisiko wurde für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2013 durch Devisentermingeschäfte reduziert und aktiv gesteuert.

Ausblick

Aufgabe des Finanzmanagements wird es in den nächsten Jahren sein, die Finanzierungsmöglichkeiten weiter zu optimieren. Nach der konzentrierten Ausweitung des Kreditvolumens für diverse Wachstumsinvestitionen in den vergangenen beiden Jahren wird der Schwerpunkt zukünftig darauf liegen, bei Darlehensprolongationen und Anschlussfinanzierungen die Mittelbereitstellung weiterhin zu guten Konditionen zu sichern.

8.3.3 Liquiditätsanalyse

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergibt sich wie folgt:

in TEUR	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	217.367	299.108
davon Cash Earnings nach DVFA/SG	191.531	250.565
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-127.572	-620.488
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-71.892	341.764
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	17.903	20.384
Konsolidierungskreisbedingte Anpassung / Veränderung des Finanzmittelfonds	6.013	25
Finanzmittelfonds am 01.01.	44.980	24.571
Finanzmittelfonds am 31.12.	68.896	44.980
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	**31.12.2010**	**31.12.2009**
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	68.896	44.980

Nachdem das Geschäftsjahr 2009 durch hohe Investitionen geprägt war, erfolgten im Geschäftsjahr 2010 die Erstkonsolidierung der KWM sowie die Fortführung der in früheren Geschäftsjahren begonnenen Investitionen.

Der operative Cashflow des Geschäftsjahres 2010 verringerte sich trotz eines um Mio. EUR 46,3 verbesserten Konzernjahresergebnisses im Wesentlichen aufgrund der durch die Erstkonsolidierung der KWM im Konzernjahresergebnis enthaltenen nicht zahlungswirksamen Sondereffekte. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt Mio. EUR 492,9 und betraf mit Mio. EUR 120,0 im Wesentlichen das Sachanlagevermögen. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen beinhalten neben den üblichen Ersatzinvestitionen hauptsächlich den weiteren Ausbau der GuD-Anlage im HKW Linden. Dabei konnten die getätigten Investitionszahlungen vollständig durch den operativen Cashflow gedeckt werden. Darüber hinaus stand der operative Cashflow zur Deckung der Auszahlungen der Finanzierungstätigkeit zur Verfügung. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich hauptsächlich aus den erfolgten Auszahlungen an die Anteilseigner in Höhe von Mio. EUR 100,4. Die Auszahlungen an die Anteilseigner wurden durch Zahlungen aus der Aufnahme sowie für die Tilgung von Krediten in Höhe von Mio. EUR 20,4 zum Teil kompensiert.

Insgesamt konnte der Finanzmittelfonds um Mio. EUR 23,9 gesteigert werden.

8.4 Vermögenslage

8.4.1 Vermögensanalyse

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:[2]

Bilanz (Kurzfassung)	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Langfristiges Vermögen	2.362.298	1.833.516	528.782	28,8
Latente Steuern	751	977	-226	-23,1
Kurzfristiges Vermögen	675.983	929.204	-253.221	-27,3
Bilanzsumme Aktiva	**3.039.032**	**2.763.697**	**275.335**	**10,0**
Eigenkapital	1.083.169	928.068	155.101	16,7
Langfristige Schulden	1.125.637	955.027	170.610	17,9
Latente Steuern	144.111	10.311	133.800	> 100,0
Kurzfristige Schulden	686.115	870.291	-184.176	-21,2
Bilanzsumme Passiva	**3.039.032**	**2.763.697**	**275.335**	**10,0**

Die Bilanzsumme des SWH-Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr um 10,0 % gestiegen. Während das langfristige Vermögen gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 528,8 beziehungsweise 28,8 % anstieg, reduzierte sich das kurzfristige Vermögen um Mio. EUR 253,2 beziehungsweise 27,3 %. Der Anstieg des langfristigen Vermögens ist insbesondere auf die Erstkonsolidierung von KWM zurückzuführen, die zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zu einer Zunahme des langfristigen Vermögens von Mio. EUR 524,8 führte. Die Zunahme des langfristigen Vermögens wurde durch die Abnahme des kurzfristigen Vermögens insbesondere aufgrund gesunkener Forderungen aus Derivaten (Mio. EUR 79,2; Vorjahr: Mio. EUR 188,5) sowie dem Wegfall der zum Stichtag 31. Dezember 2009 bestehenden Forderungen aus geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Beteiligungsportfolios teilweise kompensiert. Dennoch konnte der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen auf 77,7 % gesteigert werden.

[2] Zu weiteren Informationen siehe im Konzernabschluss die Erläuterungen zur Bilanz.

Kennzahlen der Vermögensstrukturanalyse	2010 in %	2009 in %	Veränderung absolut	Veränderung in %
Langfristige Vermögensquote	77,7	66,3	11,4	17,2
Eigenkapitalquote	35,6	33,6	2,1	6,1
Deckungsgrad für langfristige Vermögenswerte (Eigenkapital/langfristige Vermögenswerte)	45,9	50,6	-4,8	-9,4
Deckungsgrad für langfristige Vermögenswerte ((Eigenkapital + langfristige Schulden)/langfristige Vermögenswerte)	93,5	102,7	-9,2	-9,0

Das Eigenkapital konnte im Berichtsjahr um Mio. EUR 155,1 auf Mio. EUR 1.083,2 gesteigert werden. Hierzu beigetragen hat insbesondere das aufgrund von sonstigen Erträgen aus der Erstkonsolidierung von KWM in Höhe von insgesamt Mio. EUR 117,2 verbesserte Konzernergebnis (Mio. EUR + 46,3). Folge der Eigenkapitalsteigerung ist eine um 6,1 % verbesserte Eigenkapitalquote von 35,6 %. Die Deckung des langfristigen Vermögens durch das Eigenkapital nahm aufgrund der Zunahme des langfristigen Vermögens im Rahmen der Erstkonsolidierung um 9,4 % ab.

Zur Finanzierung der verschiedenen Ausbau- und Beteiligungsaktivitäten wurden im Jahr 2010 weitere langfristige Finanzverbindlichkeiten in Höhe von Mio. EUR 160,1 aufgenommen, was wesentlich zu dem Anstieg der langfristigen Schulden um insgesamt Mio. EUR 170,6 beitrug. Da die langfristigen Vermögenswerte im Jahr 2010 insbesondere aufgrund der Erstkonsolidierung der KWM deutlich stärker als das Eigenkapital sowie die langfristigen Schulden gestiegen sind, führte dies im Gegensatz zum Vorjahr zu einer leichten Unterdeckung des langfristigen Vermögens durch langfristiges Kapital in Höhe von 93,5 % (Vorjahr: 102,7 %). Innerhalb der kurzfristigen Schulden sind insbesondere die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Mio. EUR - 132,7) sowie die Verbindlichkeiten aus Derivaten (Mio. EUR - 56,4) deutlich gesunken, die Ertragsteuerverbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 6,7 auf Mio. EUR 11,1 gestiegen.

Insgesamt verfügt der SWH-Konzern über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur.

8.4.2 Investitionen und Substanzerhaltung

Der SWH-Konzern hat im Geschäftsjahr insgesamt Mio. EUR 220,4 (Vorjahr: Mio. EUR 711,6) investiert. Die Investitionen verteilen sich in Höhe von Mio. EUR 94,0 auf Finanzanlagen, in Höhe von Mio. EUR 123,8 auf Sachanlagen sowie in Höhe von Mio. EUR 2,6 auf immaterielle Vermögenswerte.

Finanzanlagen

Die Zugänge zu den Finanzanlagen betreffen mit Mio. EUR 86,3 im Wesentlichen Wertpapierkäufe der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds sowie mit Mio. EUR 6,0 die Vergabe von Darlehen an die GHG im Rahmen der Erweiterung des Gasspeichers Empelde (2. Ausbaustufe).

Sachanlagen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen mit Mio. EUR 75,5 im Wesentlichen geleistete Anzahlungen beziehungsweise Anlagen im Bau. Davon entfielen im Geschäftsjahr Mio. EUR 23,5 auf die Erweiterung der Gas- und Dampfturbine in Linden. Da das Modernisierungsprojekt künftig federführend von der GKL vorangetrieben wird, wurden im Laufe des Geschäftsjahres Anlagen von der SWH auf die GKL übertragen. Für die Erneuerung und Erweiterung der Verteilungsanlagen wurden insgesamt Mio. EUR 24,7 aufgewendet.

Die Investitionen für Erneuerungsmaßnahmen basieren auf den alle zwei Jahre überarbeiteten Instandhaltungskonzepten für die jeweiligen Energie- und Wassernetze. Diese enthalten unter anderem Aussagen über die Schadensentwicklung und die Substanzbe-

wertung und zum mittelfristigen Ersatzbedarf auf der Basis von technischen Lebensdauerverteilungen. Bei dem derzeitigen kontrollierten moderaten Substanzverzehr kann weiterhin von einer befriedigenden Gesamtsituation mit einzelnen Problemfeldern ausgegangen werden.

Leitungsnetz der SWH

Die Länge des Leitungsnetzes erhöhte sich in der Stromversorgung von 7.367 Kilometer um 22 Kilometer auf 7.389 Kilometer. Durch weitere technische Netzoptimierungen verringerte sich das Verteilungsnetz in der Gasversorgung um zwölf Kilometer auf 1.942 Kilometer. Das Transport- und Verteilnetz der Wasserversorgung, bestehend aus Zubringer-, Haupt- und Versorgungsleitungen, hatte zum 31. Dezember 2010 eine Gesamtlänge von 2.209 Kilometer. Das Leitungsnetz der Fernwärmeversorgung hat eine Länge von 295 Kilometer.

Stromnetz der SWH

Die Abwicklung des 110-kV-Strom-Netzanschlusses für Volkswagen liegt technisch, finanziell und zeitlich in dem mit der VWK abgestimmten Rahmen. Das dritte 110-kV-Kabel zur Versorgung des VW-Werkes wurde planmäßig im Jahr 2010 in Betrieb genommen. Die VWK-internen Lastumschwenkungen auf die neue 110-kV-Schaltanlage werden bis 2012 fortgesetzt.

Im Rahmen des GuD-Modernisierungsprojekts am Kraftwerksstandort Linden wird das durch die eNG erstellte 110-kV-Einspeisekonzept umgesetzt. Das Konzept wurde in Verbindung mit einem 110-kV-Zielnetz entwickelt, was mittelfristig zu einer Reduzierung der 110-kV-Netzsubstanz und zu weniger Redundanz in den Betriebsmitteln bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Übertragungsfähigkeit im 110-kV-Netz führen wird. Die ersten zwei 110-kV-Kabelverbindungen zwischen dem Umspannwerk (UW) Linden und dem UW Bult wurden termingerecht fertiggestellt. Die 110-kV-Kabelverbindungen zwischen dem UW Bult und dem UW Anderten sowie die zugehörigen Umschwenkarbeiten im UW Anderten, UW Mehrum und UW Lahe liegen technisch, finanziell und zeitlich im zuvor abgestimmten Rahmen.

Im Jahr 2010 wurden im Mittelspannungsnetz unter anderem die Netzanschlüsse für die Netzkunden Reemtsma GmbH, E.ON AG (Hauptverwaltung) und Henkel KGaA in Abstimmung mit den jeweiligen Unternehmen fristgerecht erstellt. Die Maßnahmen für die Netzkunden HDI Direktversicherung AG, Johnson Controls und die Erneuerung des Speisepunktes K4 im ehemaligen AOK-Gebäude befinden sich in Abstimmung mit den Firmen noch in der Fertigstellung.

Gasnetz der SWH

Der Rückbau der Graugussrohre mit der Nennweite DN 200 im Gasnetz soll in Abstimmung mit der niedersächsischen Energieaufsicht bis Ende 2011 erfolgen (Restlänge sechs Kilometer). Die Stilllegung aller unbehandelten Graugussleitungen ist bis Ende 2014 umzusetzen. Die Schadensentwicklung verbleibt weiterhin auf niedrigem Niveau mit rund 60 Eigenschäden. Die Kugelgasbehälter am Standort Bauweg wurden demontiert. Die Anzahl der Neuanschlüsse verbleibt mit rund 300 Stück auf niedrigem Niveau. Aufgrund der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen (Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG), kurz: Wärmegesetz 2009; Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung – EnEV)) wird ein weiterer Rückgang der Neuanschlüsse erwartet.

Fernwärmenetz der SWH

Das Fernwärmenetz ist das jüngste Netz der SWH, weshalb derzeit noch kein größerer Erneuerungsbedarf besteht. Für die Zukunft ist allerdings von einem moderaten aber kontinuierlich steigenden Erneuerungsbedarf auszugehen.

Der wesentliche Investitionsschwerpunkt liegt im Ausbau und in der Verdichtung des Netzes. Im Jahr 2010 wurden beispielsweise die HDI Standorte Riethorst 2 und 19 angeschlossen und darüber hinaus wird das Projekt Scharnhorstkaserne mit einer Anschlussleistung von 4,6 MW beendet.

Des Weiteren wurden im Jahr 2010 diverse Fernwärmeleitungen umgelegt, zum Beispiel im Bereich der Benno-Ohnesorg-Brücke oder in der Planckstraße. Auch für das nächste Jahr sind Neuanschlüsse und Leitungsbau mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund Mio. EUR 6 geplant.

Wassernetz der SWH

Im Wassernetz wurde im Jahr 2010 weiter an der Erneuerung besonders schadensanfälliger, nicht ausgekleideter Graugussleitungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alte und ebenfalls schadensauffällige Blei-, Grauguss- und Stahlhausanschlussleitungen sowie Hausanschlüsse mit verzinkten Teilen ertüchtigt. Weiter wurde mit dem Neubau weiterer zusätzlicher Rohrmesspunkte auf den Zubringerleitungen zur verbesserten Rohrnetzüberwachung begonnen.

Darüber hinaus wurde zur Vermeidung von hygienischen Problemen und zur Verbesserung der Druckfestigkeit weiter an der Sanierung der übergeordneten Netzinfrastruktur gearbeitet. Dabei liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf den nördlichen Zubringerleitungen (Berkhof 2, Fuhrberg 2) sowie auf den dauerhaft zu erhaltenden Hochbehältern (Lindener Berg, Heisterberg, Bemerode). Für das Jahr 2011 ist die Fortführung dieser Programme geplant.

9 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

9.1 Zum Konzernrechnungslegungsprozess

Struktur des Konzernrechnungswesens

Das Konzernrechnungswesen des SWH-Konzerns wird von zentraler Stelle aus koordiniert und verantwortet. Diverse Zuarbeiten und Zulieferungen erfolgen von den Tochterunternehmen und aus anderen Fachbereichen der SWH, die auf Grundlage von Regelungen in einem Organisationshandbuch und Verfahrensbeschreibungen Daten und Informationen an die zentrale Konzernrechnungslegung liefern. Die Konzernabschlussarbeiten erfolgen nach einem vom Vorstand verabschiedeten und kommunizierten Abschlusskalender. Der gesamte Prozess der Konzernrechnungslegung wird unterjährig in Stichproben und zum Konzernabschluss überwacht und geprüft.

Internes Kontrollsystem

Die prozessunabhängige Tätigkeit der Revisionsabteilung basiert auf einem umfassenden Prüfungsprogramm. Das im internen Revisionssystem hinterlegte Mehrjahresprogramm beinhaltet eine Vielzahl von konzernrechnungslegungsbezogenen Prüfbereichen. Die jährliche Prüfungsplanung erfolgt risiko- und prozessorientiert und wird vom Vorstand genehmigt. Zur Bestimmung der Betrachtungsrelevanz von Prüffeldern berücksichtigt die angewandte Methodik der Prüfungsplanung das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und Risikomanagement als gewichtete Prüfkriterien. Die Prüfungsplanung und -tätigkeit der Revisionsabteilung erstreckt sich unter Beachtung des Umfangs und des Risikogehalts der Geschäftstätigkeit auf alle Fachbereiche und Prozesse sowie wesentliche Beteiligungen.

Die Revisionsabteilung hat dabei insbesondere die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems, die Einhaltung geltender gesetzlicher und betrieblicher Richtlinien, die Ordnungsmäßigkeit aller Betriebsabläufe sowie Vorkehrungen zum Schutz der Vermögensgegenstände zu prüfen und zu beurteilen.

Der Prüfungsablauf umfasst im Wesentlichen die Planung und Vorbereitung des Prüfauftrags, die Prüfungsdurchführung, die Beurteilung der Feststellungen, die Erarbeitung von

Empfehlungen sowie die Berichterstattung und die Schlussbesprechung. Das Überwachen der Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen aus Prüfungen durch die Fachbereiche schließt den Prüfprozess ab.

Durch Personalentwicklungsmaßnahmen zu revisionsspezifischem Wissen und über die zu prüfenden Bereiche wird sichergestellt, dass die Mitarbeitenden der Revisionsabteilung über eine entsprechende Qualifikation zur ordnungsgemäßen Durchführung der Revisionstätigkeit verfügen. Im Geschäftsjahr wurden unter anderem die Abwicklung von Energiehandelsgeschäften, rechnungslegungsbezogene Zugriffsberechtigungen, die Abwicklung von Geschäftsvorgängen zu Ausbuchungen und Ratenverträgen sowie die Abwicklung von nach Risikoaspekten ausgewählten Stromlieferungsverträgen geprüft. Die prozessunabhängige Prüfung des Risikomanagementsystems erfolgt jährlich.

Risikomanagementsystem

Die Überwachung des Konzernrechnungslegungsprozesses ist im Risikomanagementsystem der SWH integriert. Der Fokus liegt in der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften zum Konzernrechnungslegungsprozess, zum Beispiel des Handelsgesetzbuches nach den Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sowie des Aktiengesetzes und branchenspezifischer Vorschriften des EnWG. Des Weiteren finden ergänzende Vorschriften und Satzungen sowie die Verlautbarungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. Beachtung.

Folgende Rechnungslegungsprozesse werden im Risikomanagement betrachtet: Finanz- und Hauptbuchhaltung, Kontokorrentbuchhaltung, Rechnungsprüfung, Anlagenbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Steuern und Finanzierung. Dabei werden die Risiken durch die verantwortliche Hauptabteilung Finanz- und Rechnungswesen identifiziert, überwacht und mit kompensierenden Maßnahmen gegengesteuert.

Im Zuge des Forderungsmanagements wird das Risikomanagement in der Weise durchgeführt, dass die Werthaltigkeit von Forderungen regelmäßig überprüft wird. Die Bonität von Schuldnern wird, soweit angezeigt, von der erstmaligen Belieferung mit Hilfe von Kreditagenturen und danach in periodischen Abständen überprüft. Anlassbezogene Prüfungen finden statt, sobald sich Hinweise auf eine Änderung der Bonität ergeben. Soweit erforderlich, werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

9.2 Zu weiteren Prozessen

Internes Kontrollsystem für weitere Prozesse

Das durch den Vorstand genehmigte jährliche Prüfungsprogramm der Revisionsabteilung erstreckt sich neben den bereits im Zusammenhang mit dem Konzernrechnungslegungsprozess skizzierten Prüffeldern auf alle Fachbereiche und Prozesse sowie alle wesentlichen Beteiligungen. Die Revisionsabteilung prüft und beurteilt dabei insbesondere die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems in allen relevanten Bereichen.

Der Prüfungsablauf ist identisch mit dem im vorherigen Absatz beschriebenen Vorgehen. Die Überwachung der Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen aus Prüfungen durch die Fachbereiche schließt den Prüfprozess ab.

Risikomanagementsystem für weitere Risiken

Ergänzend zu den bereits erläuterten Maßnahmen des Risikomanagements bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess werden auch andere potenzielle Risiken wie DV-, Wettbewerbs-, Beschaffungsrisiken und Risiken aus dem Energiehandel systematisch einer Überprüfung und Bearbeitung unterzogen. In diesem Rahmen führt der SWH-Konzern eine kontinuierliche Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken durch. So werden möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die damit verbundenen Auswirkungen erlangt. Gleichzeitig sollen die bestehenden Chancen mit dem einhergehenden Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. Das Risikomana-

gementsystem entspricht den Anforderungen aus dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden von den Fachbereichen alle relevanten Risikopotenziale regelmäßig identifiziert, analysiert und bewertet. Zusätzlich werden die Regelungen und Verfahren, die zur Steuerung der Risiken eingesetzt werden, je Risiko erfasst. Neben der Festlegung von eindeutigen Verantwortlichkeiten ist für wesentliche Risiken entsprechend dem Risikoportfolio (Clusterung nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit) beziehungsweise für Risiken von besonderer Bedeutung ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellenwerten und Überwachungsträgern definiert. Durch das Frühwarnsystem wird sichergestellt, dass mögliche negative Entwicklungen im SWH-Konzern frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einem Risikomanagementleitfaden eindeutig geregelt und festgelegt. Die prozessunabhängige Überprüfung des Risikomanagementsystems erfolgt durch die Revisionsabteilung sowie im Rahmen der Abschlussprüfung durch die Wirtschaftsprüfer.

10 Bericht über wesentliche Chancen und Risiken

Übersicht zum Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement des SWH-Konzerns ist als kontinuierlicher und etablierter Prozess in die Konzernsteuerung integriert. Chancen und Risiken werden bei der strategischen Planung über einen mittel- bis langfristigen Zeitraum frühzeitig identifiziert und klassifiziert. Im Abgleich mit der Unternehmenssituation werden daraus die Unternehmensstrategie und Strategien der Fachbereiche abgeleitet. Das zentrale Risikomanagement ist organisatorisch der Hauptabteilung Strategische Planung und Unternehmenssteuerung zugeordnet. Für den Energiehandel existiert ein eigenes Risikokomitee.

Im Risikomanagementprozess ist eine kontinuierliche Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken verankert. Die kurz- bis mittelfristigen Risiken werden entsprechend der unternehmensweit gültigen Risikomanagement-Richtlinie von den Fachbereichen quantifiziert. Dabei steht die Schadenshöhe, unterteilt in Brutto- und Nettorisiko und Eintrittswahrscheinlichkeit, im besonderen Fokus. So können frühzeitig Informationen über Risiken und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen auf Unternehmensebene bewertet werden. Nettorisiken entstehen nach Abzug von kompensierenden Maßnahmen. Für Risiken von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellenwerten und Überwachungsträgern definiert.

Zusammen mit Chancen münden die Ergebnisse unter anderem in die Zielvereinbarungen der Fachbereiche. Über ein Programmmanagement wird die Umsetzung der Schlüsselerfolgsthemen durch die oberste Führungsebene sichergestellt. Dieses System hat sich in einem volatilen Umfeld, wie es in der Energieversorgung vorliegt, bewährt.

Durch ein Frühwarnsystem wird sichergestellt, dass negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Über unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird der Vorstand der SWH unverzüglich in Kenntnis gesetzt. Die Revision begutachtet in regelmäßigen Abständen die Qualität und Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems.

Die nachfolgenden Chancen und Risiken sind auf Basis der zukünftigen Umfeldbedingungen in der Energiewirtschaft und für den SWH-Konzern abgeleitet. Deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stehen im Vordergrund und sind an die Kategorisierung des Risikomanagements angelehnt.

Umfeldbedingung sowie Absatz-/Vertriebsrisiken und Marktchancen

Durch zunehmende Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom-, Gas- und Wärmegeschäft. Zahlreiche Wettbewerber gibt es bereits heute im

hannoverschen Markt. Dennoch wird mit attraktiven Produkten und marktgerechten Preisen die Marktposition überdurchschnittlich gut behauptet. Eine genauere zielgruppenorientierte Ansprache der Kunden soll auch in Zukunft die Kunden an das Unternehmen binden.

Dazu kommen klimabedingte Absatzrückgänge im Wärmebereich. Das Energiekonzept der Bundesregierung zeigt hierzu auch relevante Entwicklungen auf. Begegnet wird diesen Herausforderungen mit einer kompensatorischen Umsetzung der Wachstumsstrategie außerhalb des Netzgebietes sowie der Verfolgung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in den bestehenden Unternehmensprozessen.

Preisrisiken bestehen zukünftig durch kartellrechtliche Prüfungen und Feststellungen. Der SWH-Konzern verfolgt weiterhin ausreichende Nachweisführungen und angemessene Preise, um diesem entgegenzuwirken.

Bei den Strom- und Gasprodukten liegt der Schwerpunkt bei der Entwicklung von neuen, innovativen Angeboten, um der intensiven Wettbewerbslage zu begegnen. Zur Unterstützung dieser Strategie erfolgen der Ausbau von Speicherkapazitäten und eine Intensivierung der Gashandelsgeschäfte. Hierzu wurde am Gasspeicherstandort Empelde die Bohrung einer fünften Gaskaverne erfolgreich abgeschlossen. Mit diesem Projekt kann die hohe Versorgungssicherheit für Hannover angesichts der zunehmenden Unsicherheiten beim Erdgasimport auch weiter gewährleistet und eine gute Ausgangsbasis für die Teilnahme am Gashandel geschaffen werden.

Es ist weiterhin beabsichtigt, mit dem Geschäftsfeld „Erzeugung“ das Unternehmensergebnis zu stärken. Dabei steht die konventionelle Stromerzeugung mit Ausbau der erneuerbaren Energien im Vordergrund. Dieses geschieht im Rahmen einer Haltestrategie für langfristige Erzeugungskapazitäten und aus einer strukturierten Vermarktung des Erzeugungsportfolios durch den Energiehandel. Im Stammgebiet Hannover besteht die Möglichkeit, die Fernwärmeverdichtung auch unter ökologischer Sicht voranzutreiben. Für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien gelten ebenso die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Verzinsung.

Bei Ablauf der vorhandenen Konzessionsverträge droht die Nichtverlängerung als grundlegendes Risiko. Als Folge daraus müsste das Verteilnetz des vakanten Konzessionsgebietes dem neuen Energieversorgungsunternehmen gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung überlassen werden. Auf der anderen Seite besteht die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen teilzunehmen und somit neue Konzessionen oder auslaufende Konzessionsverträge, wie beispielsweise das Versorgungsgebiet Langenhagen, zu halten. Die Verhandlungsposition bei Konzessionsvergaben soll durch ein konsequentes Kostenmanagement gestärkt werden, um attraktive Konditionen bieten zu können.

Das Geschäftsfeld Contracting wurde im Sommer 2009 von der eCG übernommen, womit die Marktposition auch außerhalb des Netzgebietes weiter ausgebaut werden kann. Die Contracting-Tochter Danpower trägt mit innovativen Projekten wie der Errichtung des Ersatzbrennstoffheizkraftwerks in Bitterfeld ebenfalls wesentlich zum Wachstum im Contracting bei.

Mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga wurde in ein langfristig orientiertes substanzielles Wachstumsprojekt investiert. Neben der jährlichen Gewinnausschüttung für das Unternehmen verfügt die SWH nun über die Option, mit anderen Energieversorgern in der Thüga-Gruppe in wichtigen Geschäftsfeldern wie Gasbeschaffung, Handel oder überregionaler Vertrieb zu kooperieren und wichtige Synergien zu heben. Dies stärkt unsere Marktposition.

Beschaffungs-/Handels-/Produktionsrisiken und Chancen

Das Ergebnis der Stromerzeugung wird im Wesentlichen durch die Entwicklung der Brennstoffkosten und Strompreise beeinflusst. Dauerhaft steigende Brennstoffpreise können zu Ergebniseinbußen führen, soweit keine Kompensation über steigende Strompreise möglich ist. Für den Teil des Kohlebedarfs wird das Preisrisiko durch Einkaufsstrategien

sowie durch eine Absicherung des Währungsrisikos gesteuert. Für Kraftwerksgas besteht ein Gasbezugsvertrag mit einer marktgerechten Preisgleitklausel.

Das Geschäftsfeld „Gas-Beschaffungsoptimierung“ wird durch den Energiehandel betrieben. Es stehen dabei Optimierungspotenziale bei der langfristigen Gasbeschaffung mit Bezugs- und Vermarktungsmöglichkeiten am Großhandelsmarkt und dem kombinierten Einsatz des Kavernenspeichers im Vordergrund.

Als Betreiber von Kraftwerken stehen die Auswirkungen durch das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz im besonderen Fokus. Risiken ergeben sich aus den Änderungen der CO_2-Zuteilungsregeln in Verbindung mit steigenden Preisen für Emissionszertifikate und aus begrenzten Möglichkeiten zur Weitergabe dieser höheren Kosten an den Markt. Um dem entgegenzuwirken, ist das Management von steigenden CO_2-Kosten und Preisrisiken in die Prozesse zur Kraftwerkssteuerung integriert. Fremdgutachten werden dabei laufend in die Prognosen einbezogen.

Der Energiehandel verfolgt primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzugrenzen sowie die Beschaffungspreise zu optimieren. Aus den Handelstätigkeiten können sowohl Risiken durch Marktpreisschwankungen als auch Kreditrisiken resultieren. Das Energiehandelscontrolling ist eng an die für Handelsgeschäfte von Banken geltenden Best-Practice-Regelungen angelehnt. Dazu gehört auch, dass Transaktionen mit Dritten nur abgeschlossen werden, wenn sich das Kreditrisiko innerhalb genehmigter Limite bewegt. Die Risiko-Obergrenzen im Energiehandel werden ständig überwacht. Der Ergebnisbeitrag des Energiehandels könnte durch die Veränderung der Finanzmarktrichtlinie und eine damit einhergehende Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungsvorschriften negativ flankiert werden.

Es bestehen Betriebsrisiken in den Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Speicherung und Verteilung. Ungeplante Störungen können den Betrieb beeinträchtigen und die Ertragslage belasten. Begegnet wird diesen Risiken mit langfristig angelegten Instandhaltungskonzepten und dem Einsatz von qualifiziertem Personal. Zusätzlich werden die Betriebsrisiken unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mittels Versicherungen begrenzt.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Chancen

Zur Zinssteuerung und Zinsoptimierung finden Zinsswapgeschäfte und Zinsswapoptionsgeschäfte ihre Anwendung. Zur Absicherung von Währungsrisiken werden Devisentermingeschäfte getätigt. Im Energiehandel finden zur Absicherung von Preisrisiken Finanzderivate ihren Einsatz. Die getätigten Geschäfte unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Des Weiteren können sich im SWH-Konzern Risiken aus der Nichteinhaltung der Financial Covenants in den Kreditverbindlichkeiten ergeben.

Regulatorische Risiken

Die seit dem Jahr 2009 geltende Anreizregulierung ist mit Ergebnisrisiken verbunden. Die BNetzA hat für das Jahr 2009 die Festlegung der Erlösobergrenzen für die Netzentgelte der eNG beschlossen. Mit der Festlegung für die erste Anreizregulierungsperiode für Gas bis 2012 und Strom bis 2013 sind weitere Regulierungsrisiken durch wirtschaftliche Eingriffe der BNetzA in diesem Zeitraum nur eingeschränkt zu erwarten. Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 Entscheidungen der BNetzA zu dem offenen Punkt der Berücksichtigung der Mehrerlöse der Netzbetreiber aus den Jahren 2005 und 2006 getroffen, die bei den zukünftigen Netzerlösen erlösmindernd zu berücksichtigen sind. Hierfür sind bestehende Rückstellungen der SWH als damaliger Netzbetreiberin auf die eNG überführt worden. Weitere Regulierungsrisiken werden in der Kostenprüfung der BNetzA zur Regulierungsperiode ab 2013 und 2014 gesehen. Eine wesentliche Frage wird in diesem Zusammenhang sein, ob die entstandenen Netzkosten im Rahmen der Prüfung auf Grundlage der Jahresabschlüsse für die Jahre 2010 und 2011 aus Sicht der BNetzA ausreichend nachweisfähig dargelegt werden können. Die Auswirkungen der Regulierung auf unsere Ertragslage sollen durch Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzverbesserung begrenzt werden.

Organisations- / Personal- / IT-Risiken und operative Chancen

Die Geschäftsprozesse werden durch effiziente Informationsverarbeitungssysteme unterstützt. Dennoch können Risiken bei der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur und der Datensicherheit eintreten. Begegnet wird dem durch regelmäßige Investitionen in Hard- und Software, hohe Sicherheitsstandards, Sensibilisierung der Nutzer und eingeschränkte Zugangs- und Zugriffsberechtigungen. Die IT basiert weitgehend auf marktüblichen Standards. Risiken bei der Entwicklung von IT-Lösungen, die der Unterstützung der Geschäftsabläufe dienen, werden mit einem verbindlichen Prozess für die Planung und das Management von IT-Projekten gesteuert.

Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist intensiv. Um hier die Position zu sichern und zu stärken, wird bei der Mitarbeiterakquise die Attraktivität des Konzerns hervorgehoben. Neben leistungsorientierter Vergütung und fortschrittlichen Sozialleistungen wird dabei insbesondere auf die breit gefächerten Perspektiven sowie auf attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote gesetzt.

Keine bestandsgefährdenden Risiken

Insgesamt haben sich die Struktur der Risiken und die Risikolage des SWH-Konzerns im operativen Geschäft gegenüber dem Vorjahr beherrschbar verändert. Sie sind weiterhin stark von der Energiepolitik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Aus heutiger Sicht sind für die Zukunft jedoch keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des SWH-Konzerns gefährden könnten.

11 Nachtragsbericht

Mit **Anteilskauf- und Abtretungsvertrag** vom 23. Februar 2011 wird die E.ON Gas Storage GmbH den von ihr gehaltenen 13,15 %-igen Geschäftsanteil an der GHG unter der aufschiebenden Bedingung, dass sämtliche Vollzugsbedingungen eintreten, vollständig auf die SWH sowie die Erdgas Münster GmbH übertragen. Die SWH wird mit dem Erwerb ihren bisherigen Anteil von 61,75 % auf 68,35 % erhöhen. Die GHG wird auch nach Änderung der Gesellschafterstruktur unter dem einheitlichen Beherrschungswillen der GHG-Gasspeicher Hannover GbR, Hannover, stehen.

Anfang April 2011 hat die Danpower die **Dalkia Energie Service GmbH, Neu-Isenburg**, (Dalkia) erworben, die im Bereich Nahwärme, Biogas und Biomasse tätig ist. Die Dalkia beschäftigt ca. 170 Mitarbeiter und erwirtschaftete im Jahr 2010 rund Mio. EUR 58. Der Erwerb umfasst das bundesweite Portfolio der Energieerzeugungsanlagen und der Biogasanlagen der Dalkia, sowie ihre Tochterunternehmen Biomassekraftwerk Delitzsch GmbH und Dalkia Energie Service Leinefelde GmbH & Co. KG sowie die Beteiligungen an den Firmen Biogas Barth GmbH, Wärmeversorgung Zinnowitz GmbH und Energieversorgung Seebach GmbH. Der Erwerb steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kartellbehörde. Bezüglich des Kaufpreises wurde Stillschweigen vereinbart.

Im Übrigen liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres vor, die eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf des SWH-Konzerns hatten.

12 Prognosebericht

12.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach Prognosen der Weltbank rechnet diese nach einer kräftigen Erholungsphase im Jahr 2010 für die kommenden Jahre mit einem gebremsten Wachstum. Für das Jahr 2011 geht die Weltbank davon aus, dass sich der Konjunkturauftrieb aufgrund der vielerorts ausgelaufenen Konjunkturprogramme abschwächen wird. Schätzungen zufolge wird das weltweite Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 voraussichtlich um 3,3 % und im Jahr 2012

um weitere 3,6 % steigen. Motor des weltweiten Wachstums bleiben die Schwellen- und Entwicklungsländer. Für die Eurozone prognostiziert der Internationale Währungsfonds ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % und für das Jahr 2012 von 1,7 %. Für Deutschland rechnet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3 %.

12.2 Entwicklung des Konzerns

Allgemein werden sich die SWH sowie der SWH-Konzern weiterhin an dem Ziel orientieren, auf Basis einer starken lokalen Position zu den Marktteilnehmern im vorderen Drittel der relevanten Wettbewerber zu gehören. Die Geschäftspolitik ist dabei auf langfristige Kundenbindungen auf der Grundlage attraktiver Preis-Leistungs-Verhältnisse ausgelegt.

Im Strombereich ist es Ziel des SWH-Konzerns, die Marktstellung nachhaltig zu festigen und weiter auszubauen. Absatzseitig wurden dafür erneut Lieferverträge mit bundesweit tätigen Kunden abgeschlossen oder verlängert. Für den Stromabsatz ist aber insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung ein maßgeblicher Parameter. So ist unter anderem entscheidend, ob die deutsche Industrie ihre Produktion aufgrund steigender Auftragseingänge weiter ausweiten kann. Die durch den Erwerb der KWM-Anteile in den Beteiligungskraftwerken erzeugten gestiegenen Energiemengen sollen auch in den nächsten Jahren unter Beachtung der Wettbewerbs- und Marktsituation sowohl über den eigenen Vertrieb als auch durch den stadtwerkeeigenen Energiehandelsbereich (enercity trade) gewinnbringend vermarktet werden. Der Anteil der eigenerzeugten Energiemengen wird künftig durch den Ausbau der GuD-Anlage noch weiter steigen.

Durch die Einführung des Effizienzvergleichs und der damit verbundenen Anreizregulierung in den Netzbereichen Strom und Gas sind in den kommenden Jahren weitere Kürzungen der Netzentgelte zu erwarten. Dies wird sich über die eNG auch entsprechend auf das Ergebnis des SWH-Konzerns auswirken.

Im Gasbereich haben sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder intensive Wettbewerbseinflüsse bemerkbar gemacht. Es ist daher und auch aufgrund eines zunehmend effizienteren Energieeinsatzes damit zu rechnen, dass der Gasabsatz im Konzessionsgebiet des SWH-Konzerns in den nächsten Jahren leicht zurückgehen wird. Um den möglichen Rückgang innerhalb des Versorgungsgebietes zu kompensieren, soll der überregionale Gasvertrieb im Geschäftskundensegment intensiviert werden.

Als Konsequenz aus den Verpflichtungen der „Klima-Allianz“ und der wirtschaftlichen Attraktivität soll der Ausbau der energiesparenden und klimafreundlichen Fernwärme mit Kraft-Wärme-Kopplung mittelfristig stärker forciert werden. Im Fernwärmemarkt werden die Bemühungen zu einer Verdichtung des Netzes aktiv fortgesetzt und die konsequente Entflechtung von Gas- und Fernwärmenetz zur Kostenoptimierung vorangetrieben. Die eingeschlagene Entwicklung mit moderat steigenden Absatzmengen und steigender Anschlussleistung soll beibehalten werden.

Im Wasserbereich wird sich der Rückgang der Wasserabsatzmengen voraussichtlich weiter fortsetzen. Der SWH-Konzern wird sich hier weiterhin im Spannungsfeld zwischen planmäßigem Sanierungsbedarf in der Wasserversorgung und verminderten Erlösen befinden.

Die bereits eingeschlagene Linie im Bereich Contracting wird der SWH-Konzern auch in den nächsten Jahren weiterverfolgen und ausbauen. Der Fokus ist hierbei auf die Erstellung und den Betrieb von kleinen bis mittleren Blockheizkraftwerken sowie die Erzeugung von Energie aus Biomasse gerichtet. Die Weiterentwicklung und Ausdehnung dieses Geschäftsfeldes erfolgt hierbei insbesondere über die Teilkonzerne Danpower und eCG.

Die Wichtigkeit der Steuerung des Beteiligungsportfolios nimmt in den kommenden Geschäftsjahren gerade aufgrund der erheblichen Wachstumsinvestitionen der Vorjahre und des damit verbundenen substanziellen Zuwachses an Bedeutung zu.

Die Rohstoffnachfrage auf den Weltenergiemärkten hatte im Geschäftsjahr konjunkturbedingt zugenommen. Folge waren über den Vorjahresdurchschnittsniveaus liegende Prei-

se. Prognosen über unsere künftigen Beschaffungskosten sind nur eingeschränkt möglich, da der Einsatz von Brennstoffen auch stark von der Auslastung der Kraftwerke abhängt.

Allgemein wird damit gerechnet, dass der verschärfte Wettbewerb innerhalb und außerhalb unseres Netzgebietes bei Strom und Gas sowie die zunehmend verschärften Bedingungen bei der Regulierung und dem Klimaschutz Auswirkungen auf unsere künftigen Unternehmensergebnisse haben werden. Entsprechend den Planungen gemäß Wirtschaftsplan 2011 und dem Unternehmenskonzept K2020 wird in den nächsten beiden Jahren für die SWH mit stabilisierten Jahresergebnissen auf Basis eines Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von rund Mio. EUR 122 für das Jahr 2011 sowie in Höhe von rund Mio. EUR 119 (K2020) für das Jahr 2012 gerechnet. Für den SWH-Konzern rechnen wir mit einer ähnlichen Entwicklung bei einem aufgrund höherer Abschreibungen insgesamt niedrigeren operativen Ergebnis. Hierbei sollen die Wachstumsprojekte Ergebnisbelastungen kompensieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Unsicherheit in Bezug auf Aussagen für die künftige Entwicklung weiterhin erschweren.

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

in TEUR	(Anhang)	2010	2009
Umsatzerlöse	6	2.520.494	2.868.182
Energiesteuer	6	-98.004	-105.135
Umsatzerlöse ohne Energiesteuer		**2.422.490**	**2.763.047**
Erhöhung (+) oder Minderung (-) des Bestandes an Leistungen		-3.942	2.109
Andere aktivierte Eigenleistungen		7.016	7.680
Sonstige betriebliche Erträge	7	361.847	308.939
Materialaufwand	8	1.885.254	2.293.975
Personalaufwand	9	200.337	202.861
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	387.770	317.257
EBITDA		**314.050**	**267.682**
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen sowie Wertminderungen	11	130.704	85.042
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	17	59.006	-2.318
Übriges Beteiligungsergebnis	12.1	1.170	1.196
Finanzerträge	12.2	4.641	12.987
Finanzaufwendungen	12.3	45.647	27.758
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**202.516**	**166.747**
Ertragsteuern	14	6.275	-4.226
Konzernergebnis		**208.791**	**162.521**
- davon Konzernanteil am Ergebnis		215.089	165.400
- davon Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis		-6.298	-2.879

Gewinnverwendung

Konzernanteil am Ergebnis	215.089	165.400
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter (	-110.548	-112.104
Einstellung (-)/ Entnahme (+) der Gewinnrücklagen:		
- Sonstige Rücklage	-78.541	-3.796
- Gewinnrücklage des Mutterunternehmens	-26.000	-49.500
Konzernanteil am Ergebnis nach Gewinnverwendung	**0**	**0**

Gesamtergebnisrechnung

	2010	2009
Konzernergebnis	208.791	162.521
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere:		
- Im Eigenkapital erfasste Bewertungsgewinne/(-verluste)	-647	-2.265
- Bei Veräußerung ergebniswirksam übertragen	-42	-920
Cashflow Hedges		
- Im Eigenkapital erfasste Bewertungsgewinne/(-verluste)	-2.570	-1.498
Sonstiges Ergebnis (Other Comprehensive Income)	-3.259	-4.683
Gesamtergebnis (Total Comprehensive Income)	205.532	157.838
- davon Konzernanteil am Ergebnis	211.830	160.717
- davon Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	-6.298	-2.879

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva in TEUR	(Anhang)	31.12.2010	31.12.2009
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	15	101.715	50.933
Sachanlagen	16	1.582.278	1.118.406
Anteile at equity bewerteter Unternehmen	17	516.025	510.270
Übrige Finanzanlagen	18	132.461	128.834
Finanzforderungen	21.1	25.841	20.380
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	21.2	3.978	4.693
		2.362.298	**1.833.516**
Latente Steuern	29	**751**	**977**
Kurzfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	15	24.872	15.977
Vorräte	20	78.816	65.490
Finanzforderungen	21.1	36.064	38.243
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.2	334.041	326.230
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	21.2	132.114	433.022
Ertragsteuererstattungsansprüche	21.2	359	1.106
Wertpapiere	22	821	4.156
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	23	68.896	44.980
		675.983	**929.204**
AKTIVA		**3.039.032**	**2.763.697**

Passiva in TEUR	(Anhang)	31.12.2010	31.12.2009
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	24	86.000	86.000
Kapitalrücklage	24	78.535	78.535
Gewinnrücklage des Mutterunternehmens	24	176.176	150.176
Sonstige Gewinnrücklagen	24	661.270	577.224
		1.001.981	891.935
Anteile anderer Gesellschafter	24	81.188	36.133
		1.083.169	**928.068**
Langfristige Schulden			
Passivischer Abgrenzungsposten	25	212.917	217.440
Genussscheinkapital	26	28.958	20.426
Rückstellungen	27	70.637	77.046
Finanzverbindlichkeiten	28.1	794.921	634.767
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.2	11.836	0
Sonstige Verbindlichkeiten	28.2	6.368	5.348
		1.125.637	**955.027**
Latente Steuern	29	**144.111**	**10.311**
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	27	76.466	78.741
Finanzverbindlichkeiten	28.1	131.167	260.817
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.2	263.559	274.696
Sonstige Verbindlichkeiten	28.2	203.835	251.643
Ertragsteuerverbindlichkeiten	28.2	11.088	4.394
		686.115	**870.291**
PASSIVA		**3.039.032**	**2.763.697**

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2010

in TEUR	2010	2009
Konzernjahresergebnis	208.791	162.521
Zu- und Abschreibungen auf das Anlagevermögen	129.335	85.042
Abnahme (-), Zunahme (+) der langfristigen Rückstellungen	-12.172	-5.624
Auflösung (-) Investitions- und Baukostenzuschüsse	-14.354	-14.249
Finanzerträge (-)	-64.817	-14.183
Zinsaufwendungen (+)	45.647	30.076
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge (-)/ Aufwendungen (+)	-100.899	6.982
Cash Earnings nach DVFA/SG	**191.531**	**250.565**
Abnahme (-), Zunahme (+) der kurzfristigen Rückstellungen	-42.681	20.273
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	746	-19.869
erhaltene Zinsen und Dividenden (+)	47.946	18.690
gezahlte Zinsen (-)	-30.265	-26.598
Veränderung der latenten Steuern und Steuerforderungen/ -schulden	-5.980	1.281
Zunahme (-), Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	161.639	1.961
Zunahme (+), Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuorden sind	-105.569	52.805
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**217.367**	**299.108**
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2.401	3.029
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-122.357	-119.849
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.060	-4.151
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	86.014	273.053
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-94.005	-585.224
Auszahlungen (-), Einzahlungen (+) aus Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	5.514	-9.228
Auszahlungen (-) für den Erwerb von Tochterunternehmen	-1.079	0
geleistete Anzahlungen (-) in das Finanzanlagevermögen	0	-178.118
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-127.572**	**-620.488**
Auszahlungen (-) an Unternehmenseigner	-100.453	-85.356
Einzahlungen (+) aus der Aufnahme von Krediten	195.060	493.182
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von Krediten	-174.650	-72.759
Einstellungen (+) in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschü	8.623	7.851
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	980	75
Ausschüttungen (-) an andere Gesellschafter	-1.452	-1.229
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**-71.892**	**341.764**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	17.903	20.384
Konsolidierungskreisbedingte Anpassung / Veränderung des Finanzmittelfond	6.013	25
Finanzmittelfonds am 1. Januar	**44.980**	**24.571**
Finanzmittelfonds am 31. Dezember	68.896	44.980

Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	**31.12.2010**	**31.12.2009**
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	68.896	44.980

Ergänzende Informationen zur Kapitalflussrechnung	**2010**	**2009**
gezahlte Ertragsteuern	-295	2.945

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Veränderung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2010

	Mutterunternehmen							Anteile anderer Gesellschafter	Konzern-eigenkapital
			Gewinnrücklage						
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Mutter-unternehmen	Sonstige	OCI	Konzerngewinn -verlust (-)	Gesamt		Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	**TEUR**	**TEUR**
Stand 31.12.2008	**86.000**	**78.535**	**100.676**	**567.213**	**10.898**	**0**	**843.322**	**40.165**	**883.487**
Gewinnabführung / Ausschüttung						-112.104	-112.104	-1.228	-113.332
Einstellung (+) / Entnahme der Gewinnrücklage			49.500	3.796		-53.296	0		0
Sonstige Veränderungen							0	75	75
Gesamtergebnis					-4.683	165.400	160.717	-2.879	157.838
Stand 31.12.2009	**86.000**	**78.535**	**150.176**	**571.009**	**6.215**	**0**	**891.935**	**36.133**	**928.068**

Stand 31.12.2009	**86.000**	**78.535**	**150.176**	**571.009**	**6.215**	**0**	**891.935**	**36.133**	**928.068**
Gewinnabführung / Ausschüttung						-110.548	-110.548	-1.452	-112.000
Einstellung (+) / Entnahme der Gewinnrücklage			26.000	78.541		-104.541	0		0
Veränderung Konsolidierungskreis				8.764			8.764	52.805	61.569
Gesamtergebnis					-3.259	215.089	211.830	-6.298	205.532
Stand 31.12.2010	**86.000**	**78.535**	**176.176**	**658.314**	**2.956**	**0**	**1.001.981**	**81.188**	**1.083.169**

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2010

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

A. Erläuterungen zu Grundlagen und Methoden des Konzernabschlusses ... 3
1. Allgemeine Erläuterungen ... 3
2. Grundlagen der Rechnungslegung ... 3
3. Konsolidierungsgrundsätze und -methoden ... 10
3.1 Grundsätze ... 10
3.2 Konsolidierungskreis ... 10
3.3 Unternehmenserwerbe und Veräußerungen ... 11
3.4 Währungsumrechnung ... 13
3.5 Konsolidierungsmethoden ... 13
4. Bilanzierung und Bewertung ... 14
4.1 Ertragsrealisierung ... 14
4.2 Strom- und Energiesteuern ... 15
4.3 Geschäfts- oder Firmenwert ... 15
4.4 Immaterielle Vermögenswerte ... 16
4.5 Emissionsrechte ... 17
4.6 Sachanlagen ... 17
4.7 Leasingverhältnisse ... 18
4.8 Zuwendungen der öffentlichen Hand ... 19
4.9 Wertminderung nicht monetärer Vermögenswerte ... 19
4.10 Finanzielle Vermögenswerte ... 19
4.11 Derivative Finanz- und Sicherungsinstrumente ... 20
4.12 Vorräte ... 22
4.13 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ... 22
4.14 Eigenkapital ... 22
4.15 Altersversorgungspläne ... 23
4.16 Sonstige Rückstellungen ... 24
4.17 Finanzielle Verbindlichkeiten ... 24
4.18 Sonstiges zu Finanzinstrumenten ... 25
4.19 Ertragsteuern ... 25
4.20 Latente Steuern ... 25
4.21 Eventualschulden ... 26
4.22 Wesentliche Annahmen und Schätzungen ... 26
5. Risikomanagement ... 27
5.1 Finanzrisikomanagement ... 27
5.1.1 Marktpreisrisiko und Sensitivitätsanalyse ... 27
5.1.2 Kreditrisiko ... 29
5.1.3 Liquiditätsrisiko ... 32
5.2 Management sonstiger Risiken ... 32
B. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung ... 33
6. Umsatzerlöse und Energiesteuer ... 33
7. Sonstige betriebliche Erträge ... 33
8. Materialaufwand ... 33
9. Personalaufwand ... 34
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen ... 34

11. Abschreibungen ... 35
12. Finanzergebnis ... 35
12.1 Übriges Beteiligungsergebnis ... 35
12.2 Finanzerträge ... 35
12.3 Finanzaufwendungen ... 35
13. Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten ... 36
14. Ertragsteuern ... 36
C. Erläuterungen zur Bilanz ... 38
15. Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte ... 38
16. Sachanlagen ... 39
17. Anteile at equity bewerteter Unternehmen ... 39
18. Übrige Finanzanlagen ... 40
19. Immaterielle Vermögenswerte ... 40
20. Vorräte ... 40
21. Forderungen und sonstige Vermögenswerte ... 41
21.1 Finanzforderungen ... 41
21.2 Forderungen und sonstige Vermögenswerte ... 42
22. Wertpapiere ... 43
23. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ... 43
24. Eigenkapital ... 43
25. Passivischer Abgrenzungsposten ... 44
26. Genussscheinkapital ... 44
27. Rückstellungen ... 44
27.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ... 44
27.2 Sonstige Rückstellungen ... 47
28. Verbindlichkeiten ... 48
28.1 Finanzverbindlichkeiten ... 48
28.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten und Ertragsteuerverbindlichkeiten ... 49
29. Latente Steuern ... 52
D. Sonstige Angaben ... 53
30. Leasing ... 53
31. Sonstige finanzielle Verpflichtungen ... 53
32. Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte ... 54
33. Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten ... 56
33.1 Klassenbildung ... 56
33.2 Fair values ... 57
33.3 Anwendung der fair value-Option ... 59
34. Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 HGB ... 60
35. Segmentberichterstattung ... 62
36. Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen ... 65
36.1 Nahe stehende Unternehmen ... 65
36.2 Nahe stehende Personen ... 66
37. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ... 67
38. Honorare des Abschlussprüfers ... 67
39. Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB ... 67
E. Versicherung der gesetzlichen Vertreter ... 68

A. Erläuterungen zu Grundlagen und Methoden des Konzernabschlusses

1. Allgemeine Erläuterungen

Die **Stadtwerke Hannover AG** (im nachfolgenden kurz SWH, Gesellschaft oder Unternehmen genannt) ist ein kommunales Energiedienstleistungsunternehmen mit Sitz in Hannover, Ihmeplatz 2. Die Gesellschaft ist Mutterunternehmen des Konzerns und ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover (HRB 6766) eingetragen.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Der Konzernabschluss wurde in Euro aufgestellt, welches sowohl die funktionale als auch die Berichtswährung ist. Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Beträge in Tausend Euro (TEUR) angegeben.

Die **Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover**, (VVG) stellt als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auf, in den die SWH einbezogen wird. Die VVG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover (HRB 6692) eingetragen. Der Konzernabschluss ist erhältlich in Hannover, Ihmeplatz 2, beziehungsweise unter www.ebanz.de. Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) ist mit einem Anteil von 80,49 % Hauptanteilseignerin der VVG.

2. Grundlagen der Rechnungslegung

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Union (EU) übernommenen International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Im Konzernabschluss werden die bis zum 31. Dezember 2010 verpflichtend in Kraft getretenen und von der EU übernommenen IFRS angewendet. Die IFRS umfassen die vom International Accounting Standards Board (IASB) erlassenen IFRS, die International Accounting Standards (IAS), die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Commitee (IFRIC) sowie des Standing Interpretations Commitee (SIC). Darüber hinaus sind die nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden Vorschriften bei der Erstellung ergänzend berücksichtigt worden. Die beschriebenen Methoden wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 12. April 2011 vom Vorstand zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben, der den Konzernabschluss voraussichtlich in seiner Sitzung am 27. April 2011 beschließen wird. Der Konzernabschluss nach den IFRS und der Konzernlagebericht werden beim elektronischen Bundesanzeiger offen gelegt.

Neben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich Gesamtergebnisrechnung und der Kapitalflussrechnung werden die Veränderungen des Eigenkapitals gezeigt. Die Anhangsangaben enthalten zudem eine Segmentberichterstattung.

Die Konzernbilanz ist nach kurz- und langfristigen Posten gegliedert. Die Realisation der kurzfristigen Vermögenswerte sowie die Tilgung der kurzfristigen Schulden werden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wurde nach dem Prinzip der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, ergänzt um die Neubewertung bestimmter Finanzinstrumente, erstellt.

Der vorliegende Abschluss umfasst das Geschäftsjahr 2010 einschließlich der vollkonsolidierten Tochterunternehmen, auf der Basis der Berichtsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember des Jahres sowie Angaben zu entsprechenden Vorjahreswerten.

Der IASB hat eine Reihe von Änderungen bei bestehenden IFRS und Interpretationen sowie einige neue IFRS und Interpretationen verabschiedet, die seit dem 1. Januar 2010 verpflichtend anzuwenden sind. Im SWH-Konzern waren die folgenden IFRS und Interpretationen erstmals im Geschäftsjahr anzuwenden:

Improvements to IFRSs (2008) – Änderung an IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“

Die Änderungen sehen vor, dass alle Vermögenswerte und Schulden eines Tochterunternehmens als zur Veräußerung gehalten einzustufen sind, falls das Mutterunternehmen an einen Verkaufsplan gebunden ist, der den Verlust der Beherrschung des Tochterunternehmens zur Folge hat, unabhängig davon, ob das Mutterunternehmen nach dem Verkauf einen nicht beherrschenden Anteil am Tochterunternehmen behält. Abhängig von Art und Umfang künftiger Transaktionen werden sich aus den Änderungen Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss ergeben, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden können.

Improvements to IFRSs (2009) – Sammelstandard zu Änderungen verschiedener IFRS

Zusätzlich zu den Änderungen einzelner Standards überarbeitet der IASB im Rahmen des jährlichen „Annual Improvements Process“ bestehende Standards. Diese Änderungen werden vom IASB als kleine, nicht dringliche, aber notwendige Änderungen angesehen, die daher in einem Gesamtstandard zusammengefasst werden. Im April 2009 hat der IASB den zweiten jährlich erscheinenden Sammelstandard zur Vornahme kleinerer Änderungen an den IFRS, den sogenannten „Improvements to IFRSs“ veröffentlicht. Die Anwendung der Improvements to IFRSs (2009) hat zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss geführt.

Neugliederung IFRS 1 (revised 2008) – „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“

Die Neufassung des IFRS 1 betrifft ausschließlich den formalen Aufbau des Standards und hat keine Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss.

Zusätzliche Ausnahmen für Erstanwender – IFRS 1 – „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“

Die Änderungen führen zwei neue Ausnahmen für Erstanwender in Bezug auf Vermögenswerte der Öl- und Gasbranche und in Bezug auf die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, ein. Die Anwendung der Änderungen an IFRS 1 haben keinen Einfluss auf den SWH-Konzernabschluss.

Änderungen an IFRS 2 – „Aktienbasierte Vergütung“

Durch die Änderungen des IFRS 2 soll eine Klarstellung hinsichtlich der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich im Konzern erfolgen. Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss ergeben sich nicht.

IFRS 3 (revised 2008) – „Unternehmenszusammenschlüsse“ und IAS 27 (revised 2008) – „Konzern- und Einzelabschlüsse“

IFRS 3 (revised) und IAS 27 (revised) bringen in Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und Anteilsveräußerungen sowie Zukäufe von Minderheitenanteilen einige maßgebliche Änderungen der bisherigen Bilanzierungspraxis mit sich. Die Änderungen betreffen sowohl Bilanzierungs- als auch Bewertungsfragen und können zu einer größeren Ergebnisvolatilität auch in den Perioden nach dem Unternehmenserwerb führen.
Die Änderungen des IFRS 3 betreffen insbesondere die Ermittlung der Anschaffungskosten (direkt zurechenbare Nebenkosten der Anschaffung werden i.d.R. sofort aufwandswirksam), die Bilanzierung des Residualwertes „Geschäfts- oder Firmenwert“ (Wahlrecht zur Anwendung des sog. „full goodwill model“ beziehungsweise des bisherigen „partial

goodwill model“), die Abbildung von sukzessiven Unternehmenserwerben (Erfassung der Neubewertung der „Alt“-Tranchen im Gewinn beziehungsweise Verlust) sowie in einzelnen Bereichen den Ansatz und die Bewertung identifizierbarer Vermögenswerte und Schulden.
Die Änderungen des IAS 27 führen insbesondere zu Änderungen in Bezug auf Transaktionen mit Minderheiten (verpflichtende Anwendung des „Economic Entity Approach“, d.h. Abbildung als Eigenkapitaltransaktion) sowie der den Minderheiten im Konzernabschluss zuzuweisenden Verluste. Weiterhin sind zukünftig zurückbehaltene Anteile bei Übergangskonsolidierungen grundsätzlich neu mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die daraus resultierenden Effekte sind im Gewinn oder Verlust zu erfassen.
Abhängig von Art und Umfang künftiger Transaktionen werden sich aus den Änderungen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden können.

Änderung des IAS 39 – „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“

Mit den Ergänzungen zu IAS 39 betont der IASB, dass Inflationsrisiken im Rahmen von Sicherungsgeschäften nur abgesichert werden können, wenn Zahlungen unmittelbar an einen Inflationsindex anknüpfen. Zudem wird klargestellt, dass eine effektive Absicherung einseitiger Risiken durch eine Option als Ganzes im Regelfall nicht möglich ist. Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss sind nicht zu erwarten.

IFRIC 12 – „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“

IFRIC 12 behandelt die Bilanzierung und Bewertung von aus sog. Dienstleistungskonzessionen resultierenden Verpflichtungen und Rechten beim Konzessionsnehmer. Unter den Anwendungsbereich der Interpretation fallen dabei nur solche Konzessionen, durch die staatliche Infrastrukturleistungen auf Privatunternehmen verlagert werden und bei denen der Lizenzgeber (a) kontrolliert beziehungsweise bestimmen kann, welche Dienstleistungen an wen und zu welchem Preis vom Lizenznehmer zu erbringen sind und (b) am Ende der Konzessionszeit über den Verbleib der Infrastruktur bestimmen kann. Aus der Interpretation ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRIC 15 – „Verträge über die Errichtung von Immobilien“

IFRIC 15 regelt die Bilanzierung von Immobilienverkäufen, bei denen der Vertragsabschluss mit einem Dritten bereits vor Fertigstellung der Immobilie erfolgt. Hierzu stellt IFRIC 15 klar, unter welchen Bedingungen IAS 11 „Fertigungsaufträge“ oder IAS 18 „Umsatzerlöse“ zur Anwendung kommt. Die Interpretation hat keine Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss.

IFRIC 16 – „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“

IFRIC 16 stellt klar, was als Risiko bei der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb anzusehen ist und wo innerhalb der Unternehmensgruppe das Sicherungsinstrument zur Minderung dieses Risikos gehalten werden darf. Auswirkungen auf den SWH-Konzern-abschluss haben sich nicht ergeben.

IFRIC 17 – „Sachdividenden an Eigentümer“

Die Interpretation regelt wie ein Unternehmen andere Vermögenswerte als Zahlungsmittel zu bewerten hat, die es als Gewinnausschüttung an die Anteilseigner überträgt. Die Verpflichtung aus einer Sachdividendenausschüttung ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften des IAS 37 „Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen“ zu bewerten. Der bilanzielle Ansatz erfolgt zu dem Zeitpunkt, ab dem die Ausschüttung ordnungsgemäß genehmigt wurde und nicht mehr im Ermessen des zu leistenden Unternehmens liegt. Die Interpretation hat keine Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss.

IFRIC 18 – „Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden“

IFRIC 18 findet Anwendung soweit ein Unternehmen von seinen Kunden ein Sachanlagegut (oder die Finanzmittel für die Herstellung oder Anschaffung eines Sachanlageguts) erhält, um den Kunden Zugang zu einem Netzwerk oder dauerhaften Zugang zu Dienstleistungen oder die Lieferung von Gütern zu verschaffen. Die Regelungen betreffen die Bilanzierung von Übertragungen von Vermögenswerten durch den Kunden beim empfangenden Unternehmen, wobei es sich bei diesem nicht immer zwangsläufig um das Unternehmen handeln muss, das anschließend die Versorgungs- oder Dienstleistung erbringt. Es ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss.

Der IASB und das IFRIC haben weitere IFRS und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2010 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS und Interpretationen setzt voraus, dass die EU die zum Teil noch ausstehende Anerkennung erteilt. Die Auswirkungen der Anwendung dieser Standards und Interpretationen auf den SWH-Konzernabschluss sind zur Zeit noch nicht in allen Einzelheiten bekannt beziehungsweise verlässlich abschätzbar. Eine vorzeitige Anwendung einzelner Standards oder Interpretationen erfolgt nicht.

Zusammenfassung neu erlassener beziehungsweise überarbeiteter, noch nicht angewendeter Standards und Interpretationen:

Standard / Interpretation		Anwendungspflicht	Übernahme durch EU-Kommission	Auswirkungen
	Improvements to IFRSs (2010)	Einzelfall bzw. 01.01.2011	Ja	siehe weitere Erläuterungen
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards - Änderung "Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7"	01.07.2010	Ja	keine
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards - Änderungen "Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fixer Daten für erstmalige Anwender"	01.07.2011	Nein	keine
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben - Änderungen	01.07.2011	Nein	siehe weitere Erläuterungen
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2013	Nein	siehe weitere Erläuterungen
IAS 12	Ertragsteuern - Änderungen "Latente Steuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte"	01.01.2012	Nein	siehe weitere Erläuterungen
IAS 24 (rev. 2009)	Nahe stehende Unternehmen und Personen - überarbeitete Fassung	01.01.2011	Ja	siehe weitere Erläuterungen
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung - Änderungen in Bezug auf die Klassifizierung von Bezugsrechten	01.02.2010	Ja	keine
IFRIC 14	IAS 19 - Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung - Änderungen "Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen"	01.01.2011	Ja	siehe weitere Erläuterungen
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente	01.07.2010	Ja	siehe weitere Erläuterungen

Die Auswirkungen der Standards und Interpretationen, die bereits durch die EU übernommen wurden, aber erst in späteren Berichtsperioden in Kraft treten und im SWH-Konzern auch nicht freiwillig vorzeitig angewendet wurden, stellen sich wie folgt dar:

Improvements to IFRSs (2010)

Im Mai 2010 hat der IASB den dritten Sammelstandard zur Vornahme kleinerer Änderungen an den IFRS, den sogenannten „Improvements to IFRSs“, veröffentlicht, der im Februar 2011 von der EU übernommen wurde. Der Sammelstandard enthält elf Änderungen an sechs verschiedenen Standards und einer Interpretation. Ein Teil der Änderungen ist bereits verpflichtend für alle nach dem 30. Juni 2010 beginnende Geschäftsjahre anzuwenden, die übrigen Änderungen sind erstmalig verpflichtend für nach dem

31. Dezember 2010 beginnende Geschäftsjahre anzuwenden. Die Auswirkungen der einzelnen Änderungen auf den SWH-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

IAS 24 (revised 2009) – „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“

Mit der Überarbeitung des IAS 24 wurde insbesondere die Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen grundlegend geändert sowie Anpassungen bezüglich der Definition der (angabepflichtigen) Geschäfte vorgenommen. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Überarbeitung bildet außerdem die Einführung einer Erleichterungsvorschrift für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen. Die überarbeitete Fassung des Standards ist erstmals verpflichtend auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Anwendung der neuen Regelungen soll retrospektiv erfolgen. Im SWH-Konzern wird mit Auswirkungen auf die Angaben zu kommunalen Anteilseignern im Abschluss gerechnet.

Änderungen an IFRIC 14 – „IAS 19 - Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung“

Die Änderungen an der Interpretation IFRIC 14 „Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen“ sind von Relevanz, wenn ein Versorgungsplan eine Mindestdotierungsverpflichtung vorsieht und das Unternehmen Beitragsvorauszahlungen auf diese leistet. Im Vergleich zu den bestehenden Vorschriften wird der wirtschaftliche Nutzen aus Beitragsvorauszahlungen des Unternehmens, die künftige Beitragszahlungen aufgrund der Mindestdotierungsverpflichtung vermindern, als Vermögenswert aktiviert. Die Änderungen des IFRIC 14 treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Auswirkungen durch IFRIC 14 auf den SWH-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

IFRIC 19 – „Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente“

Die Interpretation IFRIC 19 kommt zur Anwendung, falls die neu verhandelten Vertragsbedingungen einer finanziellen Verbindlichkeit es dem Schuldner erlauben, die finanzielle Verbindlichkeit ganz oder teilweise durch die Ausgabe eigener Eigenkapitalinstrumente zu tilgen. Sie behandelt ausschließlich die Bilanzierung beim Schuldner, d.h. beim Emittenten der Eigenkapitalinstrumente. Unter der Voraussetzung, dass es sich beim Gläubiger um einen unabhängigen Dritten handelt, sind die Eigenkapitalinstrumente im Zugangszeitpunkt mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Kann dieser nicht verlässlich bestimmt werden, sind die Eigenkapitalinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert der vollständig oder teilweise getilgten Verbindlichkeit zu bewerten. Die Differenz zwischen dem Buchwert der getilgten finanziellen Verbindlichkeit (oder eines Teils davon) und dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen Eigenkapitalinstrumente ist im Jahresergebnis zu erfassen. IFRIC 19 tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen und ist retrospektiv anzuwenden, soweit die beizulegenden Zeitwerte rückwirkend noch bestimmt werden können. Die Interpretation hat derzeit keine Auswirkungen auf den SWH-Konzernabschluss.

Die voraussichtlichen Auswirkungen der Standards, Interpretationen und Änderungen zu Standards, für die eine Übernahme noch aussteht, ergeben sich wie folgt:

Änderungen an IFRS 7 – „Finanzinstrumente: Angaben“

Die Änderungen an IFRS 7 erweitern die Angabepflichten zu Übertragungen finanzieller Vermögenswerte. Diese Änderungen sollen die Transparenz in Bezug auf Transaktionen zum Zwecke der Übertragung von Vermögenswerten erhöhen, bei denen der Übertragende Risiken aus dem finanziellen Vermögenswert zurückbehält. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Angaben gefordert, wenn die Übertragungen nicht gleichmäßig während des Geschäftsjahres anfallen. Unternehmen haben die Änderungen für Ge-

schäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Abhängig von der Art künftiger Transaktionen können sich aus den Änderungen Auswirkungen auf die dazugehörigen Angaben ergeben, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden können.

IFRS 9 – „Finanzinstrumente“

Der neue Standard IFRS 9 ändert die bisherigen Vorschriften zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten grundlegend, wobei IFRS 9 sich derzeit ausschließlich auf finanzielle Vermögenswerte beschränkt. IFRS 9 sieht nur noch zwei Kategorien vor, in welche finanzielle Vermögenswerte bei ihrer erstmaligen Erfassung einzuordnen sind: Bewertung zum beizulegenden Zeitwert oder Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Eine Bewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten erfordert dabei das planmäßige Halten des finanziellen Vermögenswertes zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme sowie Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswertes, die zu Zahlungsströmen zu festgelegten Zeitpunkten führen, die ausschließlich Tilgung und Zinszahlungen auf ausstehende Rückzahlungsbeträge darstellen. Finanzinstrumente, die diese beiden Bedingungen nicht erfüllen, sind zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die mit der Ersterfassung vorgenommene Kategorisierung kann in späteren Perioden nur noch revidiert werden, sofern sich das Geschäftsmodell, in dessen Rahmen der Vermögenswert gehalten wird, geändert hat.
Hinsichtlich eingebetteter Derivate enthält der Standard die Erleichterung, dass für finanzielle Basisverträge innerhalb des Anwendungsbereichs des neuen Standards eine Trennung nicht mehr erforderlich ist und somit der Vertrag als Ganzes bewertet wird. Dies gilt auch bei einer Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. In den Fällen, in denen der Basisvertrag außerhalb des Anwendungsbereichs liegt, sind weiterhin die bisherigen Regelungen des IAS 39 anzuwenden.
Für Eigenkapitalinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, besteht beim erstmaligen Ansatz ein nicht revidierbares Wahlrecht, Zeitwertänderungen einschließlich Abgangsergebnisse im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Diese Zeitwertänderungen werden in den Folgeperioden nicht mehr über den Gewinn oder Verlust recycelt, sondern verbleiben im sonstigen Ergebnis. Für diese Finanzinstrumente wurden entsprechend auch die Regelungen zu Wertminderungen aufgehoben.
Der Standard sieht eine retrospektive Anwendung auf alle bestehenden finanziellen Vermögenswerte vor, wobei zur Kategorisierung nach den neuen Regelungen die Umstände am Tag der Erstanwendung des Standards maßgeblich sind. Zusätzlich wurden Erleichterungen durch verschiedene Übergangsregelungen geschaffen.
IFRS 9 ist gemäß den Vorschriften des IASB zwingend auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Wann die Übernahme durch die EU erfolgen soll, ist derzeit noch offen. Der SWH-Konzern wird die Auswirkungen von IFRS 9 auf den Konzernabschluss prüfen.

Änderungen an IAS 12 – „Ertragsteuern“

Im Dezember 2010 hat das IASB Änderungen zu IAS 12 veröffentlicht, die ebenfalls zu Änderungen im Anwendungsbereich des SIC-21 „Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten“ führen. Die Änderungen enthalten eine teilweise Klarstellung zur Behandlung temporärer steuerlicher Differenzen in Zusammenhang mit der Anwendung des Zeitwertmodells von IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“. Bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist es häufig schwierig zu beurteilen, ob sich bestehende Differenzen im Rahmen der fortgeführten Nutzung oder im Zuge einer Veräußerung umkehren. Die Änderungen bieten eine praktische Lösung für dieses Problem durch die Einführung einer widerlegbaren Vermutung, dass die Realisierung des Buchwerts im Normalfall durch Veräußerung erfolgt. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen, retrospektiv anzuwenden. Auswirkungen auf den Konzernabschluss sind nicht zu erwarten.

3. Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

3.1 Grundsätze

In den Konzernabschluss werden alle wesentlichen Unternehmen einbezogen, bei denen die SWH unmittelbar oder mittelbar über die Möglichkeit verfügt, die Finanz- und Geschäftspolitik zu bestimmen, um aus der Tätigkeit dieser Unternehmen Nutzen zu ziehen (Tochterunternehmen). In der Regel wird Kontrolle über eine Stimmrechtsmehrheit ausgeübt. Bei der Beurteilung, ob Kontrolle vorliegt, werden Existenz und Auswirkung potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder umwandelbar sind, berücksichtigt. Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, an dem die SWH die Möglichkeit der Kontrolle erlangt. Endet diese Möglichkeit, scheiden die entsprechenden Gesellschaften aus dem Konsolidierungskreis aus.

Darüber hinaus werden Zweckgesellschaften konsolidiert, wenn die wirtschaftliche Betrachtung des Verhältnisses zwischen SWH und der Zweckgesellschaft zeigt, dass die SWH dieses Unternehmen beherrscht.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses bilden die Einzel- oder Gruppenabschlüsse der SWH und ihrer Tochterunternehmen, die nach einheitlichen Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden aufgestellt sind. Der Bilanzstichtag aller konsolidierten Gesellschaften entspricht dem des Mutterunternehmens.

Anteile an Gesellschaften, bei denen die SWH die Möglichkeit hat, maßgeblichen Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen auszuüben (assoziierte Unternehmen, grundsätzlich mit einem Beteiligungsanteil ab 20,0 % und kleiner 50,0 %), werden grundsätzlich nach der equity-Methode bewertet. Anteile an Gesellschaften, bei denen die Führung gemeinschaftlich mit einem oder mehreren Partnern erfolgt (Gemeinschaftsunternehmen), werden ebenfalls grundsätzlich nach der equity-Methode bewertet.

Die unter den übrigen Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen / Gemeinschaftsunternehmen sowie die übrigen Beteiligungen gehören der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ an und werden entsprechend IAS 39 bilanziert. Sie werden sowohl bei der Erstbilanzierung als auch in den Folgeperioden mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt, sofern dieser Wert verlässlich ermittelbar ist. Zu weiteren Ausführungen siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte“.

Die Abschlüsse der nach der equity-Methode bilanzierten Beteiligungen werden grundsätzlich nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Bestimmung der Zeitpunkte, zu denen assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen in den Kreis der nach der equity-Methode bewerteten Unternehmen aufgenommen werden und aus ihm ausscheiden, erfolgt zum Zeitpunkt der Erlangung des maßgeblichen Einflusses. Die Fortschreibung der equity-Bewertung basiert auf den letzten verfügbaren Jahres- beziehungsweise Gruppenabschlüssen, wobei das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr entspricht.

3.2 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss des Geschäftsjahres werden neben der SWH 21 (Vorjahr: 18) Tochterunternehmen vollkonsolidiert. Darunter fällt auch eine Gesellschaft (NGL), die aufgrund einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise hinsichtlich Residual- oder Eigentumsrisiken gemäß SIC-12 einbezogen wird. Darüber hinaus werden wie im Vorjahr gemäß SIC-12 drei Wertpapierspezialfonds, bei denen die SWH die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmt, konsolidiert. Nicht konsolidiert werden zwei (Vorjahr: vier) Tochterunternehmen. Diese Gesellschaften sind auch bei zusammengefasster Betrachtung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Nach dem 31. Dezember 2009 wurden vier Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen und eine Gesellschaft verschmolzen.

Nach der equity-Methode werden wie bereits im Vorjahr sieben assoziierte Unternehmen und ein Gemeinschaftsunternehmen bewertet.

Eine Einzelaufstellung der mit dem SWH-Konzern verbundenen und assoziierten Unternehmen sowie der Gemeinschaftsunternehmen und Beteiligungen befindet sich im Abschnitt „Anteilsbesitzliste“.

3.3 Unternehmenserwerbe und Veräußerungen

Die **Danpower GmbH, Potsdam**, (Danpower) ist seit deren Gründung alleinige Gesellschafterin der **BGA Biogas 1 GmbH, Potsdam**, und der **BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam**. Das Stammkapital der Gesellschaften beträgt jeweils TEUR 25. Die Danpower hat jeweils ihrem Anteil entsprechende Stammeinlagen übernommen. Da die Gesellschaften erst ab dem Jahr 2011 operativ tätig sein werden, sind bisher keine Umsatzerlöse angefallen und der Konzernjahresüberschuss wurde durch die Erstkonsolidierung nur unwesentlich beeinflusst. Die Erstkonsolidierung erfolgte zum 1. Januar 2010. Zu diesem Zeitpunkt hielt die Danpower jeweils einen Anteil von 100,0 % an dem jeweiligen Eigenkapital von TEUR 25. Die Anschaffungskosten entsprachen der Einlage im Eigenkapital.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die **vigoris Handels GmbH, Potsdam,** als 100,0 %-iges Tochterunternehmen der Danpower gegründet, um Energiehandelsgeschäfte für die Danpower Unternehmensgruppe sowie Dritte zu erbringen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 25 und wurde vollständig von der Danpower übernommen. Die Gesellschaft wird ab dem 1. Oktober 2010 vollkonsolidiert. Die Gesellschaft trug im Konzernabschluss 2010 TEUR 0 zu den Umsatzerlösen und TEUR 118 zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei.

Nachdem am 30. Dezember 2009 die Voraussetzungen für den Vollzug des mittelbaren Erwerbes eines 50,0 %-igen Anteils an der **Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover**, (KWM) geschaffen wurden, hält die SWH seit dem 1. Januar 2010, zusammen mit dem bisherigen unmittelbaren KWM-Anteil von 33,33 %, insgesamt 83,33 % der Anteile an der KWM. KWM betreibt ein Steinkohlekraftwerk zur Erzeugung von Strom ausschließlich für seine Gesellschafter und erzielt seine Erlöse nach dem Restkostenprinzip (cost plus fee) auf Basis deutscher handelsrechtlicher Rechnungslegungsvorschriften.

Der mittelbare Erwerb der KWM-Anteile erfolgte dabei durch Kauf der **Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Mehrum mbH, Hannover**, (GBKM) an der die SWH ab dem 1. Januar 2010 unmittelbar 100,0 % hält. Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde im August 2010 vom Aufsichtsrat der SWH die Verschmelzung der GBKM auf die SWH beschlossen. Im Zuge der Verschmelzung ist der bisher von der GBKM gehaltene KWM-Anteil auf die SWH übergegangen, sodass die SWH unmittelbar 83,33 % der Anteile an der KWM hält. Mit dem rechtlichen Übergang der Beteiligung zum 1. Januar 2010 hält die SWH nun die Mehrheit an der KWM, die somit als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird. Die bar bezahlten Anschaffungskosten des neu erworbenen Anteils an der KWM betrugen TEUR 178.132.

Hieraus ergibt sich folgende vorläufige Kaufpreisallokation:

Ermittlung des Unterschiedsbetrags zum 1. Januar 2010	**TEUR**
Buchwert 33,33 %-iger Anteil an KWM (Alt-Anteil)	12.936
Anpassung zum fair value (ergebniswirksam)	111.261
fair value Alt-Anteil	124.197
Anschaffungskosten 50,0 %-iger Anteil an KWM (Neu-Anteil)	178.132
anteiliges zum beizulegenden Zeitwert bewertetes Nettovermögen	-308.279
Unterschiedsbetrag	**-5.950**

Erworbenes Nettovermögen zum 1. Januar 2010 in TEUR	**Buchwert**	**Anpassung**	**Beizulegende Zeitwerte**
Immaterielle Vermögenswerte	359	77.969	78.328
Sachanlagen	49.741	396.631	446.372
Finanzanlagen	95	0	95
Vorräte	36.850	23.314	60.164
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	11.269	0	11.269
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	5.349	0	5.349
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	36	0	36
Rückstellungen	-20.059	-23.305	-43.364
Verbindlichkeiten	-40.231	0	-40.231
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-621	0	-621
Latente Steuern	-5.064	-142.383	-147.447
	37.724	**332.226**	**369.950**
Anteil anderer Gesellschafter am neubewerteten Nettovermögen			**61.671**

Der Alt-Anteil an der KWM wurde bisher at equity bewertet. Aus der Neubewertung des Anteils ergibt sich ein Gewinn von TEUR 111.261, der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wird. Der Kaufpreis für den 50,0 %-Anteil war Resultat des durch die EU-Kommission vorgeschriebenen Verkaufs von Kraftwerkskapazitäten durch die E.ON AG, Düsseldorf. Der Verkauf erfolgte im Rahmen eines Bieterverfahrens und war gemäß Vorgabe bis zum 31. Dezember 2009 abzuschließen. Daher entstand bei der Erstkonsolidierung ein passivischer Unterschiedsbetrag von TEUR 5.950. Dieser wurde ebenfalls ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Die in den immateriellen Vermögenswerten erfassten Rechte auf kostenlosen Bezug von Emissionszertifikaten (TEUR 77.969) werden über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der (neubewerteten) langfristigen Vermögenswerte erfolgt über die jeweilige Restnutzungsdauer von maximal 21 Jahren. Die Vorräte erhöhten sich hauptsächlich aufgrund der Neubewertung der im Wesentlichen kostenlos zugeteilten Emissionszertifikate um TEUR 23.305. Da diese Emissionszertifikate zur Abgabe an die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Bundesamt bestimmt sind, erhöhte sich in gleicher Höhe die zugehörige Rückstellung. Die Forderungen resultieren hauptsächlich aus den vertraglichen Stromliefer- und weiteren Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern. Es handelt sich um kurzfristige Forderungen deren Buchwert dem beizulegenden Zeitwert und dem Bruttowert entspricht. Uneinbringlichkeit von Forderungen liegen nicht vor.

Die KWM trug im Geschäftjahr mit TEUR 19.869 zu den Konzernumsatzerlösen und mit einem Ergebnis von TEUR -30.866 zum Konzernergebnis bei. In 2009 wurde der Strombezug im Materialaufwand (TEUR 57.795) ausgewiesen.

Um langfristig die verschiedenen Contracting-Aktivitäten des SWH-Konzerns zu bündeln, wurde die **WärmeService GmbH, Hannover**, (WSG) im ersten Halbjahr 2010 auf die **enercity Contracting GmbH, Hannover**, (eCG) verschmolzen.

3.4 Währungsumrechnung

Sämtliche Transaktionen in ausländischer Währung werden mit dem Wechselkurs zum Transaktionszeitpunkt in die funktionale Währung umgerechnet. Gewinne und Verluste, die aus der Erfüllung solcher Transaktionen resultieren, werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In den Jahresabschlüssen der Gesellschaften werden nicht monetäre Posten in fremder Währung zum Bilanzstichtag mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Transaktion bewertet. Monetäre Posten werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und -verluste aus der Bewertung monetärer Aktiva beziehungsweise monetärer Passiva in fremder Währung werden ergebniswirksam berücksichtigt.

Am Bilanzstichtag bestanden im SWH-Konzern lediglich unwesentliche Posten in fremder Währung.

3.5 Konsolidierungsmethoden

Die Bilanzierung des Nettovermögens erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Dabei wird zunächst ungeachtet von bestehenden Minderheitenanteilen eine vollständige Zeitwertbewertung aller identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zum Erwerbszeitpunkt vorgenommen. Immaterielle Vermögenswerte werden getrennt vom Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert, soweit sie vom Unternehmen isolierbar sind oder sich aus einem vertraglichen oder anderen Recht ergeben.

Anschließend wird der Kaufpreis des Beteiligungsanteils mit dem auf den erworbenen Anteil entfallenden neu bewerteten Eigenkapital verrechnet (Kapitalkonsolidierung). Verbleibende aktive Unterschiedsbeträge aus Unternehmenserwerben werden als Geschäfts- oder Firmenwerte aktiviert. Passive Unterschiedsbeträge werden zum Zeitpunkt der Entstehung sofort ergebniswirksam aufgelöst, wobei der Effekt der Auflösung als sonstiger Ertrag ausgewiesen wird.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben. Die Überprüfung der Werthaltigkeit (Impairment-Test) der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt regelmäßig mindestens einmal jährlich. Darüber hinaus werden Impairment-Tests durchgeführt, sofern Ereignisse oder Anhaltspunkte vorliegen, die eine mögliche Wertminderung der Geschäfts- oder Firmenwerte anzeigen.

Im SWH-Konzern werden die wesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach der equity-Methode bilanziert und zum Zeitpunkt des Erwerbs mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Der Anteil des Konzerns an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen umfasst den beim Erwerb jeweils entstehenden Geschäfts- oder Firmenwert.

Der Anteil des Konzerns an Gewinnen und Verlusten von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen wird vom Zeitpunkt des Erwerbs an in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Ergebnis aus der nach der equity-Methode bewerteten Unternehmen), der Anteil der Veränderung der Rücklagen in den Gewinnrücklagen des Konzerns. Die Veränderungen nach Erwerb werden mit dem Beteiligungsbuchwert verrechnet. Wenn der Verlustanteil an einem assoziierten Unternehmen oder einem Gemeinschaftsunternehmen dem Anteil des Konzerns an diesem Unternehmen, inklusive anderer ungesicherter Forderungen, entspricht beziehungsweise diesen übersteigt, werden grundsätzlich keine weiteren Verluste erfasst. Darüber hinaus gehende Verluste werden nur dann erfasst, sofern für das assoziierte Unternehmen oder das Gemeinschaftsunternehmen Verpflichtungen eingegangen oder für das Unternehmen Zahlungen geleistet wurden.

Forderungen und Verbindlichkeiten beziehungsweise Rückstellungen zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden aufgerechnet. Zwischenergebnisse aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr werden unter Berücksichtigung latenter Ertragsteuern ergebniswirksam zurückgenommen. Zwischengewinne aus Transaktionen zwischen Tochterunternehmen und nach der equity-Methode bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem Anteil des Konzerns an den Unternehmen grundsätzlich eliminiert. Zwischenverluste werden ebenfalls eliminiert, sofern die Transaktion nicht auf eine Wertminderung des übertragenen Vermögenswertes hindeutet. Zwischenverluste werden als Indikator zur Notwendigkeit der Durchführung eines Wertminderungstests für den übertragenen Vermögenswert betrachtet. Vorausgesetzt, dass Abweichungen zwischen den von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den konzerneinheitlichen Rechnungslegungsvorschriften vorliegen, werden Anpassungen vorgenommen. Konzerninterne Umsatzerlöse und andere Erträge sowie die entsprechenden Aufwendungen werden eliminiert.

4. Bilanzierung und Bewertung

Die Jahresabschlüsse der in den SWH-Konzern einbezogenen Unternehmen werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt. Die Wertansätze im Konzernabschluss werden unbeeinflusst von steuerlichen Vorschriften allein von der wirtschaftlichen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen der Vorschriften der IFRS bestimmt.

4.1 Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse

Die Realisierung der Umsatzerlöse erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Lieferung an den Kunden beziehungsweise mit Erfüllung der Leistung. Die Lieferung gilt als abgeschlossen, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind, das Entgelt vertraglich festgelegt ist und die Erfüllung der Forderung wahrscheinlich ist. Die Umsatzerlöse werden zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenen Gegenleistung bewertet.

Umsatzerlöse werden ohne Umsatzsteuer, Retouren, Rabatte und Preisnachlässe und nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse resultieren überwiegend aus den Lieferungen von Energie und Wasser an Industriekunden, gewerbliche Abnehmer und private Endverbraucher. Darüber hinaus bestehen Erlöse aus der Verteilung von Strom und Gas.

Die Umsatzerlöse aus Lieferungen werden realisiert, wenn sie vom Kunden auf Basis einer vertraglichen Vereinbarung abgenommen worden sind. Sie spiegeln den Wert der gelieferten Einheiten, einschließlich der geschätzten Werte für Einheiten zwischen der letzten Abrechnung und dem Periodenende, wider.

Zinserträge

Zinserträge werden periodengerecht unter Berücksichtigung der ausstehenden Darlehenssumme und des anzuwendenden Zinssatzes abgegrenzt. Der anzuwendende Zinssatz ist dabei der Zinssatz, der die geschätzten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswertes auf den Nettobuchwert des Vermögenswertes abzinst.

Dividendenerträge

Dividendenerträge aus Finanzinvestitionen werden mit Entstehung des Rechtsanspruchs des Gesellschafters auf Zahlung erfasst.

Zuwendungen

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden zum fair value erfasst, wenn mit großer Sicherheit davon auszugehen ist, dass die Zuwendung erfolgen wird und der SWH-Konzern die notwendigen Bedingungen für den Erhalt der Zuwendung erfüllt.

4.2 Strom- und Energiesteuern

Die in Deutschland zu erhebende Stromsteuer entsteht bei Stromlieferungen inländischer Versorger an Endverbraucher und weist einen pro Kilowattstunde (kWh) fixen, nach Abnehmergruppen differenzierten Tarif auf.

Das Energiesteuergesetz (EnergieStG) enthält Bestimmungen für Energieerzeugnisse aus Mineralöl, für Erdgas und für Kohle. Es trat am 1. August 2006 in Kraft und ersetzte das bis dahin geltende Mineralölsteuergesetz. Ab diesem Zeitpunkt entsteht die Erdgassteuer nicht mehr bei Aufnahme in das inländische Leitungsnetz, sondern erst mit der Entnahme des Erdgases aus dem Leitungsnetz zum Verbrauch am Ende der Lieferkette.

Die geleisteten Strom- und Energiesteuern werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

4.3 Geschäfts- oder Firmenwert

Die Kapitalkonsolidierung bei Unternehmenszusammenschlüssen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Grundsätzlich ist bei der Erwerbsmethode eine Verrechnung der Anschaffungskosten der Beteiligung mit dem anteiligen neubewerteten Eigenkapital des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt vorzunehmen. Die für die Anschaffung aufgewendete Gegenleistung ist dabei auf die identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und Schulden aufzuteilen. Ein dabei entstehender Geschäfts- oder Firmenwert ist als Vermögenswert zu erfassen und im Zugangszeitpunkt zu seinen Anschaffungskosten anzusetzen, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den vom Konzern angesetzten Anteil an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden darstellen.

Entsprechend den Regelungen des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ werden Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung bei Unternehmenszusammenschlüssen nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens jährlich oder dann auf Wertminderungen geprüft, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte (Impairment-Test). Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert aus dem Nutzungswert (value in use) oder dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten (fair value less costs to sell).

Der Nutzungswert ergibt sich aus dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus der fortgesetzten Nutzung eines Vermögenswerts zuzüglich eines am Ende der Nutzungsdauer realisierbaren Restwerts.

Der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten entspricht dem Betrag, der durch den Verkauf eines Vermögenswerts zu Marktbedingungen, die zwischen sachverständigen und vertragswilligen Parteien ausgehandelt werden, erzielt werden könnte.

Die Überprüfung der Werthaltigkeit von Geschäfts- oder Firmenwerten wird grundsätzlich auf der Ebene von Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Unit - CGU) durchgeführt. Eine Zahlungsmittel generierende Einheit ist die jeweils kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse aus ihrer fortgesetzten Nutzung erzeugt. Ein vorhandener Geschäfts- oder Firmenwert wird dabei der entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheit zugeordnet.

Da für die zu testenden Einheiten kein beizulegender Zeitwert über einen aktiven Markt verfügbar ist, wird zur Bestimmung des erzielbaren Betrags einer Zahlungsmittel generierenden Einheit zunächst der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten mittels allgemein anerkannter Bewertungsverfahren ermittelt. Ausgangspunkt ist hierbei die Mittelfristplanung der jeweiligen Einheit. Die Bewertung erfolgt durch Berechnung der

abgezinsten Zahlungsströme. Sofern vorhanden, werden zudem Markttransaktionen oder Bewertungen Dritter für ähnliche Vermögenswerte berücksichtigt.

Eine außerplanmäßige Abschreibung ist erforderlich, wenn der Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit inklusive dem zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwert über dem erzielbaren Betrag der Zahlungsmittel generierenden Einheit liegt. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der Zahlungsmittel generierenden Einheit erfolgt auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Bewertungsverfahrens unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von fünf Jahren genehmigten Mittelfristplanungen beruhen. Die zur Diskontierung verwendeten Nachsteuerzinssätze werden auf der Grundlage von Marktdaten bereichsspezifisch ermittelt und betragen zum Bewertungsstichtag zwischen 4,41 % und 5,37 % (Vorjahr: 5,14 % bis 6,05 %). Es wurde wie im Vorjahr eine Wachstumsrate von 0,5 % zu Grunde gelegt. Ist der Wertberichtigungsbedarf höher als der Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der Zahlungsmittel generierenden Einheit verteilt.

Ein in früheren Berichtsperioden erfasster Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte darf nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden daher nicht vorgenommen.

4.4 Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Sämtliche immaterielle Vermögenswerte mit Ausnahme von Geschäfts- oder Firmenwerten weisen eine bestimmbare Nutzungsdauer auf und werden entsprechend planmäßig abgeschrieben.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden aktiviert, sofern der Zufluss eines verlässlich schätzbaren Nutzens für den Konzern wahrscheinlich ist und die Anschaffungs-/Herstellungskosten zuverlässig bemessen werden können. Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn ein neu entwickeltes Produkt oder Verfahren eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar ist und entweder für die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weiterhin setzt die Aktivierung voraus, dass die Entwicklungskosten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit durch künftige Finanzmittelzuflüsse gedeckt werden.

Die Anschaffungskosten von im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Sie werden gesondert vom Geschäfts- oder Firmenwert erfasst, sobald sie die Definition eines immateriellen Vermögenswertes erfüllen und ihr beizulegender Zeitwert verlässlich bestimmt werden kann. Bisher wurden bei zwei vollkonsolidierten Gesellschaften des Konzerns kundenbasierte immaterielle Vermögenswerte identifiziert, die aufgrund vertraglicher Rechte die Ansatzkriterien für immaterielle Vermögenswerte gemäß IFRS 3 erfüllen und entsprechend berücksichtigt wurden.

Software für kaufmännische und technische Anwendungen wird linear über vier Jahre abgeschrieben. Den geleisteten Baukostenzuschüssen wird eine Nutzungsdauer von 15 Jahren zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden unterliegen einer jährlichen Überprüfung.

Immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden auf Wertminderungen überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Sie werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet.

Sind die Gründe für eine zuvor erfasste Wertminderung entfallen, werden immaterielle Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben. Der im Rahmen einer Wertaufholung erhöhte Buchwert eines immateriellen Vermögenswertes darf jedoch den Buchwert nicht übersteigen, der ohne eine Wertminderung erfasst worden wäre.

4.5 Emissionsrechte

Im Rahmen des europäischen Systems für den Handel mit Emissionszertifikaten erhält der SWH-Konzern jährlich unentgeltlich Emissionsrechte. Diese Emissionsrechte (CO_2-Zertifikate) werden als immaterielle Vermögenswerte zu Anschaffungskosten zum Nominalwert bilanziert. Die Erst- und Folgebilanzierung der unentgeltlichen Emissionsrechte erfolgt in einem Merkposten mit Euro 1,00.

Die zur Deckung des eigenen Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte werden mit den Anschaffungskosten in einer separaten Position als kurzfristige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den Vorräten bilanziert, wobei die Zeitwertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von Emissionsrechten wird eine sonstige Verbindlichkeit gebildet. Der Wertansatz der Verpflichtung ergibt sich aus dem Buchwert der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Emissionsrechte sowie bei einer bestehenden Deckungslücke aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Werden darüber hinaus weitere Emissionsrechte benötigt, sind diese mit dem beizulegenden Zeitwert am Stichtag berücksichtigt.

4.6 Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungen bewertet. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten umfassen den Kaufpreis oder die Herstellungskosten einschließlich direkt zurechenbarer Anschaffungsnebenkosten. Anschaffungspreisminderungen wie Rabatte, Skonti und Boni werden vom Kaufpreis sowie den Anschaffungsnebenkosten abgezogen. Zur Berücksichtigung erhaltener Zuwendungen siehe Abschnitt „Zuwendungen der öffentlichen Hand“.

Die Herstellungskosten selbst erstellter Sachanlagen werden auf Basis direkt zurechenbarer Kosten sowie geschätzter Abbruch- und Wiederherstellungskosten ermittelt. Fremdkapitalkosten, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte anfallen, werden gemäß IAS 23 (revised 2007) als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten solcher Vermögenswerte aktiviert.

Kosten für die Wartung und Reparatur von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden als Aufwand verrechnet. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen werden nur dann als nachträgliche Herstellungskosten aktiviert, wenn sie zu einer wesentlichen Verlängerung der Nutzungsdauer, einer erheblichen Verbesserung oder einer bedeutenden Nutzungsänderung der Sachanlage führen.

Wesentliche Bestandteile von Gegenständen des Sachanlagevermögens, die in regelmäßigen Zeitabständen eines Ersatzes bedürfen, sowie regelmäßige Großreparaturen und Revisionen werden als eigenständige Vermögenswerte aktiviert (Komponentenansatz im Sinne von IAS 16) und über deren wirtschaftliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen für die typischen Anlagegüter der Gesellschaften werden nach folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

Gebäude	25 - 50
Technische Anlagen	10 - 40
Kraftwerke	10 - 40
Stromverteilungsanlagen	23 - 44
Gasverteilungsanlagen	20 - 60
Wasserverteilungsanlagen	20 - 40
Wassererzeugungsanlagen	12 - 35
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6 - 10

Grundstücke werden nicht abgeschrieben. Bei allen weiteren Vermögenswerten werden die planmäßigen Abschreibungen linear pro rata temporis vorgenommen. Die Nutzungsdauer bemisst sich nach der Art des Vermögenswertes sowie an rechtlichen oder vertraglichen Beschränkungen.

Die Restbuchwerte, Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft und bei Bedarf angepasst. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswertes seinen geschätzten erzielbaren Betrag, so wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Sollten die Gründe für eine in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung entfallen, werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen. Dabei darf der durch Zuschreibung erhöhte Buchwert die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht übersteigen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Konzernanhang beigefügt.

4.7 Leasingverhältnisse

Die Klassifizierung von Leasingverhältnissen erfolgt nach IAS 17 entsprechend den vertraglichen Regelungen und den daraus resultierenden Chancen und Risiken. Daneben konkretisiert IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“ die Kriterien für eine Einstufung von Vereinbarungen über die Nutzung von Vermögenswerten als Leasing. Bei kumulativer Erfüllung der Kriterien des IFRIC 4 können auch Bezugs- beziehungsweise Lieferverträge im Strom-, Gas- und Wärmebereich sowie bestimmte Nutzungsrechte als Leasing zu klassifizieren sein.

Der SWH-Konzern tritt sowohl als Leasingnehmer als auch als Leasinggeber auf.

<u>Konzern als Leasingnehmer</u>

Zur Aktivierung des Leasinggegenstands zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leasingverhältnisses zum beizulegenden Zeitwert des Leasinggegenstandes oder - wenn dieser Wert niedriger ist - mit dem Barwert der Mindestleasingzahlung, führen Finanzierungs-Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken an dem Vermögenswert auf den Konzern übertragen werden. Der Leasinggegenstand wird linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer oder über die kürzere Laufzeit des Leasingvertrages abgeschrieben. Die aus den künftigen Leasingraten resultierenden Zahlungsverpflichtungen werden abgezinst als Verbindlichkeit passiviert.

Leasingverhältnisse, bei denen ein wesentlicher Teil des Nutzens und der Risiken aus dem Eigentum am Leasingobjekt beim Leasinggeber verbleibt, werden als Operating-Leasingverhältnisse qualifiziert. Die unter diesen Leasingverhältnissen zu leistenden Leasingraten werden linear über die Dauer des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Konzern als Leasinggeber

Werden Vermögenswerte in einem Finanzierungsleasing genutzt, wird der Barwert der Leasingzahlungen als Leasingforderung angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Bruttoforderung und Barwert der Forderung wird als unrealisierter Finanzertrag erfasst. Leasingerträge werden über die Laufzeit des Leasingverhältnisses nach der Annuitätenmethode vereinnahmt, aus der sich eine konstante Verzinsung der Leasingforderung ergibt.

Die übrigen Leasing-Verhältnisse werden als Operating-Leasing behandelt. Hierbei bleibt der Leasinggegenstand beim Leasinggeber bilanziert und die Leasingzahlungen werden in der Periode als Ertrag erfasst, in der sie erwirtschaftet werden.

4.8 Zuwendungen der öffentlichen Hand

Investitionszulagen oder -zuschüsse der öffentlichen Hand mindern nicht die Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte, sondern werden grundsätzlich passivisch abgegrenzt. Sie werden auf linearer Basis über die erwartete Nutzungsdauer der betreffenden Vermögenswerte erfolgswirksam aufgelöst.

Zuwendungen der öffentlichen Hand für Maßnahmen in Verbindung mit Altersteilzeitmaßnahmen werden den Perioden, in denen die dazugehörenden Kosten anfallen, zugeordnet und ertragswirksam erfasst.

Hinsichtlich der Bilanzierung von kostenlos zugeteilten Emissionsrechten siehe die Ausführungen im Abschnitt „Emissionsrechte“.

4.9 Wertminderung nicht monetärer Vermögenswerte

Vermögenswerte, die eine unbestimmte Nutzungsdauer haben, werden nicht planmäßig abgeschrieben; sie werden jährlich auf Wertminderungen geprüft. Vermögenswerte, die planmäßig abgeschrieben werden, werden auf Wertminderungen geprüft, wenn entsprechende Ereignisse anzeigen, dass der Buchwert gegebenenfalls nicht mehr erzielbar ist. Ein Wertminderungsverlust wird in Höhe des den erzielbaren Betrag übersteigenden Buchwerts erfasst. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Für den Werthaltigkeitstest werden Vermögenswerte auf der niedrigsten Ebene zusammengefasst, für die Cashflows separat identifiziert werden können (Zahlungsmittel generierende Einheiten). Mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts wird für nicht monetäre Vermögenswerte, für die in der Vergangenheit eine Wertminderung gebucht wurde, zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob eine Wertaufholung zu erfolgen hat.

4.10 Finanzielle Vermögenswerte

Der SWH-Konzern unterteilt seine finanziellen Vermögenswerte in die nachfolgend dargestellten Kategorien des IAS 39. Derzeit liegen keine Finanzinstrumente im SWH-Konzern vor, die der Kategorie held to maturity (htm) zugeordnet werden. Finanzinstrumente aller Kategorien werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert am Handelstag angesetzt. Die möglichen Umgliederungen zwischen den einzelnen Kategorien wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen (IFRS 7.12).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (financial asset at fair value through profit and loss – FAFVPL)

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte werden im SWH-Konzern in finanzielle Vermögenswerte "zu Handelszwecken gehalten" (held for trading - hft) und in finanzielle Vermögenswerte „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert“ (designated at fair value through profit or loss - dFVPL) untergliedert. Die fair value-Option wird im SWH-Konzern nicht angewandt. Finanzielle Vermögenswerte werden diesen Subkategorien zugeordnet, sofern sie entweder mit kurzfristi-

ger Wiederveräußerungsabsicht erworben oder vom Management entsprechend designiert wurden.

Finanzinstrumente dieser Kategorien werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert am Handelstag angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert am jeweiligen Bilanzstichtag. Hieraus resultierende Gewinne und Verluste werden ergebniswirksam erfasst, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird.

Wenn Vermögenswerte dieser Kategorie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden, erfolgt ein Ausweis als kurzfristige Vermögenswerte.

Ausleihungen und Forderungen (loans and receivables - LaR)

Ausleihungen und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen beziehungsweise bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert am Transaktionstag angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode sowie unter Abzug von Wertminderungen bewertet (LaR). Zu Wertminderungen und Wertaufholungen verweisen wir auf das Kapitel „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“.

Finanzinstrumente der Kategorie LaR zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt. Ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale - afs)

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die entweder als afs kategorisiert wurden oder keiner der anderen dargestellten Kategorien zugeordnet wurden.

Als afs kategorisierte Vermögenswerte werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert am Handelstag angesetzt und in der Folge mit dem beizulegenden Zeitwert am jeweiligen Bilanzstichtag bewertet. Gewinne und Verluste aus der Folgebewertung werden ergebnisneutral im Other Comprehensive Income (OCI) erfasst. Einer nachhaltigen Minderung des beizulegenden Zeitwerts wird durch eine erfolgswirksam erfasste Wertminderung Rechnung getragen. Zu jedem Bilanzstichtag wird überprüft, ob objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswertes vorliegen. Im Falle von Schuldinstrumenten werden die Kriterien für Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände zugrunde gelegt. Im Falle von Eigenkapitalinstrumenten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind, wird ein wesentlicher oder andauernder Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten dieser Eigenkapitalinstrumente als Indikator dafür angesehen, dass die Eigenkapitalinstrumente wertgemindert sind. Wenn ein derartiger Hinweis existiert, wird der kumulierte Verlust aus dem Eigenkapital ausgebucht und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht. Insoweit in einer Folgeperiode der beizulegende Zeitwert eines Schuldinstruments, welches als zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert klassifiziert wurde, sich erhöht und diese Erhöhung aus Umständen resultiert, die nach der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst.

Als afs kategorisierte Vermögenswerte sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern das Management nicht die Absicht hat, sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu veräußern.

4.11 Derivative Finanz- und Sicherungsinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangsbewertung zu ihrem beizulegenden Zeitwert, der ihnen am Tag des Vertragsabschlusses beizumessen ist, bewertet. Die Folgebewertung erfolgt ebenfalls zum am jeweiligen Bilanzstichtag geltenden

beizulegenden Zeitwert. Die Methode zur Erfassung von Gewinnen und Verlusten ist davon abhängig, ob das derivative Finanzinstrument als Sicherungsinstrument designiert wurde und, falls ja, von der Art des abgesicherten Postens. Der Konzern designiert Devisenderivate sowie bis zum 30. Juni 2010 Zinsderivate als Sicherung gegen bestimmte, mit einem bilanzierten Vermögenswert oder einer bilanzierten Verbindlichkeit oder einer erwarteten und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Transaktion verbundene Risiken, schwankender Zahlungsströme (Cashflow-Hedge).

Der SWH-Konzern dokumentiert bei Abschluss der Transaktion die Sicherungsbeziehung zwischen Sicherungsinstrument und Grundgeschäft, das Ziel seines Risikomanagements sowie die zugrunde liegende Strategie beim Abschluss von Sicherungsgeschäften. Darüber hinaus findet zu Beginn der Sicherungsbeziehung und fortlaufend in der Folge eine Dokumentation der Einschätzung statt, ob die in der Sicherungsbeziehung eingesetzten Derivate die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Cashflows der Grundgeschäfte hocheffektiv kompensieren.

Die beizulegenden Zeitwerte der verschiedenen derivativen Finanzinstrumente, die zu Sicherungszwecken eingesetzt werden, sind in „Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte“ aufgeführt. Bewegungen der Rücklage für Cashflow-Hedges werden in der Gesamtergebnisrechnung dargestellt. Der volle beizulegende Zeitwert der als Sicherungsinstrumente designierten derivativen Finanzinstrumente wird als langfristiger Vermögenswert beziehungsweise langfristige Verbindlichkeit ausgewiesen, sofern die Restlaufzeit des gesicherten Grundgeschäfts zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt, und als kurzfristiger Vermögenswert beziehungsweise Verbindlichkeit, sofern die Restlaufzeit kürzer ist. Zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als kurzfristige Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Cashflow-Hedge

Der effektive Teil von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die für eine Absicherung des Cashflows bestimmt sind und als Cashflow-Hedge qualifiziert werden können, wird erfolgsneutral erfasst. Der ineffektive Teil derartiger Wertänderungen wird dagegen direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Sonstige (Verluste)/Gewinne – netto“ erfasst. Im Eigenkapital abgegrenzte Beträge werden in der Periode in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht und als Ertrag oder Aufwand erfasst, in der das abgesicherte Grundgeschäft erfolgswirksam wird. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der effektiven Sicherung variabel verzinslicher Kredite mit Zinsswaps wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Finanzierungserträgen beziehungsweise Finanzierungsaufwendungen erfasst. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus dem ineffektiven Teil wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Sonstige (Verluste)/Gewinne – netto“ ausgewiesen.

Wenn ein Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert wird oder nicht mehr die Kriterien zur Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllt, verbleibt der bis dahin im Eigenkapital kumulierte Gewinn oder Verlust im Eigenkapital und wird erst dann erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn die ursprünglich gesicherte, zukünftige Transaktion eintritt. Wird der Eintritt der zukünftigen Transaktion nicht länger erwartet, sind die im Eigenkapital erfassten kumulierten Gewinne oder Verluste sofort in die Gewinn- und Verlustrechnung umzubuchen.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Derivate

Derivate werden teils nicht in Sicherungsbeziehungen einbezogen oder eignen sich nicht für eine solche. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts solcher Derivate werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

4.12 Vorräte

Vorräte sind Vermögenswerte,

(a) die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden (fertige Erzeugnisse und Waren);

(b) die sich in der Herstellung für einen solchen Verkauf befinden (unfertige Erzeugnisse und Leistungen); oder

(c) die als Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe dazu bestimmt sind, bei der Herstellung oder der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht zu werden.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Nettoveräußerungswert angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die Vollkosten; sie werden auf der Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Die Herstellungskosten enthalten neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich fertigungsbedingter Abschreibungen und Aufwendungen für die Altersversorgung. Bei Vorräten, die qualifizierte Vermögenswerte darstellen, werden die damit verbundenen Fremdkapitalkosten in die Anschaffungs- oder Herstellungskosten einbezogen, sofern die in IAS 23 (revised 2007) niedergelegten Vorschriften zur Anwendung kommen. Der Nettoveräußerungswert stellt den geschätzten Verkaufspreis der Vorräte abzüglich aller geschätzten Aufwendungen dar, die für die Fertigstellung und Veräußerung notwendig sind.

Für die Bewertung des Vorratsvermögens wird in der Regel die Durchschnittsbewertung angewendet. Soweit bei früher abgewerteten Vorräten der Nettoveräußerungswert gestiegen ist, wird die daraus resultierende Wertaufholung als Minderung des Materialaufwandes beziehungsweise Bestandsveränderung erfasst.

4.13 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode sowie unter Abzug von Wertminderungen bewertet. Eine Wertminderung bei Ausleihungen und Forderungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Die Kriterien, nach denen der Konzern feststellt, dass ein objektiver Hinweis auf einen eingetretenen Wertminderungsaufwand vorliegt, sind unter anderem wesentliche finanzielle Schwierigkeiten eines Vertragspartners oder ein Vertragsbruch sowie z.B. die Nichteinhaltung oder Nichtzahlung von Zins- oder Kapitalbeträgen. Die Höhe der Wertminderung bemisst sich als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dieser Forderung, diskontiert mit dem Effektivzinssatz. Die Wertminderung wird erfolgswirksam erfasst. Wenn sich der Betrag der Wertminderung in einer Folgeperiode reduziert und diese Reduzierung aus Umständen resultiert, die nach der erstmaligen Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst.

4.14 Eigenkapital

Eigenkapitalinstrumente werden in Abhängigkeit des wirtschaftlichen Gehaltes des zu Grunde liegenden Vertrages eingeordnet. Als Eigenkapitalinstrumente gelten alle Verträge, die einen Residualanspruch an den Vermögenswerten nach Abzug der Schulden begründen.

Das Kapitalmanagement des SWH-Konzerns basiert auf der Sicherstellung der Unternehmensfortführung sowie auf einer adäquaten Verzinsung des Eigenkapitals. Die strategische Ausrichtung des Konzerns begründet dabei die Rahmenbedingungen für ein optimales Kapitalmanagement. Eine langfristige Wertsteigerung im Interesse von Anteilseignern, Mitarbeitern und Kunden steht dabei im Vordergrund. Erreicht werden soll dies durch eine kontinuierliche Verbesserung des Ergebnisses, z.B. durch Effizienzverbesserungen. Dabei besteht die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen Geschäfts- und

Finanzrisiken einerseits und finanzieller Flexibilität andererseits. Insbesondere durch eine optimierte Einschätzung diverser Finanzrisiken (siehe Abschnitt „Finanzrisikomanagement“), welche sich positiv auf das Finanzprofil des Konzerns auswirkt, soll dieser Ausgleich gewährleistet werden.

Der Anteil an der SWH, der durch die Thüga AG, München, gehalten wird, auf welchen der SWH-Konzern mittelbar einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann, wurde im Rahmen der Konsolidierung nicht eliminiert.

4.15 Altersversorgungspläne

Im SWH-Konzern existieren sowohl beitragsorientierte als auch leistungsorientierte Pensionspläne.

Beitragsorientierte Pensionspläne

Alle tarifgebundenen Mitarbeiter der SWH sind bei der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der Stadt Hannover pflichtversichert. Die ZVK arbeitet nach dem Prinzip der Umlage, d.h. es wird kein Kapital gebildet, vielmehr werden die jeweils laufenden Rentenzahlungen durch laufende Umlagen finanziert. Die Umlagen werden nach den versorgungspflichtigen Entgelten der einzelnen Begünstigten so bemessen, dass unter Einbeziehung der Erträge etwaiger vorhandener Kapitalanlagen die laufenden Versorgungszahlungen gedeckt werden können. Im Falle einer Unterdeckung des Plans ist der Arbeitgeber verpflichtet, diese Unterdeckung auszugleichen. Die Nachschusspflicht wird von der ZVK ermittelt und verursachungsunabhängig auf die Mitglieder umgelegt. Nachschussbeträge wurden im Geschäftsjahr von der ZVK nicht erhoben. Die ZVK erhebt allerdings seit 2003 ein Sanierungsgeld, das verursachungsunabhängig ermittelt wird und dazu dient, zusätzlichen Finanzbedarf abzudecken.

Da weder eine versicherungsmathematische Schätzung der zukünftigen Zahlungsverpflichtung aufgrund der verursachungsunabhängigen Schlüsselung der Umlage und der fehlenden eindeutigen Zuordnung der von einem Beteiligten zu zahlenden Umlage auf seine versicherten Mitarbeiter möglich ist, noch die Ermittlung der zukünftigen Zahlungen, die sich am relativen zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der einzelnen Beteiligten orientieren, wird der Plan nicht als leistungsorientiert, sondern als beitragsorientiert nach IAS 19.30a behandelt. Die Beiträge an die ZVK werden im Geschäftsjahr sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.

Leistungsorientierte Pensionspläne

Ein leistungsorientierter Plan ist ein Pensionsplan, der den Betrag an Pensionsleistungen festschreibt, den ein Mitarbeiter bei Renteneintritt erhalten wird. Bei leistungsorientierten Plänen trägt der Arbeitgeber das versicherungsmathematische Risiko und das Anlagerisiko. Im SWH-Konzern bestehen unmittelbare Pensionsverpflichtungen aufgrund von Einzelzusagen und früherer tarifvertraglicher Regelungen. Für die Höhe der jeweiligen Versorgungsleistungen sind grundsätzlich die Höhe der Vergütung sowie die Dauer der Dienstzugehörigkeit maßgeblich.

Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung für leistungsorientierte Pläne wird gem. IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Project-Unit-Credit-Methode) berechnet. Hierbei werden nicht nur die am Stichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt. Versicherungsmathematische Verluste werden, soweit sie 10,0 % des höheren Betrags aus dem Verpflichtungsumfang und dem Zeitwert des Planvermögens übersteigen, über die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der Belegschaft erfolgswirksam erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen sind durch den Pensionssicherungsverein aG (PSVaG) gegen Insolvenz geschützt.

Altersteilzeit

Für Mitarbeiter der SWH sowie der KWM bestehen zur Regelung der Altersteilzeitarbeit verschiedene Betriebsvereinbarungen, die einem bestimmten Kreis von Mitarbeitenden einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in die Altersrente ermöglichen. Die Zustimmung des Arbeitgebers ist dazu erforderlich. Grundsätzlich werden die Altersteilzeitvereinbarungen nach dem sogenannten Blockmodell geschlossen. Die Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Die beitrags- und leistungsorientierten Pläne sowie die Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden in dem Abschnitt „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ weitergehend erläutert.

4.16 Sonstige Rückstellungen

Alle übrigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, welche zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Rückstellungen werden gebildet, wenn ihnen eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber Dritten zu Grunde liegt. Die Rückstellungen werden mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Erstattungsansprüchen saldiert. Bei einer wesentlichen Wirkung von Zinseffekten wird der Barwert der zu erwartenden Ausgaben angesetzt.

Die Rückstellungen für Altlasten und Rekultivierung wurden auf Basis gutachterlicher Stellungnahmen und eigener Kostenermittlungen gebildet. Alle langfristigen Rückstellungen werden zum Barwert angesetzt. Die Aufzinsung der Rückstellungen wird im Finanzergebnis ausgewiesen. Die sonstigen Rückstellungen werden im Abschnitt „Sonstige Rückstellungen“ erläutert.

4.17 Finanzielle Verbindlichkeiten

Der SWH-Konzern unterteilt seine finanziellen Verbindlichkeiten in die nachfolgend dargestellten Kategorien des IAS 39.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (financial liabilities at fair value through profit or loss - FLFVPL)

Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeordnet, sofern sie entweder mit kurzfristiger Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden oder vom Management entsprechend designiert wurden. Diese Kategorie beinhaltet in der Subkategorie held for trading (hft) sämtliche Derivate mit negativem Marktwert. Die fair value-Option wird im SWH-Konzern nicht angewandt.

Finanzinstrumente der Kategorie hft werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und in der Folge mit dem beizulegenden Zeitwert am jeweiligen Bilanzstichtag bewertet. Gewinne und Verluste aus der Folgebewertung werden ergebniswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden als kurzfristige Positionen ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (other liabilities - OL)

Diese Kategorie beinhaltet nicht-derivative finanzielle Verbindlichkeiten wie z.B. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Darlehen sowie Finanzverbindlichkeiten.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Gehalt des zu Grunde liegenden Vertrages eingeordnet. Sie werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. In den Folgeperioden werden sie grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet; jede

Differenz zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem Rückzahlungsbetrag wird dann über die Laufzeit der Ausleihung unter Anwendung der Effektivzinsmethode verteilt. In den Anwendungsbereich der Effektivzinsmethode fällt auch das Genussscheinkapital.

Finanzverbindlichkeiten werden als kurzfristige Verbindlichkeiten klassifiziert, sofern die Begleichung der Verbindlichkeit innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag erfolgen wird.

4.18 Sonstiges zu Finanzinstrumenten

Aus Wertpapierspezialfonds gemäß SIC-12 i.V.m. IAS 27 resultierende Wertpapiere werden auf Grundlage des IAS 39 als afs kategorisierte finanzielle Vermögenswerte erfolgsneutral zu ihrem Marktwert am Bilanzstichtag bewertet. Aus der Konsolidierung von Wertpapierspezialfonds resultierende Derivate werden als hft erfolgswirksam mit ihrem Marktwert am Bilanzstichtag bewertet. Zum Abschlussstichtag werden entsprechende Werthaltigkeitsüberprüfungen vorgenommen.

4.19 Ertragsteuern

Die SWH und deren Tochterunternehmen GKH, GKL, eNG und eCG (Organgesellschaften) bilden mit der VVG (Organträgerin) eine ertragsteuerliche Organschaft. Dabei erfolgt eine Einkommenszurechnung von der Organgesellschaft auf den Organträger. Ausgleichszahlungen an fremde Gesellschafter werden von der Gesellschaft selbst versteuert.

Dagegen gehören die konsolidierten Tochterunternehmen KWM und NGL sowie der Teilkonzern Danpower nicht dem beschriebenen Organkreis an. Diese Gesellschaften unterliegen einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von ca. 437,0 %. Die Körperschaftsteuer beträgt seit dem 1. Januar 2008 unverändert 15,0 % zuzüglich eines unveränderten Solidaritätszuschlags von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer.

4.20 Latente Steuern

Auf Ebene der SWH entstehen aufgrund des bestehenden Organschaftsverhältnisses zur VVG und der damit verbundenen Einkommenszurechnung keine Steuerlatenzen. Die SWH folgt damit der sogenannten formalen Betrachtungsweise. Latente Steuern fallen daher nur bei Gesellschaften außerhalb des Organkreises an. Hierzu zählen die KWM, die NGL und die Gesellschaften des Danpower-Teilkonzerns.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeiten-Methode. Danach werden temporäre Differenzen zwischen dem Buchwert in der Konzern-Bilanz und dem beizulegenden Betrag eines Vermögenswertes oder einer Schuld für steuerliche Zwecke (steuerlicher Wertansatz) bilanziert. Die Bewertung erfolgt anhand von Steuersätzen, die am Bilanzstichtag gelten oder die bei einer zukünftig wahrscheinlich eintretenden Be- und/oder Entlastung zum Zeitpunkt der Realisation der Steuerforderung (aktive latente Steuern) beziehungsweise Begleichung der Steuerschuld (passive latente Steuern) erwartet werden.

Latente Steuerforderungen auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge und steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zeit ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird oder passive latente Steuern in entsprechender Höhe vorhanden sind, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht.

4.21 Eventualschulden

Eventualschulden sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder bereits bestehende Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualschulden werden in der Bilanz – soweit nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übernommen – nicht erfasst. Die im Anhang angegebenen Verpflichtungen der Eventualschulden entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

4.22 Wesentliche Annahmen und Schätzungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen im Konzern und den Ausweis und die Bewertung beeinflussen können. Die Schätzungen basieren auf Erfahrungen der Vergangenheit und weiteren Erkenntnissen über zu bilanzierende Geschäftsvorfälle. Die tatsächlichen Beträge können von diesen Schätzungen abweichen.

Die Schätzungen und zugrunde liegenden Annahmen werden fortlaufend überprüft. Anpassungen hinsichtlich der für die Rechnungslegung relevanten Schätzungen werden in der Periode der Änderung berücksichtigt, sofern die Änderungen ausschließlich diese Periode beeinflussen. Sofern die Änderungen sowohl die aktuelle Berichtsperiode als auch zukünftige Perioden betreffen, werden diese in der laufenden Periode und in späteren Perioden berücksichtigt.

Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Impairment-Tests geprüft. Im Rahmen dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Ferner ist zur Ermittlung des erzielbaren Betrags ein angemessener Diskontierungszinssatz zu wählen. Eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation in der Zukunft kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse beziehungsweise des Diskontierungszinssatzes und somit gegebenenfalls zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Die Ermittlung des Barwerts von Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen ist maßgeblich abhängig von der Auswahl des Abzinsungssatzes, der zum Ende eines jeden Jahres neu ermittelt wird. Darüber hinaus beziehen sich die wesentlichen Annahmen und Schätzungen auf die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen, die Festlegung wirtschaftlicher Nutzungsdauern sowie erzielbarer Restwerte von Gegenständen des Sachanlagevermögens. Die ermittelten Nutzungsdauern und Restwerte werden mindestens einmal jährlich geprüft. Einzelheiten zu Nutzungsdauern und Restwerten von Gegenständen des Sachanlagevermögens sind im Abschnitt „Sachanlagen“ dargestellt. Im Rahmen der Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen sind die identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Dabei werden regelmäßig Cashflow-basierte Verfahren eingesetzt, die in Abhängigkeit von den zugrunde liegenden Annahmen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Insbesondere unterliegen die Einschätzung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von immateriellen Vermögenswerten sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Eventualschulden Unsicherheiten.

Im Geschäftsjahr 2010 erfolgten im SWH-Konzernabschluss folgende Schätzungsänderungen:

Bei den sonstigen Rückstellungen wurden neben der Änderung der Zinssätze teilweise Änderungen der Schätzungen über die Laufzeit einzelner sonstiger Rückstellungen sowie Preisanpassungen vorgenommen. Durch genauere Informationen über die künftige zeitliche Erfüllung der Verpflichtungen verkürzten oder verlängerten sich die durchschnittlichen Laufzeiten einzelner sonstiger Rückstellungen. Dies wirkte sich durch die Aufzinsung insgesamt bestandserhöhend aus. Aus der Anpassung des Zinssatzes bei den sonstigen Rückstellungen ergibt sich ein Zinseffekt von TEUR 959 (Vorjahr: TEUR 746). Der Gesamteffekt aus Schätzungsänderungen beträgt TEUR 276 (Vorjahr: TEUR 3.776).

5. Risikomanagement

5.1 Finanzrisikomanagement

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der SWH-Konzern verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt: dem Marktpreisrisiko (beinhaltet das Fremdwährungsrisiko, das Zinsrisiko (zinsbedingtes Risiko aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sowie der Cashflows), das Commoditypreisrisiko sowie sonstige Marktpreisrisiken), dem Kreditrisiko und dem Liquiditätsrisiko. Das übergreifende Finanzrisikomanagement des Konzerns ist auf die Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen an den Finanzmärkten fokussiert und zielt darauf ab, die potenziell negativen Auswirkungen auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren. Der SWH-Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente, um sich gegen Marktrisiken abzusichern. Zins- und Währungsderivate werden ausschließlich mit Kreditinstituten erstklassiger Bonität abgeschlossen. Derivate im Energiehandel werden ausschließlich mit Kontrahenten abgeschlossen, die nach dem internen Rating des Konzerns als solche zugelassen sind.

Die Rahmenbedingungen zum finanziellen Risikomanagement (z.B. Limitwesen, Produkte) werden durch den Vorstand des SWH-Konzerns in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat festgelegt. Der Vorstand erteilt schriftlich sowohl die Vorgaben für das bereichsübergreifende Finanzrisikomanagement, als auch Richtlinien für bestimmte Bereiche, wie z.B. den Umgang mit den Marktpreisrisiken, dem Fremdwährungsrisiko, dem Zins- und Kreditrisiko, dem Einsatz derivativer und originärer Finanzinstrumente sowie die Anlage von Liquiditätsüberschüssen. Das Commodity-Risikomanagement erfolgt im Wesentlichen durch die Revisionsabteilung. Das Risikomanagement weiterer finanzieller Risiken, wie unter anderem den Risiken aus Financial Covenants erfolgt durch die jeweiligen Fachbereichsleiter der SWH entsprechend der vom Vorstand verabschiedeten Richtlinien. Die Revisionsabteilung beziehungsweise die jeweiligen Fachbereiche identifizieren, bewerten und sichern finanzielle Risiken in enger Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten des Konzerns.

5.1.1 Marktpreisrisiko und Sensitivitätsanalyse

Zu einer der Hauptaufgaben des Finanzrisikomanagements zählt das Management von Marktpreisrisiken. Zur Darstellung von Marktpreisrisiken fordert der IFRS 7 Sensitivitätsanalysen, die anhand hypothetischer Änderungen relevanter Risikovariablen die Effekte auf das Konzernergebnis nach Steuern sowie das Eigenkapital darstellen. Die periodischen Auswirkungen werden bestimmt, indem die hypothetischen Änderungen der Risikovariablen auf den Bestand der Finanzinstrumente zum Abschlussstichtag bezogen werden. Dabei wird unterstellt, dass der Bestand zum Abschlussstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

<u>Fremdwährungsrisiko</u>

Fremdwährungsrisiken entstehen, wenn zukünftige Geschäftstransaktionen oder bilanzierte Vermögenswerte und Schulden auf eine Währung lauten, die nicht der funktionalen Währung des Unternehmens entspricht (funktionale Währung aller Gesellschaften des SWH-Konzerns ist der Euro). Fremdwährungsrisiken der SWH entstehen im Wesentlichen aus operativen Tätigkeiten. Einige Konzernunternehmen haben geplante Zahlungen außerhalb ihrer funktionalen Währung. Diese betreffen grundsätzlich USD-Zahlungen aus dem Einkauf von Rohstoffen (Kohle).

Zur Sicherung dieser Fremdwährungsrisiken werden im SWH-Konzern Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Die Devisentermingeschäfte werden überwiegend in ein Hedge Accounting gemäß IAS 39 einbezogen. Die Marktwertänderungen der Geschäfte werden, soweit sie effektiv sind, im Eigenkapital und, soweit sie ineffektiv sind, erfolgswirksam ausgewiesen. Wechselkursschwankungen haben bei Devisentermingeschäften zum Teil Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Wäre der USD gegenüber dem Euro zum 31. Dezember 2010 um 10,0 % aufgewertet beziehungsweise abgewertet gewesen, wären der Nachsteuergewinn, sofern alle anderen

Variablen konstant geblieben wären, für das Gesamtjahr um TEUR 455 niedriger beziehungsweise TEUR 588 höher (31. Dezember 2009: TEUR 1.977 niedriger beziehungsweise TEUR 2.218 höher) und das übrige kumulierte Eigenkapital (OCI) um TEUR 15.481 niedriger beziehungsweise um TEUR 18.889 höher (31. Dezember 2009: TEUR 6.921 niedriger beziehungsweise TEUR 9.858 höher) gewesen.

Zinsrisiko

Der SWH-Konzern unterliegt einem Zinsrisiko aus variabel verzinslichen Positionen (Cashflow-Zinsrisiko; z.B. variabel verzinsliche Darlehen und Rentenpapiere) sowie aus festverzinslichen Positionen (fair value-Zinsrisiko; z.B. verzinsliche Wertpapiere, die als afs kategorisiert werden). Der SWH-Konzern unterliegt diesen Zinsrisiken ausschließlich im Euroraum. Die zinstragenden Finanzinstrumente werden sowohl in die ergebniswirksamen als auch die ergebnisneutralen Sensitivitätsberechnungen einbezogen.

Um die Auswirkungen von Zinsschwankungen zu minimieren, steuert der SWH-Konzern Zinsrisiken durch den laufenden Abschluss von Zinsderivaten (Payer- und Receiver Zinsswaps sowie Payer-Swap-Options). Die Zinsswaps wurden bis zum 30. Juni 2010 zum Teil in ein Hedge Accounting gemäß IAS 39 einbezogen. Die Marktzinsänderungen haben bei einem Zinsswap Auswirkungen auf das Eigenkapital (OCI) und das Finanzergebnis (Cashflow- und fair value-Zinsrisiko) und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Wäre das Zinsniveau am 31. Dezember 2010 um 100 Basispunkte höher beziehungsweise niedriger gewesen, wäre der Nachsteuergewinn, sofern alle anderen Variablen konstant geblieben wären, für das Gesamtjahr um TEUR 49.850 höher (31. Dezember 2009: TEUR 32.718) beziehungsweise um TEUR 57.969 niedriger (31. Dezember 2009: TEUR 39.219) und das übrige kumulierte Eigenkapital (OCI) um TEUR 1.614 niedriger (31. Dezember 2009: TEUR 6.921) beziehungsweise um TEUR 1.531 höher (31. Dezember 2009: TEUR 6.725) ausgefallen. Die Auswirkungen auf den Nachsteuergewinn wären im Wesentlichen auf das fair value-Risiko aus Zinsswaps zurückzuführen gewesen.

Commoditypreisrisiko

Aufgrund seiner Geschäftstätigkeit ist der SWH-Konzern Preisänderungsrisiken aus Commodities (z.B. Strom, Gas, Kohle, Öl) ausgesetzt. Die Quantifizierung der Commoditypreisrisiken im Energiehandel erfolgt durch die Ermittlung eines 1-Tages Value-at-Risk (VaR) bei einem Konfidenzintervall von 99,0 %. Für Commoditypreisrisiken im Energiehandel aus Transaktionen zu Handelszwecken werden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Aufgrund des nur unwesentlichen Bestands an CO_2-Zertifikaten zu Handelszwecken wurde auf eine Sensitivitätsanalyse verzichtet.

Zur Begrenzung von Commoditypreisrisiken gibt der Vorstand des SWH-Konzerns dem Energiehandel jährlich einen Handlungsrahmen in Form einer Limitstruktur vor (z.B. Verlustlimits und VaR-Limits). Die Überwachung der Limits sowie die monatliche Risikoberichterstattung an den Vorstand erfolgen durch das Risikocontrolling des SWH-Konzerns.

Zur Absicherung der Commodityrisiken werden Preissicherungsderivate eingesetzt (im Wesentlichen Öl-Swaps). Die Geschäfte werden durch entsprechende Planungen unterlegt und sind nicht in ein Hedge Accounting gemäß IAS 39 einbezogen. Wertänderungen werden vollständig erfolgswirksam ausgewiesen und daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Wäre der Ölpreis am 31. Dezember 2010 um Euro 1,00 pro Tonne höher beziehungsweise niedriger gewesen, wären der Nachsteuergewinn und der Marktwert der Öl-Derivate, sofern alle anderen Variablen konstant geblieben wären, für das Gesamtjahr um TEUR 86 (31. Dezember 2009: TEUR 969) höher beziehungsweise niedriger ausgefallen.

Wäre der Strompreis am 31. Dezember 2010 um Euro 1,00 pro MWh höher beziehungsweise niedriger gewesen, wäre der Nachsteuergewinn und der Marktwert der Stromhandelsderivate, sofern alle anderen Variablen konstant geblieben wären, für das

Gesamtjahr um TEUR 505 (31. Dezember 2009: TEUR 369) höher beziehungsweise niedriger ausgefallen.

Wäre der Gaspreis am 31. Dezember 2010 um Euro 1,00 pro MWh höher beziehungsweise niedriger gewesen, wäre der Nachsteuergewinn und der Marktwert der Gashandelsderivate, sofern alle anderen Variablen konstant geblieben wären, für das Gesamtjahr um TEUR 677 (31. Dezember 2009: TEUR 20) höher beziehungsweise niedriger ausgefallen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Der SWH-Konzern hält Eigenkapitalbeteiligungen, die in der Konzernbilanz als afs kategorisiert wurden. Da es sich bei den Eigenkapitalbeteiligungen jedoch um nicht börsennotierte Anteile an GmbHs handelt, deren Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt, ist der SWH-Konzern keinem direktem Kursrisiko ausgesetzt.

Der SWH-Konzern hält, aufgrund der Konsolidierung der Spezialfonds, Wertpapiere (Eigen- und Fremdkapitaltitel), die als afs kategorisiert werden. Neben einem Zinsrisiko (siehe Abschnitt „Zinsrisiko“) unterliegt der SWH-Konzern einem Aktienkursrisiko sowie einem Kursrisiko aus Publikumsfonds. Wäre der Marktwert der in den Fonds enthaltenen Aktien am 31. Dezember 2010 um 10,0 % auf- beziehungsweise abgewertet gewesen, wäre das OCI um TEUR 178 (31. Dezember 2009: TEUR 250) höher beziehungsweise niedriger gewesen.

Des Weiteren unterliegt der SWH-Konzern einem Kursrisiko aus den gehaltenen Geldmarktfonds zur Altersteilzeit. Kurs- beziehungsweise Marktwertänderungen dieser Finanzinstrumente haben Auswirkungen auf das OCI und werden deshalb bei der ergebnisneutralen Sensitivitätsanalyse berücksichtigt.

Wäre der Marktwert der ATZ-Fonds am 31. Dezember 2010 um 3,0 % auf- beziehungsweise abgewertet gewesen, wäre das OCI um TEUR 107 (31. Dezember 2009: TEUR 125) höher beziehungsweise niedriger gewesen.

5.1.2 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko (Ausfallrisiko) des SWH-Konzerns besteht im Wesentlichen aus dem Risiko, dass Forderungen nicht beglichen werden (Kreditrisiko originärer finanzieller Vermögenswerte), dem Risiko, dass ein Derivat mit positivem Marktwert nicht durch den Kontrahenten erfüllt wird (Wiedereindeckungsrisiko derivativer finanzieller Vermögenswerte) sowie dem Risiko, dass ein Kontrahent aus dem Energiehandel seiner Zahlung oder Lieferung nicht nachkommt (Kontrahentenrisiko).

Das Risiko der Forderungsausfälle hat auch nach der Finanzmarktkrise eine hohe Bedeutung. Um dieses Risiko möglichst gering zu halten, erfolgt eine verstärkte zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge. Zusätzlich werden für größere Kunden des Energiehandels Bonitätsprüfungen durchgeführt, um frühzeitig auf negative Entwicklungen reagieren zu können.

Das maximale Ausfallrisiko der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte wird durch die Summe der Buchwerte abgebildet (IFRS 7.36a). Dabei werden rechtlich durchsetzbare Aufrechnungsmöglichkeiten zwischen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bestehende Sicherheiten bleiben dagegen unbeachtet.

Bei den abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten beschränkt sich das maximale Ausfallrisiko auf die Summe aller positiven Marktwerte dieser Instrumente, da bei Nichterfüllung seitens der Vertragspartner Vermögensverluste nur bis zu dieser Höhe entstehen würden.

Zur Sicherung eventueller Ausfallrisiken im Zusammenhang mit finanziellen Vermögenswerten hielt der SWH-Konzern im Geschäftsjahr keine Sicherheiten; sonstige Kreditverbesserungen ergaben sich nicht (IFRS 7.36b und IFRS 7.37c). Im Geschäftsjahr wurden keine Sicherheiten in Anspruch genommen (IFRS 7.38).

Am Bilanzstichtag hat der SWH-Konzern geleistete Sicherheiten in Höhe von TEUR 15.600 (Vorjahr: TEUR 17.889) aktiviert (IFRS 7.14). Diese umfassen unter anderem geleistete Sicherheiten in Zusammenhang mit dem Abschluss von Börsentermingeschäften an der European Energy Exchange (Initial Margins). Dabei handelt es sich um Bareinzahlungen, die bei Abschluss von Strom- und Gasfutures zur Risikosicherung zu leisten sind. Der SWH-Konzern hat die Sicherheitsleistungen in Form von Geld bei einer Clearingbank auf einem Margin Konto hinterlegt. Des Weiteren handelt es sich bei den aktivierten Sicherheiten um Sicherheiten für ausgereichte Kredite.

Die folgenden Tabellen zeigen die Altersstruktur finanzieller Vermögenswerte, aus der das jeweilige Ausfallrisiko ersichtlich wird. Die finanziellen Vermögenswerte werden für die Geschäftsjahre in Klassen dargestellt.

Bilanzstichtag 31.12.2010 **in TEUR**	**Buchwert (im Anwendungsbereich des IFRS 7)**	**davon weder überfällig noch wertgemindert**	**Stand der Wertberichtigungen**	**davon überfällig und nicht wertgemindert**			
				< 30 Tage	**30-90 Tage**	**91-360 Tage**	**> 360 Tage**
Übrige Finanzanlagen	132.461	132.461	0	0	0	0	0
Finanzforderungen (langfristig)	25.841	25.841	0	0	0	0	0
Finanzforderungen (kurzfristig)	36.064	36.064	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	334.041	294.357	14.695	13.347	5.142	10.644	10.551
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (kurzfristig)	52.399	52.399	376	0	0	0	0
Derivative finanzielle Vermögenswerte	79.748	79.748	0	0	0	0	0
Wertpapiere	821	821	0	0	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	68.896	68.896	0	0	0	0	0
	730.271	**690.587**	**15.071**	**13.347**	**5.142**	**10.644**	**10.551**

Bilanzstichtag 31.12.2009 in TEUR	Buchwert (im Anwendungsbereich des IFRS 7)	davon weder überfällig noch wertgemindert	Stand der Wertberichtigungen	davon überfällig und nicht wertgemindert			
				< 30 Tage	30-90 Tage	91-360 Tage	> 360 Tage
Übrige Finanzanlagen	128.834	128.834	0	0	0	0	0
Finanzforderungen (langfristig)	20.380	20.380	0	0	0	0	0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (langfristig)	4.693	4.693	0	0	0	0	0
Finanzforderungen (kurzfristig)	38.243	38.243	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	326.230	315.540	10.197	26	8.101	2.563	0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (kurzfristig)	244.477	244.447	322	0	0	0	0
Derivative finanzielle Vermögenswerte	188.545	188.545	0	0	0	0	0
Wertpapiere	4.156	4.156	0	0	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	44.980	44.980	0	0	0	0	0
	1.000.538	**989.818**	**10.519**	**26**	**8.101**	**2.563**	**0**

Im SWH-Konzern existieren keine finanziellen Vermögenswerte, die überfällig oder wertgemindert wären, wenn die Vertragskonditionen nicht neu ausgehandelt worden wären (IFRS 7.36d).

Das Ausfallrisiko des Konzerns resultiert hauptsächlich aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen und Vermögenswerten. Ausfallrisiken konzentrieren sich im SWH-Konzern, aufgrund seiner Geschäftstätigkeit, auf die Schuldnergruppe Privatkunden. Die bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögenswerte berücksichtigen die Wertberichtigung für voraussichtlich uneinbringliche Forderungen, die auf den Vergangenheitserfahrungen des Managements und Schätzungen des derzeitigen wirtschaftlichen Umfelds des Unternehmens basieren (IFRS 7.37b).

Wertberichtigungen werden unter Berücksichtigung von quantitativen und qualitativen Faktoren auf Einzelfallbasis ermittelt. Die Wertberichtigungen haben sich in den letzten beiden Geschäftsjahren wie folgt entwickelt (IFRS 7.16):

in TEUR	2010	2009
Stand Wertberichtigung 1. Januar	10.519	7.789
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0
Zuführungen	9.964	8.748
Verbrauch	-5.307	-5.854
Auflösung	-105	-164
Stand Wertberichtigung 31. Dezember	**15.071**	**10.519**

Im Geschäftsjahr ergaben sich keine Zahlungszuflüsse (Zins und Tilgung) aus wertgeminderten Forderungen (IFRS 7.20d).

Das Kontrahentenrisiko im Energiehandel wird grundsätzlich dadurch begrenzt, dass für bestehende Kontrahenten sowie vor Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit einem neuen Handelspartner eine Bonitätsanalyse durchgeführt wird. Bei der Bonitätsanalyse handelt es sich um eine konzerninterne Analyse unter Beachtung quantitativer, qualitativer

und energiewirtschaftlicher Kriterien. Sofern diese Analyse nicht durchgeführt wird, wird ein Grobcheck vorgenommen und dem Handelspartner ein Ersthandelslimit zugeordnet (in diesem Fall wird dem Handelspartner eine relativ hohe Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet). Des Weiteren wird dem Handelspartner ein Kontrahentenlimit zugeordnet.

5.1.3 Liquiditätsrisiko

Für Ausführungen zum Liquiditätsrisiko siehe Abschnitt „Verbindlichkeiten“.

5.2 Management sonstiger Risiken

Neben den finanziellen Risiken ergeben sich weitere Risiken wie z.B. operative, regulatorische und IT-Risiken.

Aufgrund der zunehmenden Wettbewerbsintensität ergeben sich Preis- und Absatzrisiken im Strom- und Gasgeschäft. Der SWH-Konzern begegnet diesen Risiken mit der stringenten Verfolgung von Maßnahmen zu Effizienzsteigerungen in den bestehenden Konzernprozessen sowie einer assetgestützten Strategie, in der Eigenerzeugung und Vertrieb ausbalanciert ausgebaut werden.

Des Weiteren verfolgt der SWH-Konzern mit dem Energiehandel auf der Beschaffungsseite primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzugrenzen sowie die Beschaffungspreise zu optimieren. Hieraus können sowohl Risiken bei extremen Marktpreisschwankungen als auch Kreditrisiken resultieren. Spezifische Risikokenngrößen für Markt- und Kreditrisiken werden täglich ermittelt. Entsprechende Limitierungen werden vom Vorstand festgelegt und kontinuierlich überwacht.

Im Netzbereich Strom und Gas bestehen deutliche Ergebnisrisiken durch die regulierenden Eingriffe der Bundesnetzagentur. Risikopositionen werden in den Vorgaben zu den Kalkulationssätzen zur Ermittlung der Netzentgelte gesehen.

Als Betreiber von Kraftwerken mit einer Eigenerzeugung von rund vier Terawattstunden (TWh) steht das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz im besonderen Fokus. Risiken ergeben sich aus dem Wegfall von Zuteilungen für die Zeit ab 2013 in Verbindung mit einem hohen Preis für Emissionszertifikate. Um dem entgegen zu wirken, ist das Management von CO_2-Preisrisiken in die Prozesse zur Kraftwerkseinsatzsteuerung integriert.

Die Prozessabläufe sind maßgeblich von der Informationstechnologie abhängig. Die Verfügbarkeit und Weiterentwicklung der IT-Systeme wird durch qualifizierte Mitarbeiter sichergestellt. Daneben werden mit verschiedenen technischen und organisatorischen Maßnahmen die Risiken aus unberechtigten Datenzugriffen und Datenverlusten gesteuert.

B. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

6. Umsatzerlöse und Energiesteuer

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn das Risiko auf den Kunden übergeht beziehungsweise die Leistung erbracht worden ist. Die von den Gesellschaften des Konzerns unmittelbar gezahlte Energiesteuer wird gesondert ausgewiesen. Die Geschäftsentwicklung wird einschließlich Energiesteuer dargestellt. Die Gesamtumsätze (einschließlich Energiehandelsumsätze) im Geschäftsjahr 2010 betrugen TEUR 2.520.494 (Vorjahr: TEUR 2.868.182). Die Energiesteuer betrifft die von Gesellschaften des Konzerns unmittelbar gezahlte Steuer und beträgt TEUR 98.004 (Vorjahr: TEUR 105.135). Eine Aufgliederung der Umsatzerlöse ist in der Segmentberichterstattung zu sehen.

7. Sonstige betriebliche Erträge

in TEUR	2010	2009
Erwerb KWM	117.211	0
Strom- und Gasfutures	93.999	155.370
Erträge aus der fair value Bewertung von Derivaten	74.796	46.795
Auflösung von Rückstellungen	26.715	12.722
Verkauf Emissionszertifikate	7.004	6.635
Sonstige Finanzgeschäfte	5.935	11.836
Sonstige Erstattungen	5.889	9.820
Auflösung von Investitionszuschüssen und sonstige erhaltene Zuschüsse	5.246	5.991
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen	4.263	25.235
Mieterträge	3.536	3.000
Kantinenumsätze	1.167	1.122
Übrige	16.086	30.413
Sonstige betriebliche Erträge	**361.847**	**308.939**

Die Erträge aus dem Erwerb KWM betreffen in Höhe von TEUR 111.261 den Ertrag aus der Neubewertung des Alt-Anteils an der KWM sowie den bei der Erstkonsolidierung entstandenen passivischen Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 5.950.

Die Erträge des Jahres 2010 aus Strom- und Gasfutures, aus der fair value-Bewertung von Derivaten sowie aus sonstigen Finanzgeschäften wurden neben den Finanzierungsaktivitäten stark durch die Preisentwicklung auf den Commodity-Märkten beeinflusst.

8. Materialaufwand

in TEUR	2010	2009
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	1.785.311	2.182.147
Bezogene Leistungen	99.943	111.828
Materialaufwand	**1.885.254**	**2.293.975**

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogenen Waren umfassen insbesondere den Bezug von Strom und Gas sowie von Brennstoffen für die Stromerzeugung. Die bezogenen Leistungen beinhalten im Wesentlichen Instandhaltungsaufwendungen.

9. Personalaufwand

in TEUR	2010	2009
Löhne und Gehälter	157.512	162.749
davon Abfindungsleistungen	(67)	(283)
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	42.825	40.112
davon Pensionsaufwand - leistungsorientierte Pläne	(361)	(334)
Personalaufwand	**200.337**	**202.861**

Die Ergebnisauswirkung der beitragsorientierten Pläne ist im Abschnitt „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ erläutert.

Im Durchschnitt waren während des Geschäftsjahres 1.889 Angestellte (Vorjahr: 1.873), 919 gewerbliche Arbeitnehmer (Vorjahr: 852) und 135 Auszubildende (Vorjahr: 115) beschäftigt.

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen

in TEUR	2010	2009
Strom- und Gasfutures	134.512	141.742
Aufwendungen aus der fair value Bewertung von Derivaten	90.609	26.491
Konzessionsabgaben	47.133	46.116
Zuführung Rückstellungen	21.946	20.833
Wertberichtigungen auf Forderungen	9.964	8.585
Dienst- und Fremdleistungen	7.847	4.900
Mieten und Pachten	5.916	3.744
Werbung, Inserate, Zuschüsse	4.704	4.698
Abgänge Sachanlagen	4.236	6.059
Rechts- und Beratungskosten	3.680	12.913
Versicherungen	3.264	2.244
Fortbildungskosten	3.200	2.762
Wegenutzungsentgelte	2.994	2.765
Reisekosten, Bewirtung	1.889	4.139
Abgänge Finanzanlagen	1.841	104
Sonstige Steuern	1.824	1.739
Porto, Telefon, Fracht	1.813	2.100
Sonstige Finanzgeschäfte	1.472	2.363
Bürobedarf	876	608
Leasinggebühren	370	2.311
Sonstige	37.680	20.041
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**387.770**	**317.257**

Wie bei den sonstigen betrieblichen Erträgen wurden die Aufwendungen des Jahres 2010 aus Strom- und Gasfutures und der fair value-Bewertung von Derivaten sowie die sonstigen Finanzgeschäfte neben den Schwankungen an den Währungsmärkten und den Finanzierungsaktivitäten stark durch die Preisentwicklung auf den Commodity-Märkten beeinflusst.

Forschungskosten sind nicht angefallen.

11. Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr planmäßig verrechnet und sind im Anlagenspiegel dargestellt.

12. Finanzergebnis

12.1 Übriges Beteiligungsergebnis

in TEUR	2010	2009
Erträge aus Beteiligungen	439	712
Erträge aus sonstigen Gemeinschaftsunternehmen und sonstigen assoziierten Unternehmen	731	484
Übriges Beteiligungsergebnis	**1.170**	**1.196**

12.2 Finanzerträge

in TEUR	2010	2009
Erträge aus Kapitalanlagen	2.471	9.060
Zinserträge von Dritten	1.464	2.137
Zinserträge von Beteiligungen	482	696
Erträge aus Termin- und Tagesgeldzinsen	120	481
Zinserträge von verbundenen Unternehmen	104	449
Erträge aus Swap-Geschäften	0	161
Erträge aus der Anpassung von Rückstellungen	0	3
Finanzerträge	**4.641**	**12.987**

12.3 Finanzaufwendungen

in TEUR	2010	2009
Darlehenszinsen	18.783	14.332
Aufwendungen aus Swap-Geschäften	11.946	5.288
Bewertungsanpassung Genussscheine	8.533	0
Aufzinsung von Rückstellungen	2.806	4.310
Ausschüttung Genussscheinkapital	2.414	2.971
Zinsaufwendungen an Dritte	842	451
Termin- und Tagesgeldzinsen	217	241
Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen	59	64
Zinsaufwendungen an Beteiligungen	47	101
Finanzaufwendungen	**45.647**	**27.758**

Die Bewertungsanpassung der Genussscheine in Höhe von TEUR 8.533 ist auf die geänderte Einschätzung der künftigen Auszahlungen auf die Genussscheine aufgrund der aktualisierten und fortgeschriebenen Unternehmensplanung K2020 zurückzuführen.

13. Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, sind in der folgenden Tabelle dargestellt (IFRS 7.20a):

in TEUR	2010	2009
Ausleihungen und Forderungen (LaR)	-9.259	-8.585
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (afs)	1.212	-721
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (FAFVPL/FLFVPL):		
- Zu Handelszwecken gehalten (hft)	-64.685	39.975
	-72.732	**30.669**

Die Komponenten des Nettoergebnisses setzen sich aus Effekten der fair value-Bewertung, etwaigen Währungsumrechnungen, Wertberichtigungen und Veräußerungsergebnissen zusammen. Zinserträge und Zinsaufwendungen, die nicht als FAFVPL und FLFVPL kategorisiert sind, werden nicht im Nettoergebnis sondern separat ausgewiesen. Das Nettoergebnis für afs-Instrumente beinhaltet TEUR 42 (Vorjahr: TEUR 400) Erträge, die bei Abgang dieser Finanzinstrumente ergebniswirksam aus dem Eigenkapital übertragen wurden.

Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte wurden in Höhe von netto TEUR 647 (Vorjahr: netto TEUR 2.148) direkt im Eigenkapital (OCI) erfasst.

Das Gesamtzinsergebnis aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet wurden, gegliedert nach den IAS 39 Bewertungskategorien, stellt sich wie folgt dar (IFRS 7.20b):

in TEUR	2010	2009
Zinserträge	3.881	11.933
Zinsaufwendungen	-30.895	-18.160
	-27.014	**-6.227**

In den Geschäftsjahren ergaben sich keine Provisionserträge beziehungsweise Provisionsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (IFRS 7.20c).

14. Ertragsteuern

Für das Geschäftsjahr 2010 stellen sich die Ertragsteuern einschließlich der latenten Steuern wie folgt dar:

in TEUR	2010	2009
Laufende Ertragsteuern	7.144	6.653
Erträge aus latenten Steuern	-13.507	-3.008
Aufwendungen aus latenten Steuern	88	581
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**-6.275**	**4.226**

Bei der Analyse der Ertragsteuern ist zu berücksichtigen, dass die SWH und deren Tochterunternehmen GKH, GKL, eNG und eCG mit der VVG eine ertragsteuerliche Organschaft bilden. Dabei erfolgt eine Einkommenszurechnung von der Organgesellschaft auf den Organträger. Ausgleichszahlungen an fremde Gesellschafter werden von der Gesellschaft selbst versteuert.

Die laufenden Ertragsteuern in Höhe von TEUR 7.144 (Vorjahr: TEUR 6.653) stellen somit im Wesentlichen den Steueraufwand auf die an die Minderheits-Aktionäre beziehungsweise an die anderen Gesellschafter des Konzerns zu zahlende Garantiedividende dar.

Im Übrigen unterliegen die entstehenden Ergebnisse der inländischen Ertragsbesteuerung, wobei auf der Grundlage der geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen für die Berechnung des laufenden Steueraufwands ein Steuersatz von insgesamt 32,0 % für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zum Tragen kommt (Vorjahr: 31,5 %). Der Steuersatz wurde im Geschäftsjahr dem Konzernsteuersatz der Organträgerin VVG angepasst. Der Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern basiert zum 31. Dezember 2010 ebenfalls auf einem Steuersatz von 32,0 % (Vorjahr: 31,5 %).

Die Erträge aus latenten Steuern in Höhe von TEUR 13.507 resultieren im Wesentlichen aus der Neubewertung der Anteile von KWM.

Die steuerliche Überleitungsrechnung stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	**2010**	**2009**
Ergebnis vor Ertragsteuern	202.516	166.747
Steuersatz	32,0%	31,5%
Erwarteter Ertragsteueraufwand	64.805	52.525
Effekte aus dem Saldo von Erträgen (-) / Aufwendungen der auf Konzernebene nicht besteuerten Ergebnisbestandteile der SWH	-37.507	-38.090
Effekte aus dem Saldo von Erträgen (-) / Aufwendungen nicht steuerbarer Ergebniseinflüsse aus Konsolidierungsmaßnahmen	-30.105	2.016
Effekte aus abweichenden Steuersätzen	582	-53
Effekte aus steuerlich nicht wirksamen Erträgen	-4.328	-9.323
Effekte aus steuerlich nicht wirksamen Aufwendungen	140	215
Effekte aus Verlustvorträgen	0	-174
Effekte aus Anpassung latenter Steuern	0	-2.875
Effekte aus aperiodischen Steuern	204	141
Effekte aus sonstigen Abweichungen	-66	-156
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	**-6.275**	**4.226**

C. Erläuterungen zur Bilanz

15. Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte

Die Entwicklung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie der immateriellen Vermögenswerte ergibt sich aus der Anlage zum Konzernanhang.

Geschäfts- oder Firmenwert

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen unveränderten Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von insgesamt TEUR 15.056 wurden den Zahlungsmittel generierenden Einheiten (CGU) Contracting (TEUR 12.450) sowie NGL (TEUR 2.606) zugeordnet. Die CGU Contracting beinhaltet die unveränderten Geschäfts- oder Firmenwerte des Danpower Teilkonzerns (TEUR 10.762) sowie der im Geschäftsjahr auf die eCG verschmolzenen WSG (TEUR 1.688).

Nach IFRS 3 unterliegt der Geschäfts- oder Firmenwert keiner planmäßigen Abschreibung, sondern wird mindestens einmal jährlich einem Werthaltigkeitstest auf der Ebene einer Zahlungsmittel generierenden Einheit unterzogen. Darüber hinaus ist bei Vorliegen von Indikatoren für eine Wertminderung zusätzlich eine unterjährige Prüfung vorzunehmen.

Wesentliche Annahmen, auf denen die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten durch das Management beruht, umfassen die Prognosen der Marktpreise für Rohstoffe, künftiger Strom- und Gaspreise auf den Großhandels- und Endverbrauchermärkten, der unternehmensbezogenen Investitionstätigkeit, der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von Diskontierungszinssätzen. Die internen Prognosen basieren auf externen Informationen zu den allgemeinen Marktdaten und eigenen Analysen.

Da im Geschäftsjahr 2010 die beizulegenden Zeitwerte abzüglich der Veräußerungskosten über den entsprechenden Buchwerten der Zahlungsmittel generierenden Einheiten lagen, waren wie im Vorjahr im Rahmen der Werthaltigkeitstests keine Abwertungen der Geschäfts- oder Firmenwerte erforderlich.

Immaterielle Vermögenswerte

In den immateriellen Vermögenswerten werden neben den Geschäfts- oder Firmenwerten in Höhe von TEUR 15.056 im Wesentlichen Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte (TEUR 61.015; Vorjahr: TEUR 8.037) sowie die im Rahmen von Unternehmenserwerben erworbenen Kundenbeziehungen und vorteilhaften Verträge ausgewiesen (TEUR 25.294; Vorjahr: TEUR 27.342). Letztere haben eine Restnutzungsdauer zwischen sechs und 17 Jahren.

Der Anstieg der Konzessionen, gewerblichen Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte ist im Wesentlichen auf die im Rahmen des Erwerbs der KWM in den immateriellen Vermögenswerten erfassten Rechte auf kostenlosen Bezug von Emissionszertifikaten zurückzuführen (TEUR 77.969), die über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben werden.

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind daher im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26.378 auf TEUR 31.606 gestiegen. Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte haben sich wie im Vorjahr nicht ergeben.

Entwicklungskosten lagen sowohl im Jahr 2010 als auch im Vorjahr nicht vor.

Für die ausgewiesenen immateriellen Vermögenswerte bestehen weder Verfügungsbeschränkungen noch wurden diese als Sicherheiten für Verbindlichkeiten ausgereicht.

16. Sachanlagen

Die Entwicklung der Sachanlagen ergibt sich aus der Anlage zum Konzernanhang.

Die Sachanlagen erhöhten sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der KWM in den SWH-Konzernabschluss.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Fremdkapitalkosten, die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von qualifizierten Vermögenswerten angefallen sind, aktiviert.

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 99.098 (Vorjahr: TEUR 79.814). Abwertungen auf Sachanlagen waren im Geschäftsjahr ebenso wie im Vorjahr nicht vorzunehmen. Zuschreibungen waren im Geschäftsjahr wie im Vorjahr nicht erforderlich.

Anlagen im Bau beinhalten den Betrag an Ausgaben, der im Buchwert einer Sachanlage während ihrer Erstellung erfasst wird.

Die ausgewiesenen Sachanlagen wurden weder als Sicherheiten für Verbindlichkeiten ausgereicht noch bestehen Verfügungsbeschränkungen.

17. Anteile at equity bewerteter Unternehmen

Die Entwicklung der Buchwerte der at equity bewerteten Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Stand zu Beginn des Jahres	510.270	40.287
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	59.006	-2.318
Abgänge aufgrund erhaltener Gewinnausschüttungen	-42.753	-574
Zugänge at equity bewerteter Unternehmen	2.438	472.875
Andere Eigenkapitalveränderungen	-12.936	0
Stand am Ende des Jahres	**516.025**	**510.270**

Die anderen Eigenkapitalveränderungen in Höhe von TEUR - 12.936 betreffen die Veränderungen aufgrund der Erstkonsolidierung von KWM zum 1. Januar 2010.

Eine Zusammenfassung der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnungen sowie der Bilanzen der at equity bilanzierten Beteiligungen im SWH-Konzernabschluss zeigen die folgenden Tabellen.

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen:

in TEUR	31.12.2010		31.12.2009	
	Gemeinschafts-unternehmen	assoziierte Unternehmen	Gemeinschafts-unternehmen	assoziierte Unternehmen
Umsatzerlöse	20.875	400.820	11.310	288.743
Jahresergebnis	-6.656	295.931	-9.602	3.190
Anpassung an SWH-Anteil und at equity-Bewertung	3.328	-233.597	4.801	-707
at equity Ergebnis	**-3.328**	**62.334**	**-4.801**	**2.483**

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen:

in TEUR	31.12.2010		31.12.2009	
	Gemeinschafts-unternehmen	assoziierte Unternehmen	Gemeinschafts-unternehmen	assoziierte Unternehmen
Vermögenswerte	5.020	3.859.074	10.170	3.864.340
Schulden	4.957	1.430.027	7.000	1.501.888
Eigenkapital	**63**	**2.429.047**	**3.170**	**2.362.452**
Anpassung an SWH-Anteil und at equity-Bewertung	-38	-1.913.047	-1.591	-1.853.761
at equity Buchwert	**25**	**516.000**	**1.579**	**508.691**

18. Übrige Finanzanlagen

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Wertpapiere des Anlagevermögens	108.662	104.809
Übrige nach IAS 39 bewertete Unternehmen	21.886	22.062
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.913	1.963
Übrige Finanzanlagen	**132.461**	**128.834**

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen (nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen) und den übrigen nach IAS 39 bewerteten Unternehmen werden die in der Anteilsbesitzliste (siehe Abschnitt „Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 HGB“) aufgeführten Gesellschaften ausgewiesen. Die Bewertung der übrigen nach IAS 39 bewerteten Unternehmen zum fair value führte im Geschäftsjahr zu einer Anpassung von TEUR - 1.800. Zudem wurden im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.369 erfasst.

Ansonsten werden in den übrigen Finanzanlagen hauptsächlich langfristig gehaltene Wertpapiere ausgewiesen, die als afs behandelt werden.

19. Immaterielle Vermögenswerte

Unter den kurzfristigen immateriellen Vermögenswerten werden wie im Vorjahr ausschließlich die Emissionszertifikate erfasst, die zum eigenen Verbrauch bestimmt sind. Diese umfassen neben den kostenlos zugeteilten Emissionsrechten entgeltlich erworbene Emissionszertifikate. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die erstmalige Einbeziehung der KWM in den Konzernabschluss zurückzuführen.

20. Vorräte

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68.358	45.517
Unfertige Leistungen	1.931	5.625
Waren	8.527	14.348
Vorräte	**78.816**	**65.490**

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten die Kohlevorräte. Die Waren umfassen im Wesentlichen in Gasspeichern gespeicherte Gasmengen.

Unter den Vorräten werden mit TEUR 2.070 (Vorjahr: TEUR 1.854) im Rahmen von Handelsaktivitäten entgeltlich erworbene Emissionsrechte mit ihrem aktuellen Marktwert bilanziert.

Die Wertberichtigungen belaufen sich auf TEUR 7.412 (Vorjahr: TEUR 8.058). Die Wertberichtigungen werden in Form von Gängigkeitsabschlägen vorgenommen. Indikator für die Gängigkeit ist die Lagerumschlagshäufigkeit als Verhältnis der Lagerabgangsmenge zum Lagerbestand.

Die Vorräte unterlagen keinen Verfügungsbeschränkungen; andere Beschränkungen lagen ebenfalls nicht vor.

21. Forderungen und sonstige Vermögenswerte

21.1 Finanzforderungen

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
langfristiges Finanzierungsleasing	10.687	10.651
Ausleihungen an sonstige Gemeinschaftsunternehmen und sonstige assoziierte Unternehmen	12.039	6.059
Sonstige Finanzforderungen	3.115	3.670
langfristige Finanzforderungen	**25.841**	**20.380**

In den Ausleihungen sind Darlehen an Gesellschaften zur langfristigen Finanzierung enthalten.

Die kurzfristigen Finanzforderungen setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Finanzforderungen		
gegen sonstige verbundene Unternehmen	256	625
gegen Gemeinschaftsunternehmen at equity und assoziierte Unternehmen at equity	9.528	14.942
gegen sonstige Gemeinschaftsunternehmen und sonstige assoziierte Unternehmen	0	209
kurzfristiges Finanzierungsleasing	1.273	1.232
Sonstige Finanzforderungen	25.007	21.236
kurzfristige Finanzforderungen	**36.064**	**38.243**

Die Finanzforderungen gegen at equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen beinhalten mit TEUR 9.000 im Wesentlichen ein Gesellschafterdarlehen an die htp (Vorjahr: TEUR 11.000). Die sonstigen Finanzforderungen betreffen hauptsächlich einen kurzfristigen Kredit an die LHH, der auf einer Vereinbarung zum laufenden Austausch kurzfristiger Finanzierungsmittel beruht.

Bei den unter den langfristigen und kurzfristigen Finanzforderungen ausgewiesenen Forderungen aus Finanzierungsleasing handelt es sich um Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken eines Vermögenswerts übertragen wurden. Die Finanzierungsleasingforderungen resultieren aus Verträgen im Bereich des Energiecontractings, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Verträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungsoptionen, die nur von den entsprechenden Vertragsunternehmen ausgeübt werden können. Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Bruttoforderungen		
mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	2.135	2.063
mit einer Restlaufzeit von einem Jahr bis zu fünf Jahren	7.196	7.017
mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	7.789	7.829
Summe der Bruttoforderungen	**17.120**	**16.909**
abzüglich noch nicht realisierter Finanzertrag	5.160	5.026
Nettoinvestition	**11.960**	**11.883**

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Nettoinvestition		
mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	1.273	1.232
mit einer Restlaufzeit von einem Jahr bis zu fünf Jahren	4.605	4.528
mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	6.082	6.123
Nettoinvestition	**11.960**	**11.883**

21.2 Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Kundenforderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Am Bilanzstichtag bestehende Ausfallrisiken wurden durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten einen Abgrenzungsbetrag für die am Bilanzstichtag noch nicht abgelesenen und nicht abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen. Abschlagszahlungen, die im Rahmen der jährlichen Verbrauchsabrechnung geleistet werden, sind von den Forderungen gekürzt worden.

Das durchschnittliche Zahlungsziel der Kunden bei Energie- und Wasserverkäufen beträgt 14 Tage. Bei Zahlung innerhalb der ersten 30 Tage nach Rechnungsdatum werden auf Forderungen keine Zinsen erhoben. Danach werden Zinsen in der maximal nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch möglichen Höhe erhoben.

Die Aufschlüsselung der kurzfristigen Forderungen und sonstigen Vermögenswerte ergibt folgendes Bild:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
gegen Dritte	316.712	295.882
gegen verbundene Unternehmen	1.564	1.333
gegen Gemeinschaftsunternehmen at equity und assoziierte Unternehmen at equity	13.709	27.037
gegen sonstige Gemeinschaftsunternehmen und sonstige assoziierte Unternehmen	2.056	1.977
gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	**334.041**	**326.230**
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	**132.114**	**433.022**
Ertragsteuererstattungsansprüche	**359**	**1.106**

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 237.474 (Vorjahr: TEUR 221.488) für erhaltene Anzahlungen abgesetzt. In den kurzfristigen sonstigen Forderungen und Vermögenswerten sind insbesondere Forderungen aus Derivaten in Höhe von TEUR 79.175 (Vorjahr: TEUR 188.545) sowie kurzfristige Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 540 (Vorjahr: TEUR 577) ausgewiesen. Im Vorjahr wurden in den sonstigen Forderungen und sonstigen Vermögenswerten geleistete Zahlungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Beteiligungsportfolios ausgewiesen.

Unter den langfristigen sonstigen Vermögenswerten in Höhe von TEUR 3.978 (Vorjahr: TEUR 4.693) werden im Wesentlichen Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 3.404 (Vorjahr: TEUR 2.941) erfasst.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögenswerten wurden TEUR 15.600 (Vorjahr: TEUR 17.889) als Sicherheiten geleistet. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Abschluss von Börsentermingeschäften an der European Energy Exchange (Initial Margins) und Sicherheiten für Kredite bei Tochterunternehmen.

22. Wertpapiere

Bei den Wertpapieren handelt es sich um Anlagen in Investmentfonds zur Insolvenzsicherung der Arbeitszeitguthaben der im Blockmodell beschäftigten Mitarbeiter (Verpfändungsmodell).

Die Wertpapiere wurden am Bilanzstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert (afs) bewertet. Die beizulegenden Zeitwerte der Wertpapiere basieren auf veröffentlichten Marktpreisen. Die Veränderung dieser Marktpreise wird im OCI erfasst (siehe Abschnitt „Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten“).

23. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Diese Position beinhaltet Bankguthaben und Kassenbestände. Es handelt sich dabei um Bargeld und kurzfristige Einlagen, mit einer ursprünglichen Fälligkeit von bis zu drei Monaten. Der Buchwert dieser Vermögenswerte entspricht ihrem beizulegenden Zeitwert.

Die Zahlungsmittel unterlagen keinen Verfügungsbeschränkungen; andere Beschränkungen lagen ebenfalls nicht vor.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die sich aus Kassenbeständen und Guthaben bei Kreditinstituten zusammensetzen, stellen den Finanzmittelfonds in der Kapitalflussrechnung dar.

24. Eigenkapital

Das voll eingezahlte Grundkapital beträgt unverändert TEUR 86.000. Das Grundkapital ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je Euro 5,00. Es haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben.

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert TEUR 78.535 und betrifft im Wesentlichen Einzahlungen der Aktionäre sowie den gesetzlichen Reservefonds mit unverändert TEUR 11.353.

Für die Ausschüttung an die Aktionäre der SWH stehen neben dem handelsrechtlichen Jahresüberschuss die handelsrechtlichen Gewinnrücklagen zur Verfügung. Diese Rücklagen belaufen sich auf TEUR 176.176 (Vorjahr: TEUR 150.176).

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Gewinnrücklagen des Mutterunternehmens die der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt. Darunter fällt auch eine Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3 von TEUR 3.267, die im Zusammenhang mit dem sukzessiv durchgeführten Erwerb der WSG gebildet wurde. Im OCI sind die nicht ergebniswirksamen Marktpreisanpassungen der originären Wertpapiere sowie der Finanzinstrumente in Cashflow-Hedges erfasst.

Die Anteile anderer Gesellschafter umfassen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Fremdanteile existieren insbesondere bei den Gesellschaften im Danpower-Konzern und an den Kraftwerksgesellschaften.

Die Veränderung des Eigenkapitals ist aus der Eigenkapitalveränderungsrechnung ersichtlich.

25. Passivischer Abgrenzungsposten

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Empfangene Zuschüsse	35.899	40.213
Erhaltene Baukostenzuschüsse von Kunden	177.018	177.227
langfristiger passivischer Abgrenzungsposten	**212.917**	**217.440**

26. Genussscheinkapital

Die Genussscheine wurden im Gesamtnennbetrag von TEUR 5.113 ausgegeben und lauten auf den Inhaber. Die Stückelung beträgt 511.291.881 Stück über je Euro 0,01 Nennbetrag. Der Ausweis in der Bilanz erfolgt unter den Verbindlichkeiten im Posten Genussscheinkapital in Höhe von TEUR 28.958.

Eigene Anteile werden weiterhin in Höhe des Nennbetrages von TEUR 2.014 abgesetzt. Die Ausschüttung auf Genussscheine für das Geschäftsjahr beträgt TEUR 2.414 (Vorjahr: TEUR 2.971). Die Laufzeit der Genussscheine ist unbefristet. Eine Kündigung durch die Inhaber ist erstmals zum 31. Dezember 2015 möglich.

27. Rückstellungen

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Rückstellungen für Pensionen	13.189	13.051
Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen	35.591	36.531
	48.780	**49.582**
Sonstige Rückstellungen	98.323	106.205
Rückstellungen	**147.103**	**155.787**

27.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Beitragsorientierte Pläne

Die gesamten im Personalaufwand erfassten Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne betrugen im Geschäftsjahr einschließlich Sanierungsgeld der ZVK TEUR 11.353 (Vorjahr: TEUR 10.617). Zum 31. Dezember 2010 waren für den laufenden Berichtszeitraum keine Beträge mehr zu entrichten.

An die LHH wurden Versorgungsbezüge gemäß § 42 Abs. 2 des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes für ehemalige Bedienstete der SWH in Höhe von TEUR 719 (Vorjahr: TEUR 418) entrichtet. Die Aufwendungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2010 waren für das Geschäftsjahr noch Versorgungsbezüge in Höhe von TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 0) zu entrichten.

Der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung betrug TEUR 13.265 (Vorjahr: TEUR 12.768).

Leistungsorientierte Pläne

Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen besteht die Verpflichtung des Unternehmens darin, zugesagte Leistungen an aktive und frühere Mitarbeiter zu erfüllen. Der Rückstellungsbewertung von leistungsorientierten Versorgungsplänen liegt die Projected-Unit-Credit-Methode (PUCM) zugrunde. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand, der Zinsaufwand im Finanzergebnis ausgewiesen.

Die Höhe der Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Methoden berechnet. Dabei werden folgende Rechnungsannahmen zu Grunde gelegt:

	31.12.2010	**31.12.2009**
Diskontierungszins	5,30%	5,40%
erwartete prozentuale Gehaltsteigerung	3,00%	2,50%
zukünftige Rentensteigerungen	2,00%	2,00%
Rechnungsgrundlagen	Dr. Klaus Heubeck 2005 G	Dr. Klaus Heubeck 2005 G

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der Pensionsverpflichtungen auf im Konzernabschluss ausgewiesene Pensionsrückstellungen, gemäß den Vorschriften des IAS 19.120A.

Die Entwicklung der Rückstellung zum Stichtag stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	**31.12.2010**	**31.12.2009**
Defined Benefit Obligation (DBO)	15.300	14.520
noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne / Verluste	-2.111	-1.469
Bestand Rückstellungen	**13.189**	**13.051**

Die Entwicklung des DBO im Geschäftsjahr ergibt sich wie folgt:

in TEUR	**31.12.2010**	**31.12.2009**
Stand 1. Januar	14.520	13.936
laufender Dienstzeitaufwand	358	334
Zinsaufwand	757	764
versicherungsmathematische Gewinne / Verluste	644	454
gezahlte Leistungen	-979	-968
Stand 31. Dezember	**15.300**	**14.520**

In den letzten drei Jahren hat sich der DBO wie folgt entwickelt:

in TEUR	**31.12.2010**	**31.12.2009**	**31.12.2008**
DBO	15.300	14.520	13.936
erfahrungsbedingte Anpassungen			
- der DBO	334	37	2.035

Der enthaltene Pensionsaufwand für das Geschäftsjahr unterteilt sich wie folgt:

in TEUR	2010	2009
laufender Dienstzeitaufwand	358	334
Zinsaufwand	757	764
versicherungsmathematische Gewinne / Verluste	3	0
Gesamt	**1.118**	**1.098**

Pensionsähnliche Verpflichtungen

Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen bestehen für Altersteilzeitregelungen und Vorruhestandsleistungen für Arbeitnehmer der SWH und der KWM. Die Rückstellungen basieren auf dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit und verschiedenen Betriebsvereinbarungen. Die Wertermittlung nach IFRS erfolgt im Wesentlichen durch externe Gutachten. Daneben beinhalten die Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen auch Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten.

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Anfangsbestand	36.531	30.390
Änderungen im Konsolidierungskreis	767	0
Zuführung	10.353	3.890
Entnahme / Verbrauch / IFRS Anpassung Vorjahr	12.437	12.615
Auflösung	658	0
Hinzurechnung / Absetzung des Erfüllungsrückstandes	0	13.018
Schätzungs- und Bewertungsänderungen	136	0
Zinsanteil	899	1.848
Endbestand	**35.591**	**36.531**

27.2 Sonstige Rückstellungen

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen ergibt sich wie folgt:

in TEUR	Stand 01.01.2010	Änderung Konsolidierungskreis	Zuführung	Entnahme	Auflösung	Schätzungsänderung	Zinsanteil	Stand 31.12.2010
Preis- und Absatzrisiken	20.352	0	11.617	3.000	9.124	0	0	19.845
Altlastensanierung	18.506	0	117	268	0	26	357	18.738
Erhaltung der Versorgungssicherheit	10.273	0	4.605	653	0	111	382	14.718
Rekultivierungsverpflichtungen	7.455	2.190	192	174	192	129	284	9.884
Drohverluste	13.280	0	3.951	9.342	2.806	0	0	5.083
Reorganisations-/ Sozialplanverpflichtungen	13.148	0	0	1.077	10.071	0	0	2.000
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	1.397	73	659	642	56	-2	18	1.447
übrige sonstige Rückstellungen	21.794	24.715	8.981	27.854	1.149	12	109	26.608
	106.205	**26.978**	**30.122**	**43.010**	**23.398**	**276**	**1.150**	**98.323**

Die sonstigen Rückstellungen weisen folgende Fristigkeiten auf:

in TEUR	kurzfristig	langfristig	Gesamt
Preis- und Absatzrisiken	19.845	0	19.845
Altlastensanierung	14.568	4.170	18.738
Erhaltung der Versorgungssicherheit	2.916	11.802	14.718
Rekultivierungsverpflichtungen	4.876	5.008	9.884
Drohverluste	5.083	0	5.083
Reorganisations-/ Sozialplanverpflichtungen	2.000	0	2.000
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	1.068	379	1.447
übrige sonstige Rückstellungen	25.696	912	26.608
	76.052	**22.271**	**98.323**

Bei den Rückstellungen für **Preis- und Absatzrisiken** in Höhe von TEUR 19.845 (Vorjahr: TEUR 20.352) handelt es sich um Risiken aufgrund noch nicht geklärter Netzentgelte, EEG-Mengen und Preisen mit Vertragspartnern.

Die Rückstellungen für **Altlastensanierung** enthalten mit TEUR 12.780 (Vorjahr: TEUR 12.615) im Wesentlichen eine Rückstellung für Rückstände aus der Trinkwasseraufbereitung, die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Entsorgung der Rückstände im Wasserwerk Fuhrberg, die im Rahmen der Trinkwasseraufbereitung anfallen, betrifft.

Die Rückstellung für die **Erhaltung der Versorgungssicherheit** enthält im Wesentlichen aufgrund des mit der Stadt Hannover geschlossenen Konzessionsvertrages zurückgestellte Verpflichtungen für die Demontage stillgelegter Fernwärmekanäle (TEUR 3.810), eine Rückstellung für den Ausbau verzinkter Teile im Bereich der Wasserversorgung (TEUR 1.543) sowie eine Rückstellung für die Beseitigung von Bewuchs auf Leitungen (TEUR 2.277).

Die **Rekultivierungsverpflichtungen** enthalten mit TEUR 2.596 (Vorjahr: TEUR 2.556) im Wesentlichen eine Rückstellung für Bodenrisiken aus der Bekohlungsanlage Fösse-

straße, die Aufwendungen für den Rückbau einer Bekohlungsanlage sowie eines -tunnels für das Kraftwerk Linden betrifft. Die SWH hat sich dabei vertraglich zum Rückbau sowie zur Sanierung verpflichtet. Außerdem ist hier eine Rückstellung für die Demontage von Gas- und Wasserleitungen in Langenhagen in Höhe von TEUR 2.534 (Vorjahr: TEUR 2.466) enthalten. Die SWH ist aufgrund des mit der Stadt Langenhagen geschlossenen Konzessionsvertrages zur Demontage verpflichtet.

Die Rückstellungen für **Drohverluste** beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für belastende Verträge bei der Gasbeschaffung in Höhe von TEUR 2.851 sowie für zum Bilanzstichtag zu erwartende Verluste aufgrund sinkender Marktpreise aus bereits fest vereinbarten Gasverträgen in Höhe von TEUR 2.232.

Der Anstieg der **übrigen sonstigen Rückstellungen** ist insbesondere auf den erstmaligen Einbezug der KWM in den Konzernabschluss zurückzuführen. Die übrigen sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die Verpflichtung zur Abrechnung ausstehender Kundenrechnungen (Ablesung, Abrechnung und Energiedatenservice) sowie eine Rückstellung für Buchungsverpflichtungen laufender Geschäftsvorfälle.

Bei dem Zinsanteil handelt es sich um die Aufzinsung langfristiger Rückstellungen. Dieser wurde im Finanzaufwand (TEUR 1.150; Vorjahr: TEUR 1.696) erfasst. In den Anpassungen (TEUR 276) ist die Veränderung aufgrund von Schätzungsänderungen hinsichtlich der Laufzeiten einzelner Rückstellungen sowie des langfristigen Zinssatzes abgebildet.

28. Verbindlichkeiten

28.1 Finanzverbindlichkeiten

Die Bewertung von Finanzschulden erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die Anschaffungskosten von Finanzverbindlichkeiten entsprechen bei erstmaliger Erfassung dem Wert der erhaltenen Auszahlung. In den Folgeperioden erfolgt eine Anpassung des Wertansatzes im Rahmen der Effektivzinsmethode.

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Finanzverbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	830.264	802.854
davon langfristig	(794.921)	(634.767)
gegenüber verbundenen Unternehmen	83.648	73.554
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen at equity und assoziierten Unternehmen at equity	20	21
gegenüber sonstigen Gemeinschaftsunternehmen und sonstigen assoziierten Unternehmen	1.151	2.251
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.405	9.145
andere Finanzschulden	1.600	7.759
Finanzverbindlichkeiten	**926.088**	**895.584**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen im Wesentlichen Darlehensaufnahmen für Investitionen im Kraftwerksbereich sowie im Beteiligungsportfolio. Die ausgewiesenen Buchwerte entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der Finanzverbindlichkeiten.

Im Rahmen der Finanzierungstätigkeit des SWH-Konzerns werden in Darlehensverträgen Vereinbarungen (so genannte Covenants) getroffen, die bindende Zusicherungen gegenüber Kreditinstituten beinhalten. Diese Vereinbarungen beinhalten zum Teil neben Non Financial Covenants wie Change-of-Control-Klauseln (Eigentümerwechsel), Negativ-Pledge-Klauseln (Negativerklärungen), Pari-passu-Klauseln (Gleichrangigkeitserklärungen) sowie Cross-Default-Klauseln (Kündigungsklauseln mit Querverweis auf andere Verträge) auch Financial Covenants. Die vereinbarten Financial Covenants beziehen sich auf

individuelle vertraglich festgelegte Bilanzkennzahlen des Jahresabschlusses der SWH und beinhalten Eigenkapitalquoten, Nettoverschuldungsgrade und Nettoverschuldungsgrade in Relation zum EBITDA. Zum Bilanzstichtag bestanden für nahezu sämtliche Darlehensverträge Financial Covenants, die bei Nichteinhaltung ein außerordentliches Kündigungsrecht zu Gunsten des Kreditinstitutes vorsehen. Zur Einhaltung der Financial Covenants bestehen in den Risikofrüherkennungsprozess integrierte sowie prozessunabhängige Überwachungsmaßnahmen. Im Geschäftsjahr wurden sämtliche Covenants eingehalten. Darüber hinaus ist nicht absehbar, dass Covenants in den folgenden Geschäftsjahren nicht eingehalten werden.

Für Bankdarlehen in Höhe von TEUR 830.264 (Vorjahr: TEUR 802.854) wurden überwiegend variable Zinssätze vereinbart.

Für die Kontokorrentkredite gelten ebenfalls variable Zinssätze. Hier wird das Unternehmen einem Zinsänderungsrisiko bei den Zahlungsmittelströmen ausgesetzt.

Die Kontokorrentkredite sind jederzeit fällig.

Die Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen die nach Abschlagszahlungen verbleibende Gewinnabführung an das Mutterunternehmen VVG in Höhe von TEUR 83.648 (Vorjahr: TEUR 73.553); die Finanzverbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren überwiegend aus einem Gesellschafterdarlehen gegenüber der proKlima GbR, Hannover, in Höhe von TEUR 9.400 (Vorjahr: TEUR 8.750).

28.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten und Ertragsteuerverbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten umfassen offene Verpflichtungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie laufende Kosten und Abgaben. Die durchschnittlich in Anspruch genommenen Zahlungsziele für Warenlieferungen betragen 30 Tage.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
gegenüber Lieferanten	270.300	260.630
davon langfristig	(11.836)	(0)
gegenüber verbundenen Unternehmen	84	170
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen at equity und assoziierten Unternehmen at equity	4.638	13.719
gegenüber sonstigen Gemeinschaftsunternehmen und sonstigen assoziierten Unternehmen	6	25
gegenüber Beteiligungen	367	152
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**275.395**	**274.696**

Die langfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen der eNG aufgrund des gemäß Anreizregulierungsverordnung (ARegV) zu bildenden Regulierungskontos Gas in Höhe von TEUR 6.992 sowie Verbindlichkeiten der eNG aus der Mehrerlösabschöpfung für Strom und Gas (TEUR 4.615).

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Verbindlichkeiten		
gegenüber Dritten	201.698	243.086
davon langfristig	(4.479)	(4.086)
gegenüber verbundenen Unternehmen	5.980	12.363
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen at equity und assoziierten Unternehmen at equity	7	5
gegenüber sonstigen Gemeinschaftsunternehmen und sonstigen assoziierten Unternehmen	346	0
Passivischer Abgrenzungsposten	2.172	1.537
davon langfristig	(1.889)	(1.262)
Sonstige Verbindlichkeiten	**210.203**	**256.991**
Ertragsteuerverbindlichkeiten	**11.088**	**4.394**

In den kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Derivaten in Höhe von TEUR 82.980 (Vorjahr: TEUR 139.358), Verpflichtungen aus der Abgabe von CO_2-Zertifikaten TEUR 25.276 (Vorjahr: TEUR 7.196), Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern in Höhe von TEUR 12.209 (Vorjahr: TEUR 12.860), Verpflichtungen gegenüber der LHH in Höhe von TEUR 4.151 (Vorjahr: TEUR 13.128) sowie ein passiver Abgrenzungsposten in Höhe von TEUR 282 (Vorjahr: TEUR 275) enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen hauptsächlich Steuerverbindlichkeiten gegenüber der VVG in Höhe von TEUR 5.978.

In den langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten werden die langfristigen Verbindlichkeiten aus Derivaten in Höhe von TEUR 4.479 ausgewiesen. Außerdem werden unter dieser Position passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.889 (Vorjahr: TEUR 1.262) erfasst.

Aus der nachfolgenden Liquiditätsanalyse sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zahlungsströme der originären finanziellen Verbindlichkeiten sowie der derivativen Finanzinstrumente zum jeweiligen Bilanzstichtag ersichtlich. In die Analyse werden alle Finanzinstrumente, die sich zum jeweiligen Bilanzstichtag im Bestand befanden, einbezogen, insoweit diese am Bilanzstichtag über einen negativen fair value verfügten. Planzahlungen für zukünftige neue Verbindlichkeiten werden nicht berücksichtigt. Variable Zinszahlungen werden unter Zugrundelegung der entsprechenden Spotzinssätze zum jeweiligen Bilanzstichtag ermittelt. Im Falle von Derivaten die brutto erfüllt werden, wie Devisenterminkontrakte und bestimmte Commodity Derivate, stehen den Mittel- beziehungsweise Warenabflüssen korrespondierende Mittel- beziehungsweise Warenzuflüsse gegenüber. Im Falle der Berücksichtigung dieser Zahlungsmittelzuflüsse wären die dargestellten Zahlungsmittelabflüsse signifikant niedriger gewesen. Für das Genussscheinkapital wurde die Ausübung der frühestmöglichen Kündigung zum 31. Dezember 2015 unterstellt. Der für diesen Zeitpunkt erwartete Rückzahlungsbetrag wurde in dem entsprechenden Laufzeitband berücksichtigt. Gemäß dem Unternehmenskonzept K2020 wird jedoch von gleichbleibenden Zinszahlungen für die Geschäftsjahre nach 2015 ausgegangen.

Bilanzstichtag 31.12.2010	**bis 2011**		**2011-2012**		**2012-2015**		**nach 2015**	
in TEUR	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung
Genussscheinkapital	3.533	0	4.000	0	12.000	3.099	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	131.660	0	0	0	0	0	0
Finanzverbindlichkeiten	20.749	35.343	19.682	38.720	44.595	328.949	28.095	427.252
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	275.395	0	0	0	0	0	0
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	10.664	579.004	10.439	322.203	29.087	104.818	47.454	0

Bilanzstichtag 31.12.2009	**bis 2010**		**2010-2011**		**2011-2014**		**nach 2014**	
in TEUR	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung	Zins	Tilgung
Genussscheinkapital	3.518	0	2.781	0	8.573	0	2.899	3.099
Sonstige Verbindlichkeiten	0	116.404	0	0	0	0	0	0
Finanzverbindlichkeiten	15.895	167.683	14.996	9.021	38.786	273.123	24.474	353.027
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	274.696	0	0	0	0	0	0
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	12.365	878.023	12.003	362.437	34.676	84.119	118.915	0

Die Zahlungsströme, die aus den eingesetzten Finanzinstrumenten im SWH-Konzern resultieren, werden in der kurzfristigen Liquiditätsplanung und in den längerfristigen Unternehmensplänen berücksichtigt. Die kurzfristige Liquiditätssteuerung des Konzerns erfolgt durch eine monatlich aktualisierte Liquiditätsplanung mit einem Planungshorizont von zwölf Monaten. In der Liquiditätsplanung werden die ein- und ausgehenden Zahlungsströme hinreichend exakt nach Höhe und Zeitpunkt geplant, um daraus die Entwicklung der liquiden Mittel beziehungsweise den Liquiditätsbedarf für den Planungszeitraum abzuleiten.

Um eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit des SWH-Konzerns sicherzustellen, wird auch eine Liquiditätsreserve in Form von Kreditlinien vorgehalten. Zum 31. Dezember 2010

standen dem Konzern zugesagte kurzfristige Kreditlinien in Höhe von Mio. EUR 222,9 (Vorjahr: Mio. EUR 205,3) zur Verfügung. Hierzu hat der Konzern Verträge mit neun Bankpartnern abgeschlossen. Die Kreditverträge haben zum Großteil keine feste Laufzeit. Die Inanspruchnahme der Kreditlinien betrug im Geschäftsjahr durchschnittlich Mio. EUR 0,5 (Vorjahr: Mio. EUR 51,6).

29. Latente Steuern

Im SWH-Konzern sind im Geschäftsjahr aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 751 (Vorjahr: TEUR 977) sowie passive latente Steuern in Höhe von TEUR 144.111 (Vorjahr: TEUR 10.311) bilanziert worden. Die latenten Steuern beziehen sich auf die konsolidierten Tochterunternehmen, die außerhalb der steuerlichen Organschaft der VVG stehen. Die SWH als steuerliche Organgesellschaft der VVG sowie ihre im Organkreis befindlichen Tochterunternehmen weisen nach der formalen Betrachtungsweise aufgrund fehlender Steuerumlagen keine Steuerlatenzen nach IAS 12 aus.

Die passiven latenten Steuern erhöhten sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen aufgrund der mit der Kaufpreisallokation verbundenen Neubewertung der Vermögenswerte der KWM.

Im Einzelnen entfallen die aktiven latenten Steuern auf folgende Bilanzposten:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Rückstellungen	702	0
Verbindlichkeiten	836	854
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	111	123
	1.649	977
Saldierung	-898	0
Aktive latente Steuern	**751**	**977**

Von den aktiven latenten Steuern haben TEUR 702 (Vorjahr: TEUR 732) langfristigen Charakter.

Die passiven latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Immaterielle Vermögenswerte	21.094	5.843
Sachanlagen	123.681	4.399
Vorräte	176	0
Rückstellungen	58	0
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	69
	145.009	10.311
Saldierung	-898	0
Passive latente Steuern	**144.111**	**10.311**

Von den passiven latenten Steuern sind TEUR 129.233 (Vorjahr: TEUR 9.570) langfristig.

Im Geschäftsjahr wurden keine latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

D. Sonstige Angaben

30. Leasing

Der Konzern als Leasingnehmer

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern offene Verpflichtungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen, die wie folgt fällig sind:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Fällig innerhalb eines Jahres	5.267	4.651
Fällig zwischen zwei bis fünf Jahren	15.556	14.900
Fällig nach fünf Jahren	12.955	14.865
	33.778	**34.416**

Die Verpflichtungen aus Operating-Leasingverträgen betreffen überwiegend Mieten aus der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, sowie aus der langfristigen Anmietung von Stromerzeugungs- und Wärmeversorgungsanlagen (Energiezentrale). Die Leasingverpflichtungen haben eine ursprüngliche durchschnittliche Laufzeit von zehn beziehungsweise 20 Jahren. Im Geschäftsjahr sind hierfür Mindestleasingzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen von TEUR 3.848 angefallen. Bedingte Leasingzahlungen lagen nicht vor.

Der Konzern als Leasinggeber

Neben den Forderungen aus Finanzierungsleasing bestehen Operating-Leasingverhältnisse.

Die im Rahmen eines Operating-Leasing angemietete Energiezentrale ist wiederum über einen Zeitraum von zehn Jahren vermietet (sub lease). Aus dieser Vermietung sind wie im Vorjahr Erträge in Höhe von TEUR 1.926 entstanden.

Des Weiteren erzielt der SWH-Konzern Erlöse aus der Vermietung von Lichtwellenleitern an htp. Für 2010 belaufen sich diese auf TEUR 1.383 (Vorjahr: TEUR 1.336) bei einer Laufzeit bis Ende 2011. Die im Rahmen des Operating-Leasing verpachteten Vermögenswerte sind im Sachanlagevermögen innerhalb der Verteilungsanlagen mit einem Buchwert in Höhe von TEUR 23.030 (Vorjahr: TEUR 23.945) enthalten.

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Leasingnehmern die folgenden Mindestleasingzahlungen vereinbart:

in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
Fällig innerhalb eines Jahres	1.972	2.564
Fällig zwischen zwei bis fünf Jahren	3.052	6.651
Fällig nach fünf Jahren	0	1.152
	5.024	**10.367**

31. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben bilanzierten Rückstellungen und Verbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen, die sich im Wesentlichen aus Verträgen mit Dritten oder aufgrund gesetzlicher Regelungen ergeben. Das Bestellobligo zum 31. Dezember 2010 besteht insbesondere für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Sachanlagen sowie vertraglichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug.

32. Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Neben derivativen Finanzinstrumenten, die aus den Wertpapierspezialfonds resultieren, hat der SWH-Konzern zum Bilanzstichtag im Wesentlichen Derivate in Zusammenhang mit dem Management von Marktrisiken im Bestand.

Für Zwecke des Managements von Preisrisiken werden Öl-Swaps abgeschlossen. Es werden sowohl Long- als auch Short-Positionen eingegangen. Die Marktwerte der Derivate stellen sich an den Bilanzstichtagen wie folgt dar:

in TEUR	Marktwerte 2010		Marktwerte 2009	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Öl-Swaps	3.781	1.810	445	0

Im Rahmen der Strom- und Gashandelsgeschäfte werden zur Sicherung von Preisrisiken und zur Optimierung des Beschaffungs- und Absatzportfolios Termingeschäfte (Futures und Forwards) geschlossen. Die Marktwerte stellen sich wie folgt dar:

in TEUR	Marktwerte 2010		Marktwerte 2009	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Stromfutures und -forwards	52.565	53.768	120.025	118.864
Gasfutures und -forwards	11.333	9.115	19.659	14.376

Die Marktwerte aufrechnungsfähiger börsengehandelter Derivate sind miteinander verrechnet worden.

Der SWH-Konzern sichert Zinsrisiken über Zinsswaps ab. Es wurden Swapverträge mit insgesamt neun Kreditinstituten über ein Gesamtvolumen von TEUR 660.000 (Vorjahr: TEUR 518.000) abgeschlossen.

Bis zum 30. Juni 2010 wurden Payer-Swaps in Höhe von TEUR 170.000 in ein Cashflow-Hedging einbezogen. Die aus den variablen Zinszahlungen der Darlehen resultierenden Zinsrisiken wurden durch die zu erhaltenden variablen Zinszahlungen aus den Payer-Swaps eliminiert. Die variabel verzinslichen Darlehen wurden für Zeiträume von bis zu zehn Jahren abgesichert. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgte anhand der Critical Term Match Methode. Die Ermittlung der retrospektiven Effektivität erfolgte anhand der Hypothetische Derivate Methode. Der ineffektive Teil aus Cashflow-Hedging, der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde, belief sich auf TEUR 9. Bis zum 30. Juni 2010 wurde ein Aufwand von TEUR 7.817 dem OCI zugeführt. Aus dem OCI wurde bis zum 30. Juni 2010 ein Aufwand von TEUR 1.821 in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zum 1. Juli 2010 wurde das Cashflow-Hedging beendet, da die Designation der Sicherungsbeziehung zurückgezogen wurde. Der erfolgsneutral im OCI erfasste Aufwand wird bei Eintritt der vorhergesehenen Transaktion erfolgswirksam umgegliedert. Aus dem OCI wurde im Geschäftsjahr ein Aufwand von TEUR 3.665 in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Am Abschlussstichtag bestanden im SWH-Konzern Payer-Zinsswaps sowie Payer-Swap-Options in folgendem Umfang:

in TEUR	Marktwerte 2010		Marktwerte 2009	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Payer-Swaps zu Handelszwecken	5.946	16.855	9.995	3.962
Payer-Swaps Cashflow-Hedging	0	0	0	1.409
Payer-Swap-Options	0	2.656	0	0
Gesamt	**5.946**	**19.511**	**9.995**	**5.371**
abzüglich langfristiger Anteil:				
Payer-Swaps Cashflow-Hedging	0	0	0	1.409
kurzfristiger Anteil	**5.946**	**19.511**	**9.995**	**3.962**

Der Marktwert von Zinsswaps bestimmt sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis aktueller Marktzinsen und der Zinsstrukturkurve.

In den Zinsswaps getauschte Zinszahlungen werden zum Zahlungszeitpunkt beziehungsweise bei der Abgrenzung zum Abschlussstichtag erfolgswirksam erfasst.

Zur Steuerung des Währungsrisikos werden im Rahmen des allgemeinen Devisenmanagements sowie zur Absicherung von USD-Kohleeinkäufen Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Der Marktwert von Devisentermingeschäften errechnet sich auf Basis des am Abschlussstichtag geltenden fairen Devisenterminkurses für die jeweilige Restlaufzeit des Kontrakts im Vergleich zum kontrahierten Devisenterminkurs.

Im Geschäftsjahr wurden Devisen- und Warentermingeschäfte für den Kohleeinkauf in Höhe eines Nominalvolumens von TEUR 172.708 in ein Cashflow-Hedging einbezogen. Die Devisentermingeschäfte gleichen die aus den Warentermingeschäften resultierenden Währungsrisiken aus. Die Devisentermingeschäfte haben Laufzeiten von bis zu drei Jahren. Die Ermittlung der prospektiven als auch der retrospektiven Effektivität erfolgt anhand der Critical Term Match Methode. Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Ertrag von TEUR 1.581 dem OCI zugeführt. Im gleichen Zeitraum wurde ein Aufwand von TEUR 412 in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Am Abschlussstichtag bestanden Devisentermingeschäfte in folgendem Umfang:

in TEUR	Marktwerte 2010		Marktwerte 2009	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Devisentermingeschäfte zu Handelszwecken	114	228	24	1.633
Devisentermingeschäfte Cashflow-Hedging	6.001	3.028	2.243	639
Gesamt	**6.115**	**3.256**	**2.267**	**2.272**
abzüglich langfristiger Anteil:				
Devisentermingeschäfte Cashflow-Hedging	573	2.093	843	316
kurzfristiger Anteil	**5.542**	**1.163**	**1.424**	**1.956**

Von den durch Sicherungsgeschäfte abgesicherten Transaktionen in US-Dollar mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit wird ein Eintreten zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Laufe der nächsten drei Geschäftsjahre erwartet. Gewinne und Verluste schwebender Verträge in US-Dollar, die im Eigenkapital (OCI) erfasst werden, werden in der Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in der die gesicherte, geplante Transaktion sich auf die Gewinn- und Verlustrechnung auswirkt.

Am Abschlussstichtag stellt sich die Laufzeit der Nominalvolumen aus Sicherungsgeschäften für Cashflow-Hedges wie folgt dar:

in TEUR	2011	2012	2013-2015	>2015	Gesamt
Devisentermingeschäfte Cashflow-Hedging	88.726	52.029	31.953	0	**172.708**

33. Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

33.1 Klassenbildung

Im SWH-Konzern werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzpositionen klassifiziert. Die nachstehenden Tabellen zeigen die Überleitung der Buchwerte einer Klasse auf die im SWH-Konzern genutzten Bewertungskategorien des IAS 39 sowie die fair values zu den einzelnen Stichtagen.

31.12.2010		IAS 39 Kategorien								
				FAFVPL	FLFVPL					
TEUR	Buch-wert	LaR	afs	hft	hft	OL	Derivate in Cashflow-Hedges	Wertan-satz Bilanz nach IAS 17	Nicht im An-wendungs-bereich von IFRS 7	fair value
Aktiva										
Übrige Finanzanlagen	132.461	0	132.461	0	0	0	0	0	0	132.461
Finanzforderungen (langfristig)	25.841	15.154	0	0	0	0	0	10.687	0	27.425
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (langfristig)	3.404	0	0	0	0	0	0	0	3.404	3.404
Finanzforderungen (kurzfristig)	36.064	34.791	0	0	0	0	0	1.273	0	36.787
Forderungen aus Liefer-ungen und Leistungen	334.041	334.041	0	0	0	0	0	0	0	334.041
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (kurzfristig)	52.940	14.730	0	0	0	0	0	0	38.209	52.940
Derivative finanzielle Vermögenswerte	79.748	0	0	73.747	0	0	6.001	0	0	79.748
Wertpapiere	821	0	821	0	0	0	0	0	0	821
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquiva-lente	68.896	68.896	0	0	0	0	0	0	0	68.896
Summe	**734.216**	**467.612**	**133.282**	**73.747**	**0**	**0**	**6.001**	**11.960**	**41.613**	**736.523**
Passiva										
Genussscheinkapital	28.958	0	0	0	0	28.958	0	0	0	27.892
Finanzverbindlichkeiten (langfristig)	794.921	0	0	0	0	794.921	0	0	0	794.784
Sonstige Verbindlich-keiten (langfristig)	1.890	0	0	0	0	0	0	0	1.890	1.890
Finanzverbindlichkeiten (kurzfristig)	131.167	0	0	0	0	131.167	0	0	0	133.041
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leis-tungen	275.395	0	0	0	0	275.395	0	0	0	275.395
Sonstige Verbindlich-keiten (kurzfristig)	120.855	0	0	0	0	107.274	0	0	13.581	120.855
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	87.459	0	0	0	84.431	0	3.028	0	0	87.459
Summe	**1.440.645**	**0**	**0**	**0**	**84.431**	**1.337.715**	**3.028**	**0**	**15.471**	**1.441.316**

31.12.2009		IAS 39 Kategorien								
				FAFVPL	FLFVPL					
TEUR	Buch-wert	LaR	afs	hft	hft	OL	Derivate in Cashflow-Hedges	Wertan-satz Bilanz nach IAS 17	Nicht im An-wendungs-bereich von IFRS 7	fair value
Aktiva										
Übrige Finanzanlagen	128.834	0	128.834	0	0	0	0	0	0	128.834
Finanzforderungen (langfristig)	20.380	9.729	0	0	0	0	0	10.651	0	20.806
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (langfristig)	3.293	351	0	0	0	0	0	0	2.942	351
Finanzforderungen (kurzfristig)	38.243	37.012	0	0	0	0	0	1.232	0	36.840
Forderungen aus Liefer-ungen und Leistungen	326.230	326.230	0	0	0	0	0	0	0	326.230
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte (kurzfristig)	278.071	252.278	0	0	0	0	0	0	25.793	252.278
Derivative finanzielle Vermögenswerte	156.351	0	0	154.108	0	0	2.243	0	0	156.351
Wertpapiere	4.156	0	4.156	0	0	0	0	0	0	4.156
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquiva-lente	44.980	44.980	0	0	0	0	0	0	0	44.980
Summe	**1.000.538**	**670.580**	**132.990**	**154.108**	**0**	**0**	**2.243**	**11.883**	**28.735**	**970.826**
Passiva										
Genussscheinkapital	20.426	0	0	0	0	20.426	0	0	0	20.426
Finanzverbindlichkeiten (langfristig)	634.767	0	0	0	0	634.767	0	0	0	636.084
Sonstige Verbindlich-keiten (langfristig)	5.348	0	0	0	3.770	0	316	0	1.262	3.770
Finanzverbindlichkeiten (kurzfristig)	260.817	0	0	0	0	260.817	0	0	0	260.817
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leis-tungen	274.696	0	0	0	0	274.696	0	0	0	274.696
Sonstige finanzielle Ver-bindlichkeiten	112.285	0	0	0	0	98.999	0	0	13.286	98.999
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	139.358	0	0	0	137.626	0	1.732	0	0	137.626
Summe	**1.447.697**	**0**	**0**	**0**	**141.396**	**1.289.705**	**2.048**	**0**	**14.548**	**1.432.418**

33.2 Fair values

Die fair values von Finanzinstrumenten, die an einem aktiven Markt gehandelt werden, basieren auf dem Börsenkurs am Bilanzstichtag. Dazu zählen im SWH-Konzern im Wesentlichen die Wertpapiere, welche in den Spezialfonds gehalten werden (Eigenkapital- und Fremdkapitaltitel). Der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht in einem aktiven Markt gehandelt werden, wird durch die Anwendung von Bewertungsmodellen ermittelt. Für die fair value Ermittlung originärer Finanzinstrumente verwendet der SWH-Konzern grundsätzlich eigene Bewertungsmodelle (z.B. Discounted Cash Flow-Methode) und trifft hierfür Annahmen, die auf den Marktgegebenheiten am Bilanzstichtag beruhen.

In den als afs klassifizierten Finanzanlagen sind Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften enthalten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelt werden kann. Die Bewertung der Anteile erfolgt zu Anschaffungskosten. Es ist nicht geplant, diese Anteile in naher Zukunft zu veräußern. In den Geschäftsjahren wurden auch keine Anteile veräußert und mithin ebenfalls keine Buchgewinne oder -verluste aus der Veräußerung von zu Anschaffungskosten bewerteten Anteilen erzielt (IFRS 7.30).

Der fair value derivativer Finanzinstrumente ist abhängig von der Entwicklung der zugrunde liegenden Marktfaktoren. Die jeweiligen fair values werden in regelmäßigen Abständen ermittelt und überwacht. Der für alle derivativen Finanzinstrumente ermittelte fair value ist der Preis, zu dem eine Partei die Rechte und/oder Pflichten einer anderen

Partei übernehmen würde. Die fair values der derivativen Finanzinstrumente werden mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten ermittelt.

Die fair values von Zins- und Währungsderivaten werden auf Basis ihres Terminkurses am Bilanzstichtag ermittelt. Die Terminkurse richten sich nach den Kassakursen unter Berücksichtigung von Terminauf- und -abschlägen. Den fair value von Commodityderivaten (Öl-Swaps) ermittelt der Konzern auf Basis der aktuellen Ölpreisnotierungen (London Oil Commentary). Bei Zins- und Währungsderivaten erfolgt die fair value Ermittlung zusätzlich durch Finanzinstitute.

Im SWH-Konzern wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten annähernd dem Buchwert dieser Positionen entspricht.

Der fair value von festverzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten über einem Jahr entspricht den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter, welche markt- und partnerbezogene Veränderungen der Konditionen und Erwartungen reflektieren. Der im Anhang angegebene beizulegende Zeitwert langfristiger finanzieller Verbindlichkeiten wird grundsätzlich durch die Abzinsung der zukünftigen vertraglich vereinbarten Zahlungsströme mit dem gegenwärtigen Marktzinssatz, der dem SWH-Konzern für vergleichbare Finanzinstrumente gewährt würde, ermittelt.

Die Zuordnung der fair values in die drei Stufen der fair value Hierarchie richtet sich nach der Verfügbarkeit beobachtbarer Marktpreise auf aktiven Märkten. In Stufe 1 erfolgt die Darstellung von Finanzinstrumenten, z.B. Zahlungsmittel oder Wertpapiere, für welche Marktpreise direkt ermittelt werden können. Die Berechnung der fair values in Stufe 2, wie z.B. bei Derivaten, erfolgt auf Grundlage von Marktdaten wie Währungskursen oder Zinskurven entsprechend marktbezogener Bewertungsverfahren. Die fair values der Stufe 3 errechnen sich mit Hilfe von Bewertungsverfahren, welche nicht direkt auf aktiven Märkten beobachtbare Faktoren in die Berechnung mit einbeziehen. Im SWH-Konzern sind in der Stufe 3 ausschließlich Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften enthalten. Die folgende Darstellung stellt die zum fair value bilanzierten Finanzinstrumente und ihre Zuordnung zu den fair value Stufen dar:

31.12.2010 in TEUR	**Buchwert**	**Stufe 1**	**Stufe 2**	**Stufe 3**
Aktiva				
Übrige Finanzanlagen	117.562	108.662	0	8.900
Derivative finanzielle Vermögenswerte	79.748	0	79.748	0
Wertpapiere	821	821	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	68.896	68.896	0	0
Summe	**267.027**	**178.379**	**79.748**	**8.900**
Passiva				
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	87.459	0	87.459	0
Summe	**87.459**	**0**	**87.459**	**0**

Die Überleitung der im Rahmen der Stufe 3 ermittelten fair values stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	**01.01.2010**	**Zugänge**	**Abgänge**	**Umgliederungen**	**Veränderungen**		**31.12.2010**
					erfolgswirksam	**erfolgsneutral**	
Beteiligungen	18.235	0	0	-11.135	0	1.800	8.900
Summe	**18.235**	**0**	**0**	**-11.135**	**0**	**1.800**	**8.900**

Im Geschäftsjahr wurden fünf Gesellschaften aus der Bewertungsunterkategorie available for sale zum fair value in die Bewertungsunterkategorie available for sale zu Anschaffungskosten umgewidmet. Für die umgewidmeten Gesellschaften ist ein fair value nicht mehr verlässlich ermittelbar (IAS 39.54). Die Umgliederung erfolgte in Höhe von TEUR 11.135.

33.3 Anwendung der fair value-Option

Im Geschäftsjahr liegt kein fair value-Options-Sachverhalt vor.

34. Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
1. Vollkonsolidierte Unternehmen		
direkte Beteiligung		
Union Investment Institutional GmbH, Spezialfonds Willi 1 [1)]	Frankfurt	100,00
Allianz Global Investors, Spezialfonds Willi 2 [1)]	Frankfurt	100,00
Union Investment Institutional GmbH, Spezialfonds Willi 3 [1)]	Frankfurt	100,00
enercity Contracting GmbH (eCG)	Hannover	100,00
enercity Netzgesellschaft mbH (eNG)	Hannover	100,00
GKL - Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH (GKL)	Hannover	90,00
GKH - Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH (GKH)	Hannover	84,70
Kraftwerk Mehrum GmbH (KWM)	Hannover	83,33
Danpower GmbH (Danpower)	Potsdam	74,90
Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG (NGL) [1)]	Laatzen	49,00
indirekte Beteiligung über Danpower GmbH		
BGA Biogas 1 GmbH	Potsdam	100,00
BGA Biogas 2 GmbH	Potsdam	100,00
Bitterfelder Fernwärme GmbH (BFG)	Bitterfeld	100,00
EKT Energie und Kommunal-Technologie GmbH	Potsdam	100,00
PME Projektmanagement und Engineering GmbH	Leipzig	100,00
vigoris Handels GmbH	Potsdam	100,00
IEW Biogas 1 GmbH	Wolgast	75,20
IEW Biogas 2 GmbH	Wolgast	75,20
IEW Biogas 3 GmbH	Wolgast	75,20
IEW Biogas 4 GmbH	Wolgast	75,20
IEP Innovative Energien Potsdam GmbH	Potsdam	74,90
IEW Innovative Energien Wolgast GmbH	Wolgast	74,90
Wärmeversorgung Wolgast GmbH	Wolgast	51,00
indirekte Beteiligung über enercity Contracting GmbH		
Bioenergie Giesen GmbH	Giesen	51,00
2. at equity bewertete Unternehmen		
Gemeinschaftsunternehmen		
direkte Beteiligung		
Clevergy GmbH & Co. KG (Clevergy)	Leipzig	50,00
assoziierte Unternehmen		
direkte Beteiligung		
GHG-Gasspeicher Hannover GmbH (GHG) [2)]	Ronnenberg	61,75
htp GmbH	Hannover	50,00
Netzverwaltungsgesellschaft Laatzen mbH (NVGL)	Laatzen	49,00
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga)	München	20,53
Stadtwerke Garbsen GmbH (SWG)	Garbsen	20,00
indirekte Beteiligung über Danpower GmbH		
PD energy GmbH	Bitterfeld	50,00
indirekte Beteiligung über enercity Contracting GmbH		
Bioenergie Harber GmbH & Co. KG [4)]	Hohenhameln	51,00

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
3. Nach IAS 39 bewertete Unternehmen		
sonstige verbundene Unternehmen		
direkte Beteiligung		
Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG [3]	Hannover	66,67
GKW - Beteiligungs-GmbH [3]	Hannover	66,67
üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG	Hannover	0,01
assoziierte Unternehmen [3]		
direkte Beteiligung		
PEK/SWH/BVAG - GbR	Hannover	83,33
Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH	Langenhagen	50,00
Metegra GmbH	Laatzen	50,00
GHG-Gasspeicher Hannover GbR	Ronnenberg	33,33
übrige Beteiligungen		
direkte Beteiligung		
Stadtwerke Wunstorf GmbH & Co. KG [4]	Wunstorf	34,00
Stadtwerke Wunstorf Verwaltungs-GmbH [4]	Wunstorf	34,00
WKN Windkraft Nord GmbH & Co. Windpark Krempdorf KG	Husum	16,34
8KU Renewables GmbH	Berlin	12,50
Niedersächsische Verfrachtungs-Gesellschaft mbH	Hannover	10,00
Klimaschutzagentur Region Hannover GmbH	Hannover	9,80
Harzwasserwerke GmbH	Hildesheim	7,00
BGZ Beteiligungsgesellschaft Zukunftsenergien AG	Husum	6,00
Harzwasser - Kommunale Wasserversorgung GmbH	Syke	2,00
Hannover Marketing und Tourismus GmbH	Hannover	1,55
EW Medien und Kongresse GmbH	Frankfurt/M.	1,24
European Energy Exchange AG	Leipzig	0,25
proKlima GbR	Hannover	0,00

[1] Einbezug aufgrund von SIC-12.

[2] Infolge des Beherrschungsvertrages mit einem Dritten liegt keine Kontrolle der Gesellschaft vor.

[3] Hierbei handelt es sich um Anteile an Gesellschaften, die aus Konzernsicht hinsichtlich Umsatz und Ergebnis von untergeordneter Bedeutung sind.

[4] Infolge der vertraglichen Beziehung liegt kein maßgeblicher bzw. beherrschender Einfluss auf die Gesellschaft vor.

35. Segmentberichterstattung

Die Berichterstattung über die Geschäftssegmente stimmt mit der regelmäßigen internen Berichterstattung an den Hauptentscheidungsverantwortlichen überein. Hauptentscheidungsträger des SWH-Konzerns ist der Vorstand. Die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt auf der Basis des Jahresabschlusses der SWH. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden richten sich nach den Vorschriften des HGB. Detailinformationen über die Konzerngesellschaften werden vom Vorstand in Einzelfällen angefordert. Zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments dient das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen).

Die Festlegung der Geschäftssegmente sowie Art und Umfang der dargestellten Informationen erfolgt nach dem „management approach“ auf Grundlage von Berichten, die dem Vorstand zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorstand betrachtet das Unternehmen aus einer produktbezogenen Perspektive. Es werden die Segmente „Strom“, „Gas“, „Wasser“ und „Wärme“ unterschieden.

Das Segment **Strom** umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zum Vertrieb. Die Übertragungs- und Verteilnetze werden von eigenständigen Netzgesellschaften betrieben, mit denen Pachtverträge bestehen. Stromhandel und Absatz erfolgen sowohl über die SWH als auch über Beteiligungen an Weiterverteilern und Vertriebsgesellschaften. Die Umsätze im Segment Strom umfassen somit Umsätze für die Belieferung von Kunden, die Netznutzung sowie aus Stromhandelsgeschäften.

Im Segment **Gas** umfassen die Aktivitäten Speicherung, Handel, Transport und Vertrieb. Der Betrieb der Gasspeicher erfolgt dabei über eine separate Gasspeichergesellschaft. Handel und Absatz finden wie beim Strom im Wesentlichen über die SWH statt. Der Transport wird zur Erfüllung der Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ebenfalls wie beim Strom über eine eigene Netzgesellschaft vorgenommen.

Auch im Segment **Wasser** deckt der SWH-Konzern sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Vertrieb ab. Die Gewinnung erfolgt über eigene Wasserwerke in der Region Hannover und zusätzlich über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Übertragungs- und Verteilungsnetze werden von eigenen Netzgesellschaften betrieben, die SWH nimmt die Vertriebsaktivitäten wahr.

Zum Segment **Wärme** gehören die Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie. Hierzu zählen neben der Versorgung von Großindustriekunden mit Prozesswärme auch die Contractingdienstleistungen des SWH-Konzerns.

Unter **Sonstiges** werden die Ergebnisse aus dem Bereich Dienstleistungen erfasst. Im Bereich Dienstleistungen werden Umsätze für erbrachte kaufmännische Betriebsführungen und Dienstleistungen, Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereiches zusammengefasst.

Die Segmentinformation, die dem Vorstand für die berichtspflichtigen Segmente zur Verfügung gestellt wurden, umfasst:

nach Konzernbereichen	Strom 31.12.2010 TEUR	Gas 31.12.2010 TEUR	Wasser 31.12.2010 TEUR	Wärme 31.12.2010 TEUR	Sonstiges 31.12.2010 TEUR	Summe Segmente 31.12.2010 TEUR	Über-leitung 31.12.2010 TEUR	Konsoli-dierung 31.12.2010 TEUR	SWH Konzern 31.12.2010 TEUR
Segmentergebnis									
Erlöse	1.708.017	759.573	90.614	80.903	130.197	2.769.304	670.671	-652.564	2.787.411
Kosten	-1.618.026	-712.912	-74.149	-48.106	-122.339	-2.575.532	-662.213	764.384	-2.473.361
Verrechnung zw. Aktivitäten	19.282	4.941	-4.269	-4.915	-15.039	0	0	0	0
Beteiligungsergebnis	-9.476	-5.095	349	12.528	42.620	40.926	-42.390	1.464	0
Erträge aus Wertpapieren	661	1	0	154	1.184	2.000	-196	-1.804	0
EBITDA	**100.458**	**46.508**	**12.545**	**40.564**	**36.623**	**236.698**	**-34.128**	**111.480**	**314.050**
Investitionen									
Segmentinvestitionen	44.418	11.031	8.137	6.354	13.040	82.980	42.496	0	125.476

nach Konzernbereichen	Strom 31.12.2009 TEUR	Gas 31.12.2009 TEUR	Wasser 31.12.2009 TEUR	Wärme 31.12.2009 TEUR	Sonstiges 31.12.2009 TEUR	Summe Segmente 31.12.2009 TEUR	Über-leitung 31.12.2009 TEUR	Konsoli-dierung 31.12.2009 TEUR	SWH Konzern 31.12.2009 TEUR
Segmentergebnis									
Erlöse	2.144.826	756.754	90.143	77.642	115.866	3.185.231	537.021	-640.477	3.081.775
Kosten	-2.009.252	-713.927	-83.816	-41.685	-95.682	-2.944.362	-499.605	629.874	-2.814.093
Verrechnung zw. Aktivitäten	22.382	-1.195	-6.866	-288	-14.033	0	0	0	0
Beteiligungsergebnis	-12.963	-2.878	384	6.390	130	-8.937	20.043	-11.106	0
Erträge aus Wertpapieren	3.167	27	0	1	1.119	4.314	-357	-3.957	0
EBITDA	**148.160**	**38.781**	**-155**	**42.060**	**7.400**	**236.246**	**57.102**	**-25.666**	**267.682**
Investitionen									
Segmentinvestitionen	66.970	7.659	10.517	1.406	11.568	98.120	25.880	0	124.000

Die an den Vorstand berichteten Segmenterlöse setzen sich aus segmentbezogenen Umsatzerlösen abzüglich Energiesteuer, Veränderungen des Bestandes an Leistungen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen zusammen.

Die Kosten enthalten Materialaufwand, Fremdleistungen, Personalaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwand.

Die Verrechnung zwischen den Aktivitäten beinhaltet segmentinterne Transaktionen. Das Beteiligungsergebnis beinhaltet Erträge aus Beteiligungen, aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne beziehungsweise Aufwendungen aus Verlustübernahmen sowie Abschreibungen auf Finanzanlagen. Unter Einbezug der Erträge aus Wertpapieren ergibt sich das EBITDA der Segmente.

Die dargestellten Segmentinvestitionen beinhalten die Zugänge des langfristigen Anlagevermögens (immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) je Segment.

Überleitung von der Summe des EBITDA der Segmente auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns:

in TEUR	31.12. 2010	31.12. 2009
EBITDA der Segmente	**236.698**	**236.246**
IFRS-Anpassungen der Segmentzahlen	-34.128	57.102
Anpassungen an den Konsolidierungskreis	40.926	-8.937
Konsolidierung	70.554	-16.729
EBITDA des Konzerns	**314.050**	**267.682**
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	-31.606	-5.228
Abschreibungen auf Sachanlagen und Wertminderungen	-99.098	-79.814
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	59.006	-2.318
Übriges Beteiligungsergebnis	1.170	1.196
Finanzerträge	4.641	12.987
Finanzaufwendungen	-45.647	-27.758
	202.516	**166.747**

Die Überleitungsrechnung beinhaltet die Anpassung der HGB-Segmentzahlen an IFRS, Effekte aus der Anpassung der Zahlen der internen Berichtserstattung an den Konsolidierungskreis, die Konsolidierung sowie die allgemeine Überleitung vom EBITDA des Konzerns auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Überleitung von der Summe der Segmenterlöse auf die Umsatzerlöse gemäß Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung:

in TEUR	31.12. 2010	31.12. 2009
Summe der Segmenterlöse	**2.769.304**	**3.185.231**
Erhöhung/Minderung des Bestandes an Leistungen	1.079	-818
andere aktivierte Eigenleistungen	-5.430	-6.130
Sonstige betriebliche Erträge	-282.564	-363.189
Energiesteuer	98.004	105.135
Segmentumsatzerlöse	**2.580.393**	**2.920.229**
IFRS-Anpassungen der Segmentzahlen	-733	-1.214
Anpassungen an den Konsolidierungskreis	617.763	497.067
Konsolidierung	-676.929	-547.900
	2.520.494	**2.868.182**

Die Überleitungsrechnung beinhaltet zunächst die Ermittlung der eigentlichen Segmentumsatzerlöse aus den Segmenterlösen, die sich aus Umsatzerlösen abzüglich Energiesteuer, Veränderungen des Bestandes an Leistungen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen zusammensetzen.

Darüber hinaus sind Effekte aus Anpassung der HGB-Segmentzahlen an IFRS, Effekte aus der Anpassung der Zahlen der internen Berichterstattung an den Konsolidierungskreis sowie die Konsolidierung enthalten.

36. Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

36.1 Nahe stehende Unternehmen

Die LHH ist mit 80,49 % an der VVG beteiligt; die VVG ist wiederum zu 75,09 % an der SWH beteiligt. Zwischen diesen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Deshalb sind die LHH und die VVG als Mutterunternehmen als nahe stehende Person beziehungsweise nahe stehendes Unternehmen anzusehen.

Die Angaben zu den verbundenen Unternehmen beziehen sich auf Beziehungen zu Tochterunternehmen der VVG, die nicht im SWH-Konzernabschluss vollkonsolidiert wurden. Unter den Gesellschaftern werden die Beziehungen zur LHH und deren Tochterunternehmen sowie zu der Thüga AG, München, als Anteilseignerin mit einem maßgeblichen Einfluss auf die SWH und die sie beherrschenden Gesellschaften ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden mit nahe stehenden Unternehmen Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten im SWH-Konzern führten:

in TEUR	Erträge		Aufwendungen		Forderungen 31. Dezember		Schulden 31. Dezember	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Mutterunternehmen	467	849	104	84	8.290	8.779	5.979	12.362
verbundene Unternehmen	14.566	13.900	1.060	708	1.564	1.333	84	172
Gemeinschaftsunternehmen	5.885	3.745	2.046	1.195	680	507	301	49
assoziierte Unternehmen	69.031	81.488	4.765	67.963	37.045	49.887	5.866	15.971
Gesellschafter	2.615	1.753	45.971	40.332	25.078	621	9.958	35.531
Gesamt	**92.564**	**101.735**	**53.946**	**110.282**	**72.657**	**61.127**	**22.188**	**64.085**

Erträge aus Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen beruhen hauptsächlich auf Lieferungen und Leistungen von Strom und Gas sowie Rohstoffen zur Energieerzeugung in eigenen Kraftwerksbeteiligungen. Diese Geschäftsbeziehungen unterscheiden sich grundsätzlich nicht von Beziehungen, die mit Unternehmen ohne eine Beteiligung der SWH bestehen. Darüber hinaus werden Finanzgeschäfte im Rahmen der Liquiditätssteuerung von Beteiligungen getätigt. Aufwendungen mit nahe stehenden Unternehmen entstehen vor allem durch Strom- und Gasbezüge sowie aufgrund von Konzessionsverträgen und ebenfalls im Zusammenhang von Finanzgeschäften. Der Strombezug von Gemeinschaftskraftwerken erfolgt auf Basis der Kostenübernahme zuzüglich einer Marge (cost plus fee).

Die Forderungen gegenüber nahe stehenden Unternehmen beinhalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Darlehen (TEUR 46.822; Vorjahr: TEUR 22.348). Wertberichtigungen auf Forderungen bestehen nicht. SWH weist gegenüber nahe stehenden Unternehmen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Finanzverbindlichkeiten (TEUR 1.171; Vorjahr: TEUR 2.271) aus.

Wesentliche Konzessionsverträge

Zwischen der LHH und der SWH bestehen Konzessionsverträge, durch die die LHH die Versorgung Hannovers mit Strom, Fernwärme, Gas und Wasser übertragen hat. Der Aufwand an die LHH aus Konzessionsverträgen belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 41.050 (Vorjahr: TEUR 40.038). Des Weiteren ist ein Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Laatzen und dem vollkonsolidierten Tochterunternehmen NGL mit Wirkung zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Durch diesen Vertrag ist die NGL verpflichtet, die Stadt Laatzen mit elektrischer Energie zu versorgen. Ein weiterer Vertrag zwischen der Stadt Laatzen und der NGL regelt die Versorgung der Laatzener Ortsteile Gleidingen und Ingeln-Oesselse mit Wasser. Der Aufwand aus Konzessionsabgaben an die Stadt Laatzen belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 1.159 (Vorjahr: TEUR 1.099).

36.2 Nahe stehende Personen

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der SWH setzt sich aus einer festen und einer variablen Komponente zusammen. Die variable Komponente bemisst sich am handelsrechtlichen Gewinn der Gesellschaft. In der Vergütung sind unter anderem geldwerte Vorteile für die private Nutzung von Dienstwagen sowie für die Fahrten zwischen Privatwohnung und Arbeitsstätte enthalten.

Dem Vorstand wurden TEUR 1.847 (Vorjahr: TEUR 1.688) vergütet; davon entfielen TEUR 947 (Vorjahr: TEUR 848) auf feste (Gehälter, Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen, Sachbezüge) und TEUR 900 (Vorjahr: TEUR 840) auf variable Vergütungen. Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten TEUR 592 (Vorjahr: TEUR 598). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind TEUR 7.215 (Vorjahr: TEUR 7.639) zurückgestellt.

Die Mitglieder des Vorstandes der SWH sind:

Michael G. Feist, Kaufmännischer Direktor und Vorstandsvorsitzender
Harald Noske, Technischer Direktor
Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der SWH sind:

Walter Meinhold, Vorsitzender, Rektor a.D.
Walter Kroll, stellvertretender Vorsitzender, Installateur *)
Jens Allerheiligen, kaufmännischer Angestellter
Andreas Bergen, Geschäftsführer
Martin Bühre, Maschinenbautechniker *)
Wilfried Engelke, selbständiger Handwerksmeister
Willi Grewe, Gewerkschaftssekretär *)
Dr. Marc Hansmann, Stadtkämmerer
Dr. Reinhard Klopfleisch, Gewerkschaftssekretär *)
Dieter Küßner, Diplom-Betriebswirt des Handwerks
Hans-Jürgen Lerch, Bürokaufmann *)
Dr. Hilde Moennig, Tierärztin
Thomas Mohnike, kaufmännischer Angestellter *)
Manfred Müller, Ingenieur für Informationsverarbeitung
Ralf Riekemann, Diplom-Ingenieur Maschinenbau (FH) *)
Bernd Rudolph, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Thüga AG
Norbert Stichtenoth, Betriebswirt *)
Adelheit Wenzel, Gewerkschaftssekretärin *)
Friedrich Wittmeier, Justiziar *)
Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG (ab 10. Februar 2010)

*) = Arbeitnehmervertreter der SWH

Dem Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr TEUR 82 und dem Beirat TEUR 4 vergütet.

37. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit **Anteilskauf- und Abtretungsvertrag** vom 23. Februar 2011 wird die E.ON Gas Storage GmbH, Essen, den von ihr gehaltenen 13,15 %-igen Geschäftsanteil an der GHG-Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) unter der aufschiebenden Bedingung, dass sämtliche Vollzugsbedingungen eintreten, vollständig auf die SWH sowie die Erdgas Münster GmbH, Münster, übertragen. Die SWH wird mit dem Erwerb ihren bisherigen Anteil von 61,75 % auf 68,35 % erhöhen. Die GHG wird auch nach Änderung der Gesellschafterstruktur unter dem einheitlichen Beherrschungswillen der GHG-Gasspeicher Hannover GbR, Hannover, stehen.

Anfang April 2011 hat die Danpower die **Dalkia Energie Service GmbH, Neu-Isenburg**, (Dalkia) erworben, die im Bereich Nahwärme, Biogas und Biomasse tätig ist. Die Dalkia beschäftigt ca. 170 Mitarbeiter und erwirtschaftete im Jahr 2010 rund Mio. EUR 58. Der Erwerb umfasst das bundesweite Portfolio der Energieerzeugungsanlagen und der Biogasanlagen der Dalkia, sowie ihre Tochterunternehmen Biomassekraftwerk Delitzsch GmbH und Dalkia Energie Service Leinefelde GmbH & Co. KG sowie die Beteiligungen an den Firmen Biogas Barth GmbH, Wärmeversorgung Zinnowitz GmbH und Energieversorgung Seebach GmbH. Der Erwerb steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kartellbehörde. Bezüglich des Kaufpreises wurde Stillschweigen vereinbart.

Weitere wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

38. Honorare des Abschlussprüfers

Für die im Geschäftsjahr 2010 erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sind TEUR 600 (Vorjahr: TEUR 575) Honorare für die Prüfung von Einzel- und Konzernabschlüssen (Abschlussprüfungsleistungen) als Aufwand erfasst worden. Darüber hinaus wurden TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 159) für sonstige Leistungen berücksichtigt. Aufwendungen für andere Bestätigungsleistungen sind im Geschäftsjahr in Höhe von TEUR 31 angefallen (Vorjahr: TEUR 50) sowie für Steuerberatungsleistungen in Höhe von TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 0).

39. Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Das vollkonsolidierte Tochterunternehmen eCG hat durch die Einbeziehung in den Konzernabschluss der SWH die Bedingungen des § 264 Abs. 3 HGB erfüllt und von der Möglichkeit zur Befreiung von den Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 329 HGB Gebrauch gemacht.

E. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Hannover, den 12. April 2011

Stadtwerke Hannover AG

Der Vorstand

Feist Noske Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
Entwicklung der langfristigen Vermögenswerte

Geschäftsjahr 2010	Anschaffungs- / Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen								Buchwerte	
	Stand 01.01.2010 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen (Zugänge + / Abgänge -) TEUR	Veränderung Konsoli-dierungskreis TEUR	Stand 31.12.2010 TEUR	Stand 01.01.2010 TEUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Anpassungen zum fair value TEUR	Veränderung Konsoli-dierungskreis TEUR	Stand 31.12.2010 TEUR	Stand 31.12.2010 TEUR	Stand 31.12.2009 TEUR
Immaterielle Vermögenswerte																
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	76.705	2.648	10	1.411	78.329	159.083	40.828	31.606	0	10	0	0	0	72.424	86.659	35.877
Geschäfts- oder Firmenwert	15.056	0	0	0	0	15.056	0	0	0	0	0	0	0	0	15.056	15.056
	91.761	2.648	10	1.411	78.329	174.139	40.828	31.606	0	10	0	0	0	72.424	101.715	50.933
Sachanlagen																
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	204.245	2.150	199	222	46.687	253.105	113.145	6.221	0	70	0	0	0	119.296	133.809	91.100
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	575.344	10.151	1.232	33.140	398.028	1.015.431	411.722	41.945	0	796	0	0	0	452.871	562.560	163.622
Verteilungsanlagen	1.332.444	24.688	14.370	15.091	0	1.357.853	716.687	34.028	0	9.902	0	0	0	740.813	617.040	615.757
Technische Anlagen und Maschinen	320.452	6.228	3.576	7.782	0	330.886	175.541	12.029	0	3.319	0	0	0	184.251	146.635	144.911
Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	73.987	5.030	3.080	1.401	962	78.300	54.474	4.875	0	2.693	0	0	0	56.656	21.644	19.513
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	83.503	75.522	81	-59.047	693	100.590	0	0	0	0	0	0	0	0	100.590	83.503
	2.589.975	123.769	22.538	-1.411	446.370	3.136.165	1.471.569	99.098	0	16.780	0	0	0	1.553.887	1.582.278	1.118.406

Geschäftsjahr 2009	Anschaffungs- / Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen								Buchwerte	
	Stand 01.01.2009 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen (Zugänge + / Abgänge -) TEUR	Veränderung Konsoli-dierungskreis TEUR	Stand 31.12.2009 TEUR	Stand 01.01.2009 TEUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Anpassungen zum fair value TEUR	Veränderung Konsoli-dierungskreis TEUR	Stand 31.12.2009 TEUR	Stand 31.12.2009 TEUR	Stand 31.12.2008 TEUR
Immaterielle Vermögenswerte																
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	73.426	1.816	872	2.334	0	76.704	36.472	5.228	0	873	0	0	0	40.827	35.877	36.954
Geschäfts- oder Firmenwert	15.056	0	0	0	0	15.056	0	0	0	0	0	0	0	0	15.056	15.056
	88.482	1.816	872	2.334	0	91.760	36.472	5.228	0	873	0	0	0	40.827	50.933	52.010
Sachanlagen																
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	200.266	587	676	4.068	0	204.245	109.110	4.348	0	313	0	0	0	113.145	91.100	91.156
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	558.822	18.228	7.941	6.235	0	575.344	393.624	23.860	0	5.762	0	0	0	411.722	163.622	165.198
Verteilungsanlagen	1.308.643	18.111	10.566	16.256	0	1.332.444	689.952	33.732	0	6.997	0	0	0	716.687	615.757	618.691
Technische Anlagen und Maschinen	312.455	4.608	4.814	8.203	0	320.452	166.610	12.031	0	3.100	0	0	0	175.541	144.911	145.845
Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	74.476	2.851	4.125	785	0	73.987	52.206	5.844	0	3.575	0	0	0	54.475	19.512	22.270
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.607	77.799	21	-37.881	0	83.504	0	0	0	0	0	0	0	0	83.504	43.607
	2.498.269	122.184	28.143	-2.334	0	2.589.976	1.411.502	79.815	0	19.747	0	0	0	1.471.570	1.118.406	1.086.767

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 14. April 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Norbert Versen, Wirtschaftsprüfer

ppa. Stefan Schulze zur Wiesch, Wirtschaftsprüfer